

Dirk Arntz

Ein Leben für die Menschenrechte

Denkschrift für Alisa Fuss









Dirk Arntz

Ein Leben für die Menschenrechte

Denkschrift für Alisa Fuss



Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung





Impressum

Herausgeber:

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Kottbusser Damm 72

10967 Berlin

<http://www.bildungswerk-boell.de> • info@bildungswerk-boell.de

&

Internationale Liga für Menschenrechte

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Str. 4

10405 Berlin

<http://www.ilmr.de>

Copyright:

Berlin, April 2009

Dirk Arntz und Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Titelfoto: Joachim Schulz, Ullstein Verlag.

Gestaltung:

Susanne Schmidt | Simone Ahrend, sah.photo

Druck: www.amk-potsdam.de

Diese Publikation wurde realisiert mit Mitteln
der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.

STIFTUNG LOTTO
DEUTSCHE KLASSENLOTTERIE BERLIN



Inhalt

Vorwort	6
Einleitung	8
Kindheit und Jugend in Berlin und Breslau	10
Palästina und Israel	19
»Das ANDERE ISRAEL«	32
Flüchtlings- und Antirassismus-Arbeit	42
Die Jüdische Gruppe Berlin	53
Ein Mahnmal für Cemal Kemal Altun	62
Aktion Atempause	73
»Neues Asylrecht, Orden retour«	78
Im Fadenkreuz der Hürriyet	84
Wiener Fundstücke	91
Statt eines Nachwortes	95
Werkverzeichnis: Pädagogische Schriften	96
Interviews/Portraits	98
Online-Quellen • Nachrufe	99





Vorwort

Alisa Fuss war keine Frau der vielen Worte. Ihre Mitteilungen waren eher kurz und bündig. Überflüssig zu erwähnen, dass sie jeglichem Ansinnen, viele Worte um ihre Person zu machen, rasch eine freundliche Absage erteilte. Und doch wurde und wird, obwohl sie schon vor mehr als zehn Jahren von uns ging, so viel und ja, fast ununterbrochen, von Alisa gesprochen.

Alisa Fuss zu (ge-)denken ist für uns, die wir das Privileg hatten, ein Stück des Weges mit ihr zu gehen, immer wieder Zwiegespräch und immer noch Vergewisserung.

Die Zusammenhänge, in denen Alisa Fuss in Berlin wirkte, führen in die letzten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Es ist zwar nicht mehr die Aufbruchszeit der 60er und 70er, es hat aber immer noch eine Bedeutung, sich »links« zu verorten und zur Basis« zu gehören.

Alisa Fuss suchte, als sie mit 60 Jahren Israel verließ, um wieder in Berlin zu leben, weder ihre vergangene noch eine neue Heimat. »Ich habe überhaupt keine Heimat und lebe damit ganz gut« hörten wir sie immer wieder sagen. Ihren »Ort« fand sie in den Kämpfen für Gerechtigkeit und Recht, in Solidaritätsaktionen – an der Seite von Menschen in Not.

Und so erinnern wir Alisa Fuss in vielfältigen, nicht auf die Bundesrepublik Deutschland oder gar Berlin beschränkten Bewegungen, in Gruppen und Vereinigungen, in denen Widerständigkeit gegen jede Form von Herrschaft, Ausgrenzung und Unterdrückung verbindende Haltung und gleichzeitig Herausforderung zum Handeln war.

Helmut Adamaschek unterstützte für das Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Alisa Fuss bei der Realisierung ihrer jährlichen politischen Informationsreisen nach Israel und Palästina. Unvergessen und lesenswert noch heute ihre Berichte und weit vorausschauenden politischen Einschätzungen zu den Verhältnissen dort.

Heidi Bischoff-Pflanz stand damals mit anderen für SOS-Rassismus und gemeinsam mit Alisa als »menschliches Schutzschild« vor Asylheimen, deren Insassen durch gewalttätige





Übergriffe bedroht waren. Im Jahre 1983 gehörten beide zu den Gründungsmitgliedern des Flüchtlingsrats Berlin e. V..

Fanny-Michaela Reisin war mit Alisa Fuss zunächst in der »Jüdischen Gruppe«, später in der »Nahost-Gruppe«, die bei Alisa zu Hause stattfand und schließlich in der Internationale Liga für Menschenrechte, deren geschätzte und beliebte Präsidentin Alisa bis zu ihrem Tode war.

In diesem Monat jährt sich Alisas Geburtstag zum neunzigsten Mal. Ein guter Anlass durch alle Zusammenhänge zu gehen, die uns nach wie vor mit ihr, miteinander und mit unzähligen alten und neuen Aktivisten und Aktivistinnen verbinden. Es gibt die Gruppen und Vereinigungen, in denen Alisa Fuss wirkte zum großen Teil immer noch. Die Probleme, die sie begründeten, haben keineswegs abgenommen.

Die von Dirk Arntz im Auftrag des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung verfasste »Denkschrift Alisa Fuss« will weniger für uns, die wir alle noch dabei sind und mehr für interessierte Nachgeborene Bedenkenswertes aus der Begegnung mit Alisa festhalten. Dem bedeutend jüngeren Autor gelingt es, ihr politisches Wirken, das er nur aus Erzählungen sowie überlassenen und selbst recherchierten Dokumenten kennen lernte, so darzustellen, als sei dieses kleine Buch ihr eigenes Vermächtnis.

Dies ist tatsächlich eine Denkschrift! Sie regt zu einem Denken an, dem praktisches und konkretes Handeln folgen mag.

Berlin, April 2009

Helmut Adamaschek	Heidi Bischoff-Pflanz	Fanny-Michaela Reisin
<i>Geschäftsführer</i>	<i>Vorstand</i>	<i>Präsidentin</i>
<i>Bildungswerk Berlin der</i>	<i>Bildungswerk Berlin der</i>	<i>Internationale Liga</i>
<i>Heinrich-Böll-Stiftung e.V.</i>	<i>Heinrich-Böll-Stiftung e.V.</i>	<i>für Menschenrechte</i>
	<i>Flüchtlingsrat Berlin</i>	



Einleitung

Alisa Fuss wäre am 7. April 2009 neunzig Jahre alt geworden. Aufgewachsen in Berlin und Breslau, emigrierte sie 1935 nach Palästina. 1976 kam sie nach Deutschland zurück, um als Lehrerin in Bielefeld zu arbeiten. Von 1980 bis zu ihrem Tod im Jahre 1997 lebte sie wieder in ihrer Geburtsstadt Berlin. Als Mitbegründerin des Flüchtlingsrates Berlin, der Jüdischen Gruppe/Nahostgruppe Berlin und als Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte war sie in diesen beiden Jahrzehnten präsent: in Berlin und weit darüber hinaus. Dem Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung war sie seit dem Ende der 80er Jahre verbunden. Ihre Israel-Berichte und Tagungsdokumentationen hat sie seit 1988 in Kooperation mit dem Bildungswerk publiziert.

Die Menschenrechtsaktivistin Alisa Fuss, die Kämpferin gegen Rassismus und Antisemitismus, die Kritikerin deutscher und israelischer Politik, kann nur verstanden werden vor dem Hintergrund ihres Lebensweges: eine behütete Kindheit im Berlin der Weimarer Republik im wohlhabenden Berlin-Zehlendorf, ihr jungendliches Engagement als idealistisch-zionistische Sozialistin, die Armut und das harte Leben im Palästina der 30er Jahre, sowie ihre berufliche Entwicklung als Pädagogin, die sie in den 70er Jahren zurück nach Deutschland führte.

Die hier vorliegende Denkschrift kann und will keine Biografie sein. Privates wird deshalb, soweit möglich, bewusst ausgeblendet. Es findet nur Berücksichtigung, wo es wichtig ist als Hintergrund für ihr gesellschaftliches und politisches Handeln. Alisa Fuss hat sich eingemischt und Stellung bezogen. Sie hinterließ kein umfangreiches »theoretisches Werk«, sondern die Zeugnisse ihrer Aktivitäten, Appelle und Menschlichkeit.

Diese Denkschrift möchte erinnern an eine Persönlichkeit mit einem besonderen Lebensweg, der durch seine Geradlinigkeit und seine Konsequenz besticht. Sie will erinnern an das politische Engagement einer Aktivistin und Mahnerin, die versuchte zu integrieren, Feindschaft und Feinddenken zu überwinden, sich aber auch unmissverständlich auf die Seite der

Bedrängten und der Opfer stellte und sich auch nicht scheute, Schuldige und Verantwortliche klar zu benennen. Sie will erinnern, indem sie dokumentiert. So oft wie möglich soll deshalb Alisa Fuss selbst zu Wort kommen. Dazu wurden Hunderte Berichte von und über Alisa Fuss gesichtet, ebenso wie eine Vielzahl von Interviews, Vortragsmanuskripten und ihre Korrespondenz als Aktivistin – später als Präsidentin – der Internationalen Liga für Menschenrechte, ergänzt durch Gespräche mit WeggefährtInnen.

Der Hauptteil des vorliegenden Textes gliedert sich in zwei Abschnitte: Die ersten beiden Kapitel schildern in Kürze den biografischen Werdegang von Alisa Fuss, angefangen mit der Kindheit in Berlin über die Flucht nach Palästina bis zur Rückkehr nach Deutschland. Die Folgekapitel widmen sich ihren politischen Aktivitäten in Berlin seit dem Beginn der 80er Jahre. Die Darstellung ihrer politischen Aktivitäten erhebt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit – sie stellt lediglich eine Auswahl dar. Im Anhang findet sich ein Verzeichnis der pädagogisch-psychologischen Schriften, die die Pädagogin Alisa Fuss in den 60er und 70er Jahren in deutschsprachigen Fachzeitschriften veröffentlichte. Des Weiteren findet sich dort ein Verzeichnis mit einer Auswahl von Interviews und Portraits sowie einiger Nachrufe, die nach ihrem Tode erschienen sind.

Ein Zeitzeuge beschreibt Alisa Fuss als »eine jener wenigen Persönlichkeiten, die durch ihren offenen Blick für Ungerechtigkeit und Diskriminierung in Israel und Deutschland eine Lehrmeisterin in Sachen selbstverständlicher Zivilcourage war«.

Dass wir Alisa Fuss in diesem Sinne in Erinnerung behalten und von ihr lernen, dazu will die vorliegende Denkschrift einen Beitrag leisten.

Berlin, April 2009

Dirk Arntz



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Kindheit und Jugend in Berlin und Breslau

Im Hafen von Jaffa herrscht reges Treiben, als im September 1935 ein aus Triest kommendes Schiff anlegt. Die Passagiere sind Flüchtlinge, die aus Europa vor Krieg und Verfolgung geflohen sind. Arabische Arbeiter kommen an Bord, um das Gepäck der Neuankömmlinge zu löschen. Ein halbwüchsiges Mädchen mit kurz geschnittenem Haar, das allein reist, eilt auf die arabischen Arbeiter zu. Sie ergreift die Hand des ersten, dann des zweiten und so weiter, bis alle verfügbaren Hände geschüttelt sind. Die Hafendarbeiter reagieren mal erstaunt, mal widerwillig, mal belustigt. »Was soll das, was will dieses Mädchen?«, wird der eine oder andere gedacht haben. »Stimmt etwas nicht mit ihr?«

Das Mädchen, das hier mit Begeisterung die arabischen Arbeiter begrüßte, war Ilse Miodownik. Sie hat diese Geschichte rund sechzig Jahre später schmunzelnd in einem Interview erzählt. Zum Zeitpunkt des Interviews hieß sie Alisa Fuss, lebte in Berlin und war die Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte. Doch zurück nach Jaffa.

Ilse Miodownik kam aus Breslau; dort hatte sie die letzten Jahre verbracht. Aufgewachsen war sie in Berlin, wo sie als Tochter jüdischer Eltern kurz nach dem ersten Weltkrieg, am 7. April 1919, geboren wurde. Am selben Tag wurde in München von Toller, Landauer und Mühsam die Räterepublik ausgerufen. Ihre Kindheit in Berlin war geprägt durch bürgerlichen Wohlstand. Die Mutter, Erna Miodownik (geb. Levy), entstammte dem Berliner Bürgertum, während der Vater, Jakob Miodownik, Sohn armer ost-jüdischer Einwanderer war. Der Vater war als Geschäftsmann erfolgreich. Er besaß ein Herrenbekleidungs-geschäft in der Friedrichstraße. Der Familie ging es sehr gut. Zur Zeit der Geburt ihrer Tochter Ilse wohnten die Miodowniks im Berliner Hansa-Viertel.

»Ein gutbürgerliches Wohn-Quartier nennen alle, die es kannten, das Hansa-Viertel. Gut-bürgerlich und solide nennt auch der Schriftsteller Ludwig Marcuse das Dach, unter dem er zwanzig Kinder- und Jugendjahre lebte, und das Umfeld, in dem er zwischen 1905 und 1925 aufgewachsen ist.«¹

»Die Quartiere der Arbeiter im Norden der Stadt, selbst die Fabrik des Vaters nahe dem Alexanderplatz, waren für einen verwöhnten Bürgersohn aus dem Hansa-Viertel damals 'einige Millionen Meilen' entfernt - soll heißen: sie zählten nicht zu den Wirklichkeiten seines Lebens. 'Ich kannte nur Bürger, Gouvernanten und Dienstmädchen.'«²

»Die Lebensmittel-, die Obst- und Gemüsehändler, die Tabakgeschäfte, Plätte-



reien und Schuhmacher unterhielten ihre Geschäftsräume überwiegend in den Untergeschossen bzw. Tiefparterres der hoch- und mittelherrschaftlichen Wohnhäuser. Hinter ihren Ladenlokalen wohnten die Geschäftsinhaber mit ihren Familien vielfach auch. An zahlreichen Stellen sorgten Vorgarten-Hecken dafür, daß in dem feinen Wohnviertel etwas so Banales wie Ladengeschäfte für das Nötigste eher nicht auffielen. Nur in der Flensburger Straße lagen die Ladenlokale unverborgten und nebeneinander in den Stadtbahnbögen.«³

Unter den bekannten Namen des Hansa-Viertels, die auch heute noch geläufig sind, finden sich der Theaterkritiker Alfred Kerr, die Künstlerin Käthe Kollwitz, Dr. Wilhelm Liebknecht (ein Bruder Karl Liebknechts), sowie die Lyrikerin Nelly Sachs.

»Drei jüdische Gotteshäuser sind dem alten Hansa-Viertel zuzuzählen, in dem sich im Laufe der Jahre immer mehr jüdische Mitbürger niedergelassen hatten. Im Jahre 1910 wurde die Synagoge Lessingstr. 19/Ecke Flensburger Str. 14 eingeweiht. ... Auch Albert Einstein besuchte hier den Gottesdienst«⁴

»Nach Rosenstock war die weitaus überwiegende Zahl der jüdischen Hansa-Viertel-Bewohner liberal eingestellt; sie gehörte der Hauptgemeinde, also der Synagoge in der Levetzowstraße, an. 'Ein großer Teil der Juden hatte nur noch verhältnismäßig geringe religiös-jüdische Bindungen und besuchte die Synagoge meist nur an den hohen Feiertagen oder aus besonderen Anlässen.'«⁵ Die Familie Miodownik wohnte in der Altonaer Straße 10, wo heute ein 50er-Jahre-Bau steht. Das historische Hansa-Viertel wurde im 2. Weltkrieg durch schwere Luftangriffe im November 1943 fast vollständig zerstört. In der Nachbarschaft, Altonaer Straße 11 (Gartenhaus), wohnte seit den Dreißiger Jahren bis zu ihrer Deportation nach Theresienstadt Mathilde Jacob, die ehemalige Sekretärin und Vertraute Rosa Luxemburgs.

Es folgte ein Intermezzo im noblen Zehlendorf. Laut Berliner Einwohnerverzeichnis war die Familie dort 1924 und 1925 gemeldet. Die Miodowniks bewohnten in der Paulstraße 4 (heute Kleinaustraße) eine Vierzehn-Zimmer-Villa mit jedem erdenklichen Komfort: Chauffeur, diverse Hausbedienstete, Gärtner etc.. Zusätzlich gab es einen Trakt, wo die Bediensteten wohnten. Das Erdgeschoss des Hauses ließ der Vater, der religiös-orthodox war, zu einer Synagoge umbauen. Fast überflüssig zu erwähnen, dass ein Rabbiner ins Haus kam.

»In der Gegend gab es keine öffentliche Synagoge. So kamen Freitagabend und Samstag die Juden aus der Nachbarschaft immer zu uns zum beten.«⁶



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Doch Ilse »*fang schon mit zehn Jahren an zu zweifeln*«. Statt dem Gottesdienst zu folgen, las sie währenddessen Bücher, die sie zuvor in einen weißen Umschlag steckte, damit es nicht auffiel. Anscheinend war es aber nicht nur die Religion, die Ilse nicht gefiel. Der Wohlstand ihrer Familie missfiel ihr – zur Zeit der großen Depression: »*Ich wollte immer mit dem Kopf durch die Wand. Nachbarskindern, die von vorne nicht in unseren Garten hereinkamen, half ich über den Zaun – dann haben wir gemeinsam die Obstbäume geplündert.*«⁸

Ihr Credo in Sachen Reichtum beschrieb Alisa Fuss rückblickend in ihrer Dankesrede anlässlich der Verleihung des Ingeborg-Drewitz-Preises im Jahre 1987: »*Ich wollte, solange ich zurückdenken kann, nie mehr Chancen haben als andere und nur ein Minimum an Besitz.*«

Im Jahre 1925 wurde Ilse Miodownik eingeschult. Sie besuchte die »Familienschule Zehlendorf-West«, eine überkonfessionelle Privatschule. Schon bald schmolz der Wohlstand der Familie dahin. Das große Haus in Zehlendorf konnte man nicht halten, und so zog die Familie Anfang 1926 nach Charlottenburg. Die Wohnung in der Neuen Grolmannstraße bedeutete sicherlich einen sozialen Abstieg. Allerdings gab es immer noch Hausangestellte. Die Neue Grolmannstraße heißt heute Marie-Elisabeth-Lüders-Straße und befindet sich unweit des Ernst-Reuter-Platzes, auch der Savignyplatz ist nicht weit. Der Umzug brachte sicherlich einen Schulwechsel mit sich, über den nichts bekannt ist. Ab 1929, Ilse war inzwischen zehn Jahre alt, besuchte sie das VI. Städtische Lyzeum Berlin Charlottenburg.

Zu dieser Zeit war der Vater, Jakob Miodownik, bereits in Breslau. Er versuchte dort eine neue Existenz aufzubauen, nachdem seine Berliner Firma bankrott war. In Breslau gründete er eine Firma für Kino-Reklame. Trotz des bereits begonnenen wirtschaftlichen Abstieges scheint es der Familie noch weit überdurchschnittlich gut gegangen zu sein. Dafür spricht nicht nur die Wohnung mit Haus- und Dienstpersonal, sondern auch Ilses neue Schule.

Das VI. Lyzeum befand sich in der Berliner Straße 39 (heute: Otto-Suhr-Allee 22, das Schulgebäude hat den Krieg nicht überstanden, die Schule wurde 1945 aufgelöst.). Es ging hervor aus der Privatschule Klockow, dem sogenannten Klockow'schen Lyzeum, benannt nach der Schulleiterin Ida Klockow. Sie war bis 1929 Bezirksverordnete in Berlin-Charlottenburg. Schon bei der Gründung im Jahre 1871 handelte es sich um eine höhere Töchterschule.⁹ Dass die Schule auch Eingang in die Literatur gefunden hat, soll hier nicht verschwiegen werden. Adelheid Mommsen, die Tochter Theodor Mommsens, schreibt



über ihren Arbeitsplatz in Charlottenburg: »Nach meiner Heimkehr (von einem dreijährigen Englandaufenthalt, D.A.) fand ich schnell die gewünschte Anstellung an der Schule von Fräulein Weyrowitz, die wir als Kinder besucht hatten. Ich blieb auch dort, als sie nach kurzer Zeit von Fräulein Klockow übernommen wurde. Ich war sehr gern dort und hatte unter Kolleginnen und Schülerinnen eine gute Stellung. Noch heute stehe ich in herzlichen Beziehungen zu einigen von diesen.«¹⁰

Dass es der Familie Miodownik noch recht gut ging, macht ein genauerer Blick auf die Schule deutlich: »Im Jahre 1926 lernten dort 332 Schülerinnen, darunter 10 Katholikinnen und 43 Jüdinnen. Das Schulgeld betrug 200 Mark. Die Klasse VII machte zu Pfingsten eine 4-tägige Harzreise. Seit 1927/28 heißt die Schule VI. Städtisches Lyzeum. Das Schulgeld beträgt 180 Mark jährlich.«¹¹ Zum Vergleich: »Im Reichsdurchschnitt kommt ein Industriearbeiter 1929 auf einen Brutto-Wochenlohn von 28,40 RM und ein Angestellter auf ein Brutto-Monatsgehalt von 207 RM.«¹² Ende 1929 holte der Vater die Familie nach Breslau. Ilse besuchte dort das Lyzeum und kam später in Kontakt mit einem Teil der jüdischen Jugendbewegung, die zu dieser Zeit verbreitet war.

Die jüdische Jugendbewegung

Ilse Miodownik schloss sich dem »Jung-Jüdischen Wanderbund« an. Die Organisation ähnelte den Pfadfindern bzw. dem deutschen Wandervogel, als sie ihr beitrug.¹³ »Die Zahl der Vereine und Verbände war ebenso groß wie die der Aufspaltungen und Fusionen. Unter den zionistischen Verbänden sind insbesondere der zunehmend sozialistisch orientierte 'Jung-Jüdische Wanderbund' (1920), dem sich im Laufe der Zeit andere sozialistische Jugendverbände anschlossen, 'Betar' (1929), und die 'Brit Haluzim Datiim' (Bund religiöser Pioniere, 1928) zu nennen; zu den nicht zionistischen Verbänden zählten der liberale 'Deutsch-Jüdische Wanderbund Kameraden' (1916) und 'Esra', der jüdisch-orthodoxe Jugendbund (1915), sowie der 'Bund jüdischer Pfadfinder' (1931). ... Ein Import aus dem Osten war die sozialistisch-zionistische Bewegung 'HaShomer Hazair' (1931).«¹⁴

Nathan Höxter aus Berlin (Jg. 1916) gehörte zur Gruppe der ersten sechs Jugendlichen, die mit der Jugendalija nach Palästina kamen. Die Frage, wie er mit dem Zionismus in Berührung gekommen sei, beantwortet er wie folgt: »Als Jugendlicher löste ich mich vom religiösen Leben in meinem Elternhaus. Ich trat in die Jungenschaft des JJWB (Jung-Jüdischer Wanderbund) ein. Das war

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

zuerst eine Art Pfadfinder-Organisation, deren Führer zur zionistischen Bewegung gehörten. Es kamen erwachsene Abgesandte aus Palästina, welche die jüdischen Jugendbewegungen zionistisch stark beeinflussten und ihre Mitglieder zu potentiellen Pionieren erzogen, die dann später ins Heilige Land zogen, um es neu zu besiedeln. Dieser Gedanke fand bei mir ein lebhaftes Echo.«¹⁵

Ein Rundschreiben des Jung-Jüdischen Wanderbundes umreißt sein politisches Selbstverständnis: »Zionismus ist uns die Aufrichtung einer Gesellschaft von Juden auf der Grundlage der Arbeit, ohne Ausbeuter und Ausgebeutete, einer Arbeitergesellschaft, in der es keine Klassenscheidungen gibt.«¹⁶ Geleitet wurde die Breslauer Gruppe des Jung-Jüdischen Wanderbundes von zwei jungen Erwachsenen: Edgar Freund und Elli Rzeszewski, seiner späteren Ehefrau. Beide sollten in der jüdischen Jugendbewegung und für die Flucht jüdischer Kinder und Jugendlicher aus dem nationalsozialistischen Deutschland eine wichtige Rolle spielen. Gemeinsam mit einigen anderen gehörten sie zu den »Hauptakteuren der zionistischen Arbeit in Breslau«.¹⁷

»Eine historische Aufgabe ist es für Elli Freund gewesen, ihre 'Lebensaufgabe'. Die heute 95jährige hatte 1936 ihr Medizinstudium unterbrochen, um für die 'Jugend-Alija' tätig zu werden. Erst von Breslau aus, dann von Berlin organisierte sie die Ausreise Hunderter Kinder. Auch nach ihrer Auswanderung nach Palästina im Jahre 1938 kümmerte sie sich zusammen mit ihrem Mann um die jugendlichen Flüchtlinge.«¹⁸

Elli Freund war selbst nur wenige Jahre älter als die Angehörigen der Mädchengruppe, die sie leitete. Die Gruppe, zu der Ilse Miodownik gehörte, traf sich ein- bis zweimal pro Woche, unternahm sonntags Ausflüge und beschäftigte sich mit historisch-politischer Bildung, u.a. in Form sozialistischer und zionistischer Theorien. »Ich half ihnen bei den Schularbeiten«, erinnerte sich Elli Freund 50 Jahre später.¹⁹

Ab Oktober 1934 verließen Gruppen der Jugendaliya Deutschland. Jede dieser Gruppen umfasste zwanzig Kinder. Im Rahmen von Vorbereitungs-lagern bereitete man die Jugendlichen auf das Leben im Kibbuz vor. Dort lernten sie Hebräisch und wurden unter anderem in der Geschichte des Zionismus und des Judentums unterrichtet. »Wer es bis zum Vorbereitungs-lager 'gebracht' hatte, war bereits den Erziehern und Führern nicht mehr unbekannt, er hatte schon zumindest die Atmosphäre der 'bündischen' Erziehung genossen oder entstammte zionistischen Kreisen, die ihn früh genug mit den wichtigsten Dingen bekannt gemacht hatten. Das Vorbereitungslager

diente einzig und allein dem Zweck, die Jugendlichen in einer neuen und disziplinierten Ordnung auf ihre Eignung hin zu prüfen, sich in Palästina, im Leben der Arbeit und des Lernens zu bewähren.«²⁰

Auf dem Weg nach Palästina

Die Familie Miodownik hatte bereits jahrelang mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, die mit der Weltwirtschaftskrise und ihren Folgeerscheinungen zu tun gehabt haben dürften. Jakob Miodownik ging nach dem von den Nazis initiierten Boykott vom 1. April 1933 endgültig bankrott. Vor seinem Laden standen SA-Leute Wache.

Jüdische Mädchen wurden ab 1933 in der Schule in die hinterste Bank verbannt, wird Alisa Fuss vierundsechzig Jahre später in einem Interview berichten.²¹ Zwar war die Boykott-Aktion auf Anordnung der NS-Führung offiziell bereits in der Nacht vom 1. zum 2. April abgebrochen worden, tatsächlich wurde sie jedoch in weiten Teilen des Deutschen Reiches durch lokale Stellen der NSDAP fortgesetzt. Bereits im März 1933 kam es u. a. in Berlin und in Breslau zu den ersten blutigen Krawallen.

Dem Lyzeum kehrte Ilse Miodownik den Rücken, als sie »Heil Hitler« sagen sollte. Sie ging dann noch ein Jahr lang auf das jüdische Gymnasium. Im Jahre 1934 schließlich verließ sie das Gymnasium und begann eine Malerlehre »bei einem 'arischen' Malermeister«, wie sie selbst es einmal formuliert hat. Zionistin wurde sie »wegen Hitler natürlich, aber auch aus Überzeugung. Dazu muss man sagen, unsere Gruppe war keine nationalistische, chauvinistische so wie andere, die damals gesagt haben: 'Hitler hat uns zwar erst zu Juden gemacht, aber das ist nun auch wieder gut. Denn jetzt können wir endlich begründen, daß alle Juden nach Palästina auswandern müssen.'«²²

»1935, da war es schon ernster, aber wie weit das gehen konnte, das hat sich kein Mensch vorgestellt. Dennoch waren meine Eltern damit einverstanden, daß ich mit einer Jugendgruppe - ich war fünfzehn - nach Palästina ging. Ich war neugierig, auch ein bißchen abenteuerlustig. Nach zwei Jahren, wenn ich die palästinensische oder eben die englische Mandatsbürgerschaft hatte, wollten wir, das war möglich, Familienzusammenführung machen.«²³

Ilse Miodownik lebte von April 1935 bis zu ihrem Aufbruch nach Palästina im September des gleichen Jahrs allein in Breslau. In dieser Zeit wohnte sie zunächst im Israelitischen Mädchenheim, später im Hechaluzhaus. Ihre Eltern hatten Deutschland bereits im April 1935 verlassen. Mit gefälschten Papieren,

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

die sie als Landwirte auswiesen, hatten sie Visa für Uruguay bekommen. Ihr Ziel war Argentinien.

Im Frühjahr 1935 bekam ihre Gruppe die ersehnten Jugendalija-Zertifikate. Während die gesamte Gruppe schon bald nach Palästina aufbrach, machte sich Ilse erst im September und allein auf den Weg: zunächst mit dem Zug nach Triest, von dort mit der Schifffahrtslinie Lloyd Triestino nach Palästina. Die Eltern starben in den Jahren 1940 und 1942. »Die Strapazen (der Flucht und des Neubeginns in Südamerika, D.A.) waren für sie zu groß«, erklärte Alisa Fuss später in einem Interview.²⁴

Für den 15jährigen Bruder versuchte Ilse Miodownik ein Einreisevisum nach Palästina zu bekommen – vergeblich. Die seit 1939 außerordentlich restriktive Einwanderungspolitik der britischen Mandatsmacht verhinderte dies. Ihr Bruder zog mit der Großmutter nach Buenos Aires. Mit ihm stand sie über Jahrzehnte in Briefkontakt. Das erste Wiedersehen fand im Jahre 1980 in Buenos Aires statt.

Ilse Miodownik und ihre Gruppe waren von der Organisation der Jugendalija für den Kibbuz Givat Brenner vorgesehen.²⁵ Tatsächlich ging sie in den Kibbuz Ra'anana bei Tel Aviv; der war landlos und noch im Entstehen begriffen. Sie wollte hier auf einen Freund warten, der für diesen Kibbuz vorgesehen war. Arbeit gab es genug und so durfte sie vorerst bleiben. »Bei der Gelegenheit kam sie übrigens zu ihrem hebräischen Vornamen: Als sie in die Liste der Arbeiter eingetragen wurde, schrieb man, da im Hebräischen nur Konsonanten geschrieben werden (Vokale sind durch Punktierungen zu erkennen, die aber in der Regel weggelassen werden), die Konsonanten ihres offiziellen Namens Ilse auf, und das wurde dann wiederum als das hebräische Wort 'alisa' (mit stimmhaftem, weichem s) verstanden, was 'die Fröhliche', bedeutet. Das hat ihr gefallen, und sie behielt den Namen.«²⁶

Literatur

- 1 Bertram Janiszewski, *Das Alte Hansa-Viertel in Berlin*, Berlin: Haude & Spener 2000, S.81.
- 2 Ebenda.
- 3 Ebenda, S.82/83.
- 4 Ebenda, S.75.
- 5 Werner Rosenstock, zitiert bei Hans-Rainer Sandvoss, *Widerstand in Mitte und Tiergarten*. Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin, Berlin 1994, S.288; zitiert nach: Bertram Janiszewski, *Das Alte Hansa-Viertel in Berlin*, a.a.O., S.85.
- 6 Wie bei Biedermann und den Brandstiftern. Alisa Fuss über Demagogie und Demütigungen, über ihren Kampf gegen Rassismus und ihr Leben in Berlin und Palästina, in: *Frankfurter Rundschau*, 11.8.1997.
- 7 Nach den deutschen Gesetzen bekämen die Juden kein Asyl. Gespräch mit der Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, Alisa Fuss, über Flucht, alliierte Kenntnis von Judenvernichtung und über deutsche Ausländerpolitik, in: *FREITAG*, 20.12.1996.
- 8 Ebenda.
- 9 Grundlach, Wilhelm, *Geschichte der Stadt Charlottenburg*, Berlin: Springer 1905, S.359.
- 10 Adelheid Mommsen, *Theodor Mommsen im Kreise der Seinen*, Berlin: Verlag Dr. Emil Ebering 1937, 2. Aufl., S.85.
- 11 Gerda Teuert (geb. Krause), *50 Jahre Abitur: 18./19.3.1943 - 1993*, Typoskript, 1993.
- 12 http://www.chroniknet.de/indx_de.0.html?article=691&year=1929 (Download: 1. März 2009). Eine 1929 veröffentlichte Untersuchung für Hamburg ergibt, dass von den durchschnittlichen Einnahmen (eines ganzen Jahres) einer Arbeiterfamilie, in der mehrere Generationen mitarbeiten, in Höhe von 3767,91 RM nur 41,68 RM für Vergütungen und gesellige Anlässe und 43,28 RM für Erholung ausgegeben werden. »Eine Invalidenrente betrug im März 1928 33,10 Reichsmark pro Monat.«, vgl. Eckart Reidegeld, *Staatliche Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. II, Wiesbaden: VS Verlag 2006.
- 13 vgl. auch Suska Dopp, *Jüdische Jugendbewegung in Köln. 1906 - 1938*, Münster: LIT Verlag 1997.
- 14 Moshe Zimmermann, *Die deutschen Juden 1914 - 1945*, München: Oldenbourg Verlag 1997, S.20.
- 15 <http://www.berlin-judentum.de/kultur/hoexter.htm> (Download: 22.7.2008).
- 16 zitiert nach Jehuda Reinharz, *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882 - 1933*, Tübingen: Mohr Siebeck 1981, S.359.
- 17 Maierhof, Gudrun, »In Palästina habe ich mich sofort zu Hause gefühlt«. Elli Freund und ihre Tätigkeit für die Jugend-Alija, in: Gudrun Maierhof, Chan Schutz, Herman Simon (Hg.): *Aus Kindern wurden Briefe. Die Rettung jüdischer Kinder aus Nazi-Deutschland*, Berlin: Metropol Verlag 2004, S.138.
- 18 Annkatrin Fischer, *Ein Abschied für immer*, November 2004, <http://www.jornalocaminho.com.br/noticia.php?edicaoId=16&cadernoId=6¬iciaId=804> (Download: 25.6.2008).
- 19 Elli Freund *Memoirs*, unpubliziertes Manuskript, 1984, S.79, zit. nach: Maierhof, Gudrun, »In Palästina habe ich mich sofort zu Hause gefühlt«. Elli Freund und ihre



- Tätigkeit für die Jugend-Alija, in: Gudrun Maierhof, Chan Schutz, Herman Simon (Hg.): Aus Kindern wurden Briefe. Die Rettung jüdischer Kinder aus Nazi-Deutschland, Berlin: Metropol Verlag 2004, S.138.
- 20 CZA, A 256, 4/1, H.N., Das Mittleren Beth Chaluz der Alija-Noar, (3 S.) o.D., zitiert nach Axel Meier, Die Jugend-Alija in Deutschland 1932 - 1941, in: Ebenda, S.81.
- 21 vgl. Wie bei Biedermann und den Brandstiftern, a.a.O.
- 22 Ebenda.
- 23 *Nach den deutschen Gesetzen bekamen die Juden kein Asyl, a.a.O.*
- 24 Alisa Fuss, 73 Jahre und kein bisschen müde, in: die tageszeitung (taz), 13.7.1992.
- 25 Im Spielberg Archive findet sich ein jüngst entdeckter Film über den Kibbuz Givat Brenner aus dem Jahre 1939. Der Film »Children of the Sun« ist zwölf Minuten lang und beschreibt die Aktivitäten der Kinder im Kibbuz.
<http://w3.castup.net/spielberg/index.aspx?lang=en&rid=60>
- 26 Barbara Heber-Schärer, Alisa Fuss. Ein tätiges Leben, Unveröffentlichtes Typoskript, 2007, S.16/17.



Von Palästina nach Israel

Über die erste Zeit in Palästina zur Zeit der britischen Mandats Herrschaft hat Alisa Fuss in diversen Interviews und anderen Selbstzeugnissen Auskunft gegeben.¹ In ihrer Vorstellung vom Leben in Palästina mischten sich zionistische mit sozialistischen und auch politisch-romantischen Elementen: »... ja, aber ich war ganz euphorisch. Wir redeten uns in der zionistisch-sozialistischen Jugendorganisation, in der ich war, die Köpfe heiß, wie wir Palästina aufbauen wollten, denn von einem Staat Israel war noch keine Rede.«²

Gleichzeitig grenzt sie ihre politische Heimat, die Habonim, gegenüber anderen zionistischen Gruppen ab: »Im Gegensatz zu den chauvinistischen Gruppen wollten wir dorthin, um einen sozialistischen Staat aufzubauen. ... Wir sind nicht, wie die Rechten unter den Zionisten, nach Palästina ausgewandert, um dort ein jüdisches Groß-Israel aufzubauen. Wir haben nie gesagt, in Palästina leben keine Araber. Im Gegenteil. Wir wollten mit den Arabern gleichberechtigt zusammenleben. Nur: Wir hatten keine Ahnung. Keiner von uns hatte jemals einen Araber gesehen. Wir dachten, Araber sitzen vor dem Zelt und trinken Kaffee oder reiten auf feurigen Pferden und Kamelen daher. Wie die Fellachen - also die Bauern, und das waren die meisten von ihnen - wirklich lebten, haben wir gar nicht gewußt.«³

Alisa Fuss arbeitete nach ihrer Ankunft in Palästina auf den Orangenplantagen im sumpfigen Küstenstreifen zwischen Haifa und Tel Aviv. Mal im Akkord als Orangenpackerin, mal draußen auf dem Feld, wo sie den Umgang mit der Turia - der großen schweren Hacke - lernte, die damals das Hauptwerkzeug auf den Orangenplantagen war. Eine Zeitgenossin schildert die Plackerei mit diesem Arbeitsgerät: »Bald war ich wieder auf den Beinen, das heißt, eher auf den Knien, denn ich wurde zum Unkrautjäten eingeteilt. Das machte man mit der Turia, einer Art Hacke. Es war eine der unangenehmsten und mühseligsten Arbeiten im Kibbuz.«⁴

Schnell war Alisa Fuss mit den realen Arabern konfrontiert: Gemüsehändler, die jeden Tag in den Kibbuz kamen, um dort ihre Produkte anzubieten. In schlechtem Hebräisch oder aufgeschnaptem Jiddisch versuchten sie ihre Waren an die einzelnen Kibbuzniks zu verkaufen und mussten verwundert feststellen, dass alle ohne persönliches Geld lebten. Die Kibbuzniks in Ra'anana lebten alle in Baumhütten, nicht aus Gründen der Pfadfinderromantik, sondern aus Armut.



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Mit Humor und Gelassenheit erinnerte sich Alisa Fuss in den 90er Jahren an ihre Erfahrungen mit dem radikalen Kommunecharakter der damaligen Kibbuzim: »Ja, und es gab nichts privat, auch nicht die Strümpfe. Manchmal paßten sie, manchmal nicht. Die, die endlich einmal paßten, hat man unter dem Bett versteckt. Es gab so einen Witz - für den müssen Sie wissen, daß Kleiderkammer 'Machsan' heißt, und daß es in anderen Kibbuzim eine 'Machsan Allef' gab und eine 'Machsan Beth', wo ein paar private Sachen drin waren, die man nach der Wäsche wiederkriegte. Wir haben darum - das ist der Witz - gesagt: bei uns ist nicht 'Machsan Allef' und nicht 'Machsan Beth', bei uns ist 'Machsan unterm Bett' - nichts hat man tragisch genommen. Nichts.«⁵

In näheren Kontakt zu den Arabern kam Alisa Fuss ebenfalls in den Orangenplantagen. Die Histradut (Jüdische Gewerkschaft in Palästina; 1920 gegründet), hatte die Losung formuliert, dass die (jüdischen) Plantagenbesitzer nur noch jüdische Arbeiter beschäftigen sollen. Die jüdischen Arbeiter hatten allerdings höhere Lohnforderungen als die arabischen Arbeiter. Diese waren zumeist Bauern und landlose Tagelöhner, die mit »fast nichts« abgespeist wurden. Nach der Logik der Histadrut würden die jüdischen Plantagenbesitzer daher nicht freiwillig auf die Beschäftigung arabischer Arbeiter verzichten. Daher mussten sie durch Kampfmaßnahmen zur ausschließlichen Beschäftigung jüdischer Arbeiter gezwungen werden. Die nicht organisierten arabischen Arbeiter sollten einfach verdrängt werden. Die Gewerkschaft stellte vor den Plantagen Streikposten auf, um nur jüdische Arbeiter einzulassen. Die Araber sollten ausgesperrt bleiben. Es kam so zu Zwistigkeiten und Handgemengen. Die Plantagenbesitzer riefen die britische Polizei. Diese verprügelte zur Verwunderung der Araber die jüdischen Arbeiter, die ihnen als Streikposten den Zugang zu ihren Arbeitsplätzen verwehrten. Alisa Fuss bezeichnete diese Konfliktkonstellation als »nationale Schule«, in der alle Beteiligten etwas gelernt haben.

1. Die jüdischen Arbeiter lernten, dass der Araber ihr Feind ist und ihr Brot nimmt.
2. Die arabischen Arbeiter lernten, dass der jüdische Plantagenbesitzer ihr Helfer, der britische Polizist ihr Freund und der jüdische Arbeiter ihr Feind ist.
3. Die Plantagenbesitzer lernten indes, jüdische Arbeiter einzustellen, zu ebenso niedrigen Löhnen wie die arabischen Arbeiter.

Diese Realität gab ihr zu denken. Ein Zeitzeuge erinnert sich, dass Alisa Fuss



schon damals eben jene Verhältnisse anprangerte: »Alisa und ich haben oft Gespräche gehabt. Ich stand hinter dem Kibbuz, aber sie hatte viel Kritik, wahrscheinlich auch berechtigte Kritik. Sie sah, was wir damals nicht sehen konnten, z.B. die arabischen Lohnarbeiter in den Dörfern dort, die zu wenig zum Leben hatten, und die Kibbuzniks, die mit weniger auskommen konnten, weil sie ja zusammengelebt haben, und wie das den Lohn drückte. Sie sah die Ungerechtigkeit darin, dort fing es schon an.«⁶

Auch der Historiker Helmut Eschwege erinnerte sich nach mehr als 50 Jahren an das Gerechtigkeitsgefühl von Alisa Fuss - allerdings in einem völlig anderen Zusammenhang: »In Palästina angekommen, wurde ich sogleich von den jüdischen Einwanderungsbehörden dem Kibbuz Chugim in Raananah zugeteilt, der vorwiegend aus deutschen Jugendlichen bestand. Die Leitung, der wohl schon ein Steckbrief von der zionistischen Organisation aus Estland über meine Einstellung vorlag, beschäftigte mich alle acht Wochen in einer anderen Außenstelle des Kibbuzes, die über das ganze Land verstreut waren. Es gab sie am Toten Meer, in den Dünen südlich von Jaffa, in Haifa und in den Orangenplantagen von Tel Litwinsky. Offenbar wollte man verhindern, daß ich allzu lange mit den gleichen Mitgliedern des Kibbuzes in Kontakt blieb. Ich aber lernte bei diesem Wanderleben recht schnell die damals herrschenden Bürgerkriegszustände kennen. ... Nachdem ich etwa acht oder neun Monate im Kibbuz gearbeitet hatte, wurde ich ganz plötzlich zur Leitung bestellt, die mir eröffnete, daß ich binnen einer Stunde den Kibbuz zu verlassen hätte. Offenbar war aus meinen Bemerkungen und Diskussionen zu erkennen gewesen, daß ich Anschluß an die Linken im Kibbuz gefunden hatte, von denen die Leitung allerdings nicht glaubte, daß sie zu den Kommunisten tendierten, während sie es bei mir als sicher annahm.

Auf diese Weise lernte ich den Haß kennen, den Zionisten aller Schattierungen gegen Kommunisten hegen. Aber ich begriff auch, daß der Haß, so extrem er sich auswirkte, gegenseitig war. Die Kommunisten bekämpften die Zionisten bereits damals in der Presse, allen voran die Zeitungen der Komintern. Die Idee eines jüdischen Staates hielten sie schon deshalb für utopisch, weil sie der marxistisch-leninistischen Theorie widersprach. Ähnlich negativ beurteilten Kommunisten die Wiedererweckung des Hebräischen als Staatssprache. Die kommunistische Haltung veränderte sich nur für die Zeit der Gründung des jüdischen Staates, den die USA und die Sowjetunion aus der Taufe hoben. Ich mußte also Hals über Kopf den Kibbuz verlassen, und ob-



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

wohl ich mehrere Koffer voll Kleidung aus dem nordisch-kühlen Estland in den Kibbuz mitgebracht hatte, durfte ich nichts mitnehmen. Später brachte mir die Genossin Alisa Fuss Wäsche, die sie, ihrem Gerechtigkeitsinn folgend, nachts von der Wäscheleine genommen hatte. Sie riet mir, mich an die Leitung des Kibbuzes Hefzibah bei Beth-Alpha zu wenden, die mich auch in ihr Kollektiv aufnahm.«⁷

Später sollte es Alisa Fuss sein, die den Kibbuz, ebenfalls aus politischen Gründen, verließ. Allerdings wurde ihr kein Ultimatum gestellt.

Dem Kibbuz den Rücken gekehrt

Von April 1936 bis 1939 fand im britischen Mandatsgebiet Palästina der sogenannte arabische Aufstand statt. Er wurde von Hadsch Mohammed Amin al-Husseini geführt und war anfänglich ein Generalstreik. Er wandte sich gegen die jüdische Einwanderung (Alija) nach Palästina, nachdem die Mandatsmacht ihre Verpflichtungen aus der Balfour-Deklaration nur ungenügend erfüllte und zunächst eine pro-zionistische Haltung einnahm.⁸

Im Jahre 1937 verließ Alisa Fuss den Kibbuz. Denn inzwischen verstieß die Hagana gegen ihren Grundsatz der reinen Selbstverteidigung, indem sie während des Aufstandes präventiv arabische Dörfer überfiel.⁹ Sechzig Jahre später schilderte Alisa Fuss das Aufnahme ritual der Hagana, so wie sie es Mitte der 30er Jahre erlebt hatte: »Das Ganze wurde stark mystifiziert. So mußte man etwa bei der Aufnahme in einem verdunkelten Zimmer im schummrigen Schein von Kerzen auf ein Gewehr schwören, daß man bereit sei auf Araber und Kommunisten zu schießen.«¹⁰

Das Argument, diese »preemptive strikes« seien nur eine andere Art der Verteidigung, ließ Alisa Fuss nicht gelten. Doch wurde diese Vorgehensweise der Hagana weitgehend akzeptiert. Alisa Fuss und ihre Freunde bestanden darauf, die Angelegenheit zu erörtern. Die Kibbuzleitung verschob mehrfach die öffentliche Diskussion. Alisa Fuss stellte ein Ultimatum. Als die Diskussion wiederum verschoben wurde, verließ sie am nächsten Morgen den Kibbuz: »Ich bin einfach gegangen, ja, denn mit der Streitkultur, jeden Samstagabend Vollversammlung, wo alle Sachen besprochen wurden, war es zu Ende. Jedenfalls war die Hagana, eine paramilitärische Organisation, in der wir alle waren, und aus der nach Gründung des Staates Israel das israelische Militär hervorging, genau dann kein Diskussionsthema mehr, als sie - so das neue politische Konzept - von der reinen Verteidigung zur 'prophylaktischen Präventivarmee' übergehen sollte.



Zwar hieß es, jemand von der Hagana-Leitung würde kommen, um das neue Konzept zu diskutieren, und ich hatte mich schon geistig darauf vorbereitet, was ich da sagen würde. Aber dann kam niemand von der Leitung, und die Versammlung fiel aus. Ich sagte, dann machen wir eben die Versammlung ohne die Leitung! Antwort: das geht nicht, wir machen das nicht. Das hat mich so gewurmt, daß ich am nächsten Tag gegangen bin - nur mit dem, was ich auf dem Leib hatte.«¹¹

Im Winter des Jahres 1937 verließ Alisa Fuss - achtzehnjährig - ihre gewohnte Umgebung und ging nach Jerusalem: ohne Wohnung, Job oder andere Sicherheiten. Sie hegte den Wunsch zu studieren. Tatsächlich arbeitete sie auf dem Bau und als Haushaltshilfe.

»Weil ich keine abgeschlossene Schulausbildung hatte - ich hatte in Deutschland noch vor 1935 eine Malerlehre angefangen - ging ich nach Jerusalem, denn ich dachte, vielleicht kann ich an der Universität auf dem Skopusberg, es gab nur die, irgendwelche Prüfungen machen, aber ich hatte kein Geld, auf den Skopusberg muß man rauffahren. Ich bin gelaufen, aber dann waren die Schuhe durch - die viel größere Katastrophe. Gewohnt habe ich bei einer Studentin, die hatte nur ein schmales Bett, aber wir haben beide darin geschlafen. Das war einfach ganz selbstverständlich, daß man für einen Gast, einen Bekannten, eine Freundin alles tat. Und dann habe ich, meine Malerlehre bewährte sich, über die Gewerkschaftsvermittlung Arbeit auf dem Bau gekriegt. Von zwei Tagen Arbeit konnte ich eine Woche leben.«¹²

Alisa Fuss entwickelte sich in dieser Zeit auch politisch. Zentrales Element dieser Entwicklung ist ihr Abschied vom Zionismus. Wann dieser exakt zeitlich zu verorten ist, wissen wir nicht. Alisa Fuss sah ihre politischen Träume und Ideale verraten: »In unserem eigenen Verständnis vom Kibbuz mischten sich zionistische und sozialistische oder auch kommunistische Elemente. Das zionistische Element dabei bot immer mehr Angriffsflächen, wenn wir die Politik in Palästina betrachteten. Nicht zufällig wurde gerade im Kibbuz über die Frage Zionismus und/oder Sozialismus so viel diskutiert. In der Idee des Kibbuz sind ja beide Elemente enthalten, und viele von uns Jugendlichen sahen erstaunt bis schockiert, wie ihre Ideale in der Realität verwirklicht wurden. Gerade die Sensibilität, die uns als verfeimte und verfolgte Juden in dieses Land getrieben hatte, war es, die uns hier gegen eine andere Unterdrückung aufstehen ließ, gegen die Zusammenarbeit mit der britischen Mandatsmacht, gegen die Vertreibung der arabischen durch die jüdischen Palästinenser. Wir konnten das Schicksal der Araber nicht unbeteiligt mit ansehen. Dasselbe Verlangen - mit sich im Reinen zu sein, ein schö-



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

neres Leben aufzubauen - , das uns im Rahmen der zionistischen Jugendbewegung ins Land gebracht hatte, war es auch, was uns dann zu Anklägern gegen den Zionismus machte. Unsere Radikalisierung zu überzeugten Sozialisten bzw. Kommunisten hatte weniger ideologische Gründe, sondern war eine Reaktion auf die Art und Weise, wie der Zionismus im Lande verwirklicht wurde: im Einverständnis mit dem britischen Kolonialismus und mit dubiosen Praktiken gegen die arabische Bevölkerung.«¹³

Bei den Kommunisten

Kaum ein Jahr später - nun 19jährig - kam Alisa Fuss 1938 zur Kommunistischen Partei (PKP), Jüdische Sektion. Den Weg dahin fand sie durch ihren (späteren) ersten Ehemann (Chaim Preschel), den sie in der Arbeitsvermittlung kennenlernte. Die Jüdische Sektion innerhalb der PKP war während des arabischen Aufstandes entstanden. Ihr ging es darum, in der jüdischen Bevölkerung Palästinas um Sympathien für einen Teil der Ziele des Aufstandes zu werben, namentlich für den Kampf gegen die Kolonialherrschaft. Die PKP war damals illegal und geprägt von innerparteilichen Auseinandersetzungen. Alisa Fuss entschied sich für den Brit Spartakus.

Die PKP, gegründet 1919, befürwortete bis 1923 die jüdische Einwanderung - danach vertrat sie ein dezidiert antizionistisches Programm. Sie definierte als Hauptaufgabe, die arabischen Massen zu erreichen (bislang waren ihre Mitglieder hauptsächlich Juden), um mit ihnen die nationale und soziale Selbstbestimmung zu erkämpfen. Sie verstand sich als antiimperialistisch und antizionistisch zugleich.¹⁴ Die Jüdische Sektion wandte sich dabei explizit auch an solche zionistischen Organisationen, die den eigenen Forderungen nicht fern standen, weder was die soziale, noch was die nationale Frage anging. Trotz aller Differenzen zur Parteileitung: einig war man sich in der Ablehnung des Teilungsplanes, den die Peel-Kommission (britische Kommission, benannt nach Sir William Robert Wellesley Peel) 1937 vorschlug. Die Parteileitung und die Jüdische Sektion forderten einen binationalen Staat.

Die Jüdische Sektion wurde nach dem Aufstand aufgelöst, da sie sich dem Vorwurf ausgesetzt sah, »gegen die Politik des Zentralkomitees« gearbeitet zu haben. Im August 1940 trat ein Großteil der jüdischen Mitglieder aus der PKP aus - offiziell wurden sie ausgeschlossen - und gründete eine eigene Organisation, den Brit Spartakus (Namensgeber war der 1917 von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründete Spartakusbund). Nach den Erinnerungen



von Alisa Fuss wurde der Brit Spartakus erst im Sommer 1941, nach dem Kriegseintritt der Sowjetunion, aufgelöst bzw. umbenannt in 'Emet' (Wahrheit). »Wir hielten es für falsch, die jüdische Bevölkerung Palästinas, Jeschuw genannt, unter der wir ja lebten und arbeiten wollten, en bloc als Zionisten darzustellen, die - wie es in der Natur des Zionismus liege - bewußt oder unbewußt mit dem britischen Imperialismus verbündet seien. Wir ließen die Gleichung 'Juden = Zionisten = Pro-Imperialisten' nicht gelten. Denn erstens bestand die jüdische Bevölkerung in der Hauptsache aus arbeitenden Menschen, die es galt, auch in ihrem eigenen objektiven Interesse als Bundesgenossen der Araber gegen den britischen Imperialismus und das kapitalistische System zu gewinnen. Zweitens war der Zionismus kein monolithischer Block, und es galt zu differenzieren.

Große Teile des Kibbuz Hamëuchad und des Shomer Hazair beispielsweise waren für einen binationalen Staat. Auch der 'Ichud' (Vereinigung) - eine Gruppe von Intellektuellen, zu der u.a. Martin Buber, Prof. Ernst Simon und als ihr engagiertester Vertreter und Vorkämpfer eines binationalen Staats Yehuda L. Magnes gehörten - setzte sich entschieden für die jüdisch-arabische Verständigung ein, kritisierte die nationalistische Verengung der zionistischen Politik und forderte einen binationalen Staat. Wir hatten 1938 mit dem Ichud zusammen, der ja offen auftreten und weit mehr Menschen erreichen konnte als wir, eine Protestveranstaltung in der Lemmel-Schule in Tel Aviv organisiert, 'Du sollst nicht töten!', bei der Martin Buber und andere Redner die Vergeltungsschläge, die die Hagana seit 1937 billigte bzw. selbst ausführte, als mörderische, barbarische Racheakte verurteilten und Verständnis für die Befürchtungen der arabischen Bevölkerung zu wecken versuchten. Es waren viele Menschen da, die Resonanz war gut.

Doch solche Aktionen wurden von der Parteileitung scharf abgelehnt, angeblich dienten sie lediglich der Aufwertung der Zionisten, seien opportunistisch und behinderten die Hauptaufgabe der KP, den Kampf gegen den Zionismus. Bündnisse mit zionistischen Organisationen, gleich welcher Couleur und Zielsetzung, seien unvereinbar mit der Politik der Kommunistischen Partei; wer das bestreite, sei selbst ein verkappter Zionist. Für uns waren die Zionisten nicht unsere 'Erzfeinde'. Wir verstanden uns selbst nicht als Zionisten, natürlich nicht, aber auch nicht als Antizionisten. Wir waren Azionisten, so wie man religiös, antireligiös oder aber areligiös sein kann. Unserer Meinung nach handelten wir auch durchaus im Sinn der Beschlüsse des 7. Weltkongresses der Komintern: in die Massenorganisationen hineinzugehen und mit den Menschen dort Aktivitäten in die



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

‘richtige Richtung’ zu organisieren. Wir taten das nicht, um diese Organisationen von innen aufzubrechen, zu zerstören oder sie kommunistisch zu agitieren. Wir haben, im Gegenteil, die zionistischen Organisationen ‘erweitert’, das heißt die innerparteiliche Kritik zu verstärken versucht und, wo es uns möglich war, die Gründung oppositioneller Unterorganisationen initiiert oder unterstützt - so ist aus der Mapai heraus die ‘Sozialistische Liga’, eine Art Jungsozialisten, entstanden. Wir haben in diesen Organisationen zu konkreten politischen Anliegen mitgearbeitet - zum Mutterschutz, zur Jugendbildung und für die Organisierung der Hausangestellten etwa -, natürlich verdeckt.«¹⁵

Die Briten setzen während des arabischen Aufstandes das Verbot der PKP mit aller Härte durch. Alisa Fuss engagierte sich aktiv. Bei einer illegalen Aktion der PKP wird sie im Jahre 1940 verhaftet. Es folgte ein Jahr Administrativhaft: keine Anklage, kein Prozess, kein Urteil. Sie landet im Frauengefängnis von Bethlehem. Jedoch, es hätte schlimmer kommen können. Denn Abschiebungen in die jeweiligen »Heimatländer«, auch in die Sowjetunion und nach Nazi-Deutschland, waren gängige Praxis. So schnell sie in Gefangenschaft geriet, so unvermittelt war sie wieder in Freiheit. Im August 1941 wurde Alisa Fuss plötzlich aus der Haft entlassen. Seit dem Kriegseintritt der Sowjetunion konnten die Kommunisten offen auftreten. Hatte ihre Entlassung damit zu tun? Sehr wahrscheinlich. Die Gefängnisdirektorin verabschiedete sie mit den Worten: »First we were enemies, now we are allies.«¹⁶ Formal war die Administrativhaft auf ein Jahr begrenzt, in der Realität jedoch war diese Begrenzung keineswegs gewährleistet.

Jakob Moneta, der aufgrund seines gewerkschaftlichen Engagements für arabische Arbeiter mit der britischen Mandatsmacht in Konflikt geriet, wurde für 27 Monate in britischer Administrativhaft interniert. Nach seinen Aussagen hatte diese Haftstrafe auch positive Folgen. Sie vertiefte bei ihm die »Einsicht in die Irrelevanz ethnischer und religiöser Unterschiede«.¹⁷

Nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion empfahl die Komintern im April 1942 angesichts der weltpolitischen Lage die Wiedervereinigung von PKP und Emet. Die Verhandlungen scheiterten. Am 22. Juni 1942 hörte der Emet auf zu existieren. In die »neue« PKP trat Alisa Fuss nicht mehr ein. Damit endete ihr »kurzes Gastspiel« (Alisa Fuss, 1993) bei den Kommunisten. In der Folgezeit lebte sie mit ihrem Ehemann Chaim Preschel, der Parteimitglied blieb, in bescheidensten Verhältnissen. In diese Zeit fallen Jobs als Putzhilfe im Restaurant eines Armee-Camps der Engländer bei Naballah.



Die politischen Aktivitäten gingen indes weiter. Sie half bei der Produktion einer illegalen Zeitung, die sich an britische Soldaten richtete. Als Kommunisten mussten sie und ihr Ehemann ständig um ihren Job bangen. Alisa Fuss und ihre Freunde wollten einen demokratischen, sozialistischen, und – bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges – binationalen Staat.

Die polnische Spionin

Wir befinden uns inzwischen in den 50er Jahren. Damals, im Oktober 1956, hielt die Welt den Atem an: Großbritannien und Frankreich wollten ihre angeschlagene Großmachtstellung im Nahen Osten retten. Doch der Konflikt – bekannt als Suezkrise – brachte die Welt an den Rand eines Atomkriegs. Bald begann für die beiden alten Kolonialmächte die Götterdämmerung.¹⁸

Kurz zuvor, im Sommer 1956, wurden Alisa Fuss und ihr zweiter Ehemann Helmut Fuss (den sie 1950 geheiratet hatte) verhaftet, wobei sie selbst zunächst in Freiheit blieb, um sich um den Verbleib ihrer drei Kinder zu kümmern. Man hatte ihre Namen auf einer Liste mit Informanten für den polnischen Geheimdienst gefunden. Obgleich selbst der Staatsanwalt für eine Bewährungsstrafe plädierte, wurden beide zu Haftstrafen (Helmut Fuss zu vier Jahren, Alisa Fuss zu sechs Jahren) verurteilt, die sie im Zentralgefängnis von Ramle verbüßten. Ihre vorzeitige Haftentlassung (Helmut Fuss nach zwei Jahren, Ende November 1958; Alisa Fuss nach rund vier Jahren im Herbst 1960) verdanken sie maßgeblich Chaim Cohen, dem Staatsanwalt und späteren Richter am Obersten Gerichtshof. Er hatte sich für einen Erlass des letzten Drittels der Strafe eingesetzt.

Recherchen von Barbara Heber-Schärer in den Jahren 1998/99 zeigen, dass gleichzeitig mit dem Ehepaar Fuss weitere 20 Personen aus dem gleichen Grund verhaftet wurden. Ihre Recherchen ergaben auch, dass die beiden niemandem geschadet haben. Und sie berichtet von den heftigen Vorwürfen, die sich Alisa Fuss gemacht hat. »De facto haben Alisa und Helmut nie etwas von Belang berichtet.«¹⁹ Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit hatte sie kurz nach dem Unabhängigkeitskrieg gegenüber einem Freund bekundet, der für die polnische Botschaft arbeitete. Bezüglich der Verhaftung vermutet Heber-Schärer, »dass die Information vom amerikanischen Geheimdienst kam: Im Frühjahr 1956 war der polnische Geheimdienstchef zu den Amerikanern übergelaufen und hatte Namenslisten mitgenommen, die dann wohl an andere Geheimdienste oder Polizeibehörden weitergegeben worden sind.«²⁰



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Die Pädagogin

Alisa Fuss arbeitete nach dem Ende des zweiten Weltkrieges immer häufiger als Erzieherin. Sie sammelte vielfältige pädagogische Erfahrungen: zunächst in Kindereinrichtungen wie dem berühmten Jugenddorf Ben-Schemen, dann als Grundschullehrerin in privaten und öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen, und schließlich auch als Hauslehrerin. Das Jugenddorf Ben-Schemen hatte der Berliner Pädagoge Siegfried Lehmann 1927 gegründet, ursprünglich für Kinder aus Litauen, deren Eltern bei Pogromen ermordet worden waren. Dorthin schickte man auch im Jahre 1932 die erste Gruppe von zwölf Jugendlichen, die mit der Jugendalija nach Palästina kamen.

»Dieses Kinderdorf war im Grunde eine Schule, in der Landwirtschaft unterrichtet wurde, um Kinder für den Aufbau des Landes vorzubereiten. Ben Schemen war nicht nur eine landwirtschaftliche Schule, sondern zugleich auch 'Kinderrepublik', die sich selbst leitete, jedoch vom Lehrpersonal betreut und gelenkt wurde. Pädagogik wurde großgeschrieben, ganz im Sinne des Leiters Dr. Lehmann. Es gab einen 'pädagogischen Ausschuss', in dem alle Lehrer und erwachsenen Gruppenleiter saßen. Ein Schüler aus dem älteren Jahrgang, der von uns allen gewählt wurde, nahm an den wöchentlichen Sitzungen teil und hatte das Recht, Vorschläge, Beschwerden und Kritik vorzutragen, welche die Schüler betrafen.«²¹

Nicht nur Pädagogik, auch Politik wurde in Ben-Schemen groß geschrieben. Auch das dürfte dazu beigetragen haben, dass Alisa Fuss dort arbeiten wollte: »Dr. Siegfried Lehmann war auch politisch tätig. Zu jener Zeit gab es eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern, Professoren an der neuen Hebräischen Universität zu Jerusalem, die 1925 gegründet worden war, die sich 'Brith Schalom' nannte, zu deutsch 'Friedensbund'. Zu dieser Gruppe gehörten Professoren wie Magnes, Ernst Simon und andere. Auch Dr. Lehmann gehörte dazu. Wie man schon aus dem Namen ersehen kann, war ihr Ziel Verständigung mit der damaligen arabischen Bevölkerung auf Basis der Gleichheit. Lehmann und seine Freunde warben um die Freundschaft der Araber, und vor allem war es Dr. Lehmann, der die Möglichkeiten der Nachbarschaft Ben-Schemens mit den umliegenden arabischen Dörfern zur Annäherung nutzte. Er lud zu jeder Festlichkeit die Oberhäupter der Dörfer ein und war mit allen befreundet. Als Arzt versorgte er des öfteren Kranke aus den Dörfern, die nach Ben-Schemen zur Behandlung kamen.«²²

Ende 1949 legte Alisa Fuss schließlich extern die staatliche Prüfung als



Grundschullehrerin ab. Ihr offizielles – examiniertes – Lehrerdasein begann also kurz nach der Gründung des Staates Israel. Nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis im Herbst 1960 durfte Alisa Fuss wieder als Lehrerin arbeiten. Sie fand bald eine Stelle an einer staatlichen Sonderschule – der Broschim-Schule für normal intelligente, erziehungsschwierige Kinder in Tel Aviv. In den 60er und 70er Jahren hat Alisa Fuss über ihre Erfahrungen und Einsichten als Pädagogin in diversen deutschsprachigen Fachzeitschriften publiziert, zumeist Fallstudien und Erfahrungsberichte (vgl. *Werkverzeichnis: Pädagogische Schriften*). WeggefährtnInnen berichten, dass Alisa Fuss ihren Lehrerberuf durchaus als politisch verstand und dass sie ihre pädagogische Arbeit und ihre Veröffentlichungen auf diesem Gebiet als ebenso wichtig ansah wie ihr politisches Engagement.

Es folgten sechs Jahre, in denen Alisa Fuss sich systematisch fortbildete. Zunächst absolvierte sie berufsbegleitend (1961–1963) einen zweijährigen Fortbildungskurs für Sonderschullehrer an der Universität Jerusalem, dann (1963–1965) einen Kurs am Institut für naturwissenschaftlichen Unterricht der Universität Tel Aviv. Bald arbeitete sie auch in der Lehreraus- und -fortbildung. Während einer beruflichen Auszeit (1966/67) konnte sie an der Universität Jerusalem studieren. Sie war in der Gewerkschaft aktiv, vertrat die israelische Gesellschaft für Sonderschulerziehung auf internationalen Kongressen, u.a. in Paris. Vortragsreisen über ihre Arbeit an der Broschim-Schule führten sie immer wieder nach Europa. In dieser Zeit war Alisa Fuss politisch nicht aktiv. Noch im Jahre 1980 schrieb sie: »Aus verschiedenen Gründen bin ich aus der politischen Praxis seit vielen Jahren heraus. Verfolge aber, sozusagen vom Abseits, die wechselhafte Szene.«²³

Dass sie eine aufmerksame politische Beobachterin war, belegen ihre tagespolitischen Kommentare und Hinweise, die wir in den Briefen an den österreichischen Schriftsteller Hermann Schürer, geschrieben Mitte der 70er Jahre, finden.²⁴

Über ihre Veröffentlichungen war inzwischen der Pädagoge Hartmut von Hentig auf Alisa Fuss aufmerksam geworden.²⁵ Er holte sie 1976 an die Laborschule Bielefeld. »Hartmut von Hentig hat mir geschrieben und mich zur Mitarbeit aufgefordert. Meine Kinder waren groß, mein zweiter Mann war gestorben – also habe ich mich für ein Jahr beurlauben lassen, und daraus sind vier Jahre geworden. Und als ich, zurück in Israel, 60 war, konnte ich in Rente gehen, konnte also in Israel Schluß machen, und dann bin ich hier geblieben – hier in Berlin.«²⁶



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Alisa Fuss war pensioniert, von Ruhestand konnte jedoch keine Rede sein. Im Gegenteil: Alisa Fuss engagierte sich. Sie setzte sich ein für andere, sie erhob die Stimme, wo andere schwiegen. Kurzum, sie war bis zu ihrem Tode politisch aktiv: in der Internationalen Liga für Menschenrechte, wo sie gegen Diskriminierung von Ausländern, für Flüchtlinge, und für das Grundrecht auf Asyl stritt, im Berliner Flüchtlingsrat, zu dessen Mitbegründern sie im Jahre 1981 gehörte, und bei dessen Aktivitäten sie die Internationale Liga für Menschenrechte vertrat, als Mitinitiatorin und Sprecherin der Jüdischen Gruppe Berlin 1982, die sich aus Protest gegen die israelische Libanon-Invasion gegründet hatte, und als mahnende Stimme – nicht nur im israelisch-palästinensischen Dialog. Von all diesen und anderen Aktivitäten soll in den folgenden Kapiteln die Rede sein.

Literatur

- 1 Sofern nicht anders angegeben, beruhen die in diesem Kapitel dargestellten Informationen über Alisa Fuss auf der Arbeit von Barbara Heber-Schärer, Alisa Fuss. Ein tätiges Leben, Typoskript 2007.
- 2 Nach den deutschen Gesetzen bekämen die Juden kein Asyl. Gespräch mit der Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, Alisa Fuss, über Flucht, alliierte Kenntnis von Judenvernichtung und über deutsche Ausländerpolitik, in: FREITAG, 20.12.1996.
- 3 Wie bei Biedermann und den Brandstiftern. Alisa Fuss über Demagogie und Demütigungen, über ihren Kampf gegen Rassismus und ihr Leben in Berlin und Palästina, in: Frankfurter Rundschau, 11.8.1997.
- 4 Margot Banard, »Ich seh' Dich nie wieder.« Erinnerungen, Bonn: Bouvier Verlag 2008, S.66.
- 5 Nach den deutschen Gesetzen bekämen die Juden kein Asyl. a.a.O.
- 6 Interview mit M. Landau, zitiert nach Barbara Heber-Schärer, a.a.O., S.30/31.
- 7 Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin: Ch. Links 1991, S.37.
- 8 Mohammed Amin al-Husseini war ein islamischer Geistlicher und palästinensisch-arabischer Nationalist. Er stammte aus einer der einflussreichsten Familien Jerusalems. Sein wichtigstes Amt neben dem des »Muftis von Jerusalem« war die »Präsidentschaft des Obersten Islamischen Rates«. In dem Wikipedia-Artikel über ihn heißt es weiter unter anderem: »Er wurde bekannt als Großmufti von Jerusalem, obwohl er diesen Titel nicht offiziell besaß. Er knüpfte Kontakte zu den Nationalsozialisten, gewann die Unterstützung durch deutsche Führungskreise und lebte ab 1941 in Berlin. Al-Husseini war Mitglied der SS und betrieb aktiv Propaganda für Deutschland in arabischer Sprache. In der Spätphase des Zweiten Weltkrieges half al-Husseini auf dem Balkan bei der Mobilisierung von Moslems für die Waffen-SS.«
http://de.wikipedia.org/wiki/Mohammed_Amin_al-Husseini (Download: 13.4.2009)





- 9 Die Hagana (hebr.: »Die Verteidigung«) war eine zionistische paramilitärische Untergrundorganisation in Palästina während des britischen Mandats (1923 – 1948). Später wurde die Hagana in die neu gegründeten israelischen Streitkräfte überführt.
- 10 Wie bei Biedermann und den Brandstiftern. a.a.O.
- 11 Nach den deutschen Gesetzen bekämen die Juden kein Asyl. a.a.O.
- 12 Ebenda.
- 13 Alisa Fuss zitiert nach Barbara Heber-Schärer, a.a.O., S.17.
- 14 Vgl. Die PKP und die arabische Bevölkerung Palästinas, 1919 – 1948, in: Alexander Flores, Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina 1919–1948, Münster: Periferia Verlag 1980. Über die Ursprünge der Kommunistischen Partei Palästinas vgl. Mario Offenber, Kommunismus in Palästina, Maisenheim a. G.: Verlag Anton Hain 1975.
- 15 Alisa Fuss zitiert nach Barbara Heber-Schärer, a.a.O., S.41/42.
- 16 zitiert nach Barbara Heber-Schärer, a.a.O., S.52.
- 17 <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/redakt/mrrz0003.html> (Download: 12.1.2009)
- Jakob Moneta, *11. November 1914 in Blasow, Ostgalizien. Seine Familie floh vor den Judenpogromen in Polen 1919 nach Köln. Beitritt in die Jugendorganisation der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Später Emigration nach Palästina, wo er in einem Kibbuz lebte und arbeitete. Aufgrund seines gewerkschaftlichen Engagements für arabische Arbeiter geriet er jedoch nicht nur mit zionistischen Kibbuzim, sondern auch mit der britischen Mandatsmacht in Konflikt. Moneta trat ein für einen binationalen Staat, in dem Juden und Palästinenser ohne jegliche Bevorzugung oder Benachteiligung miteinander leben können. Nach dem Krieg journalistische Laufbahn bei der Rheinischen Zeitung. Ab 1953 Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Paris. Später Vorstandsmitglied der IG Metall und Chefredakteur zweier Gewerkschaftszeitungen.
- 18 vgl. William Roger Louis/Roger Owen, Suez 1956: The Crisis and Its Consequences, Oxford 1989 und Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München: Oldenbourg Verlag 1999.
- 19 Barbara Heber-Schärer, a.a.O., S.95.
- 20 Barbara Heber-Schärer, a.a.O., S.98.
- 21 <http://www.berlin-judentum.de/kultur/hoexter.htm> (Download: 22.7.2008).
- 22 Ebenda.
- 23 Alisa Fuss zitiert nach Barbara Heber-Schärer, a.a.O., S.130.
- 24 siehe auch das Kapitel »Wiener Fundstücke«.
- 25 Hartmut von Hentig war seit 1963 Ordentlicher Professor und Direktor des Pädagogischen Seminars an der Georg-August-Universität Göttingen. Später wechselte er an die Universität Bielefeld. 1974 wurde die Laborschule Bielefeld gegründet, deren wissenschaftlicher Leiter er wurde. Hentig gilt als der einflussreichste deutsche Pädagoge der Gegenwart.
- 26 Nach den deutschen Gesetzen bekämen die Juden kein Asyl, a.a.O.





Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

»Ich werde oft gefragt: Wie kommt es, daß du als Jüdin und Israelin dich für die Sache der Palästinenser einsetzt?

Ich sehe die Frage anders. Ich stehe für Menschlichkeit, Solidarität und gegen Unterdrückung - also letztlich für mich selbst und meinesgleichen.«

Alisa Fuss

»Das ANDERE ISRAEL«

Das älteste vorliegende Zeugnis aus der »Berliner Zeit« ist eine für die Internationale Liga für Menschenrechte im Januar 1981 angefertigte Dokumentation, die Alisa Fuss mit »Das ANDERE ISRAEL« betitelt hat. Alisa Fuss war 1980 in die Liga eingetreten, nachdem sie in Israel bereits 'Liga'-Mitglied war. Der Einleitungstext kann als programmatisch für Alisa Fuss' Wirken als Friedens- und Menschenrechtsaktivistin angesehen werden und soll aus diesem Grunde hier vollständig dokumentiert werden:

»Das ANDERE ISRAEL

Eine Dokumentation, zusammengestellt für die Internationale Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin, von Alisa Fuss. Januar 1981.

Das Folgende soll das Gesicht des ANDEREN ISRAEL zeigen. Durch exemplarische Auszüge aus dem breiten Angebot der offiziellen Presse, die allen zugänglich ist. ANDERES ISRAEL, weil nicht identisch, weder mit Vertreibungs- und Eroberungspolitik, noch mit Diskriminierung der Araber; einer Politik, die leider seit der Staatsgründung immer mehr unselige Ausmaße angenommen hat.

Bei dieser ersten Dokumentation bin ich bewusst davon ausgegangen, Stimmen aus allen Epochen und aus den unterschiedlichsten Kreisen zu Gehör kommen zu lassen. Diese haben beschwörend gewarnt, den Anfängen zu wehren, die der offizielle Kurs schon zur Zeit der Arbeiter-Koalitionsregierung praktiziert hat. Diese Politik hatte für Israel selbst den Bumerang-Effekt, daß es von Innen ausgehöhlt und in seiner Existenz bedroht wurde.

Aus Sorge und Engagement für Israel sind diese Kritiken geschrieben und begangene Taten angeprangert worden. Es sollen von Zeit zu Zeit neuere, aktuellere Stellungnahmen des ANDEREN ISRAEL folgen, in der Hoffnung, dass diese selbstkritischen Kräfte eine Brücke und Verbündete sein werden, in einem möglichen Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern. Diese Stimmen des ANDEREN ISRAEL sind viel zu wenig bekannt. Das gängige Bild: 'Hier Israel - hier



Palästinenser', muss differenzierter gesehen werden. Diese Dokumentation soll dazu beitragen. Als Leitmotiv mögen Zitate aus ALBERT EINSTEIN: 'MEIN BEKENNTNIS ZUM JUDENTUM', dienen. Albert Einstein, der sich zwar als bewussten Juden definierte, meinte aber: 'Wer das alles Nationalismus nennt, dem kann ich sagen, daß es jedenfalls ein Nationalismus ist, der **nicht nach Macht**, sondern nach Würde und Gesundheit strebt' 'Hierzu gehört, daß wir das Problem des Zusammenlebens mit dem **Brudervolk der Araber** in einer noblen, offenen und würdigen Weise lösen. Hier haben wir Gelegenheit zu zeigen, was wir in den Jahrtausenden unserer schweren Vergangenheit gelernt haben.' ... «

Alisa Fuss hat in den folgenden, rund eineinhalb Jahrzehnten kontinuierlich über Israel, den Palästina-Konflikt, den Friedensprozess informiert. Sie referierte, diskutierte und stritt in Kirchengemeinden und Universitäten, auf Tagungen und Symposien und war außerdem häufig Ansprechpartnerin für die Presse.

Von 1988 bis 1997 publizierte sie in Kooperation mit dem Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz (heute Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung) ihre Israelberichte. Darin dokumentierte sie, was sie während ihrer jährlichen Israelreise(n) vor Ort in Erfahrung gebracht hatte. Dazu nutzte sie ihre Kontakte zu SchriftstellerInnen, JournalistInnen, (politischen) FreundInnen aus dem Friedenslager und AktivistInnen von Hilfsorganisationen, für die sie immer wieder in Deutschland Geld sammelte. Die Israel-Berichte waren für die deutsche interessierte Öffentlichkeit bestimmt. Viele Themen, über die sie berichtete, suchte man in der deutschen Presse vergeblich. Von der Detailgenauigkeit und Zuverlässigkeit der Informationen ganz zu schweigen. Das machte und macht ihren Wert aus.

Die folgenden Überschriften, die den Israelberichten der Jahre 1988 - 1997 entnommen sind, geben einen Eindruck von der Bandbreite der Themen:

- *Die russischen Einwanderer: Ein zionistischer Traum, ein palästinensischer Albtraum*
- *Neue jüdische Terrororganisationen*
- *Radikale junge Palästinenser - Die Tötung von Kollaborateuren*
- *Brit Shivyon/Bund der Gleichen - eine neue israelisch-arabische Bewegung*
- *PHR - die israelisch-palästinensische Ärzteorganisation für Menschenrechte*
- *Besuch in Deheishe, einem der größten Flüchtlingslager in der Westbank*
- *Besuch beim Women's Action Committee, Kritik der Frauen an der Intifada-Führung*

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

- *Besuch beim Anti-Folter-Komitee in Jerusalem*
- *Angriffe israelischer Under-cover-Einheiten*
- *Mann-Sein, Sexismus und Militarismus in Israel*
- *Yesh Gvul/Es gibt eine Grenze - Soldaten, die den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern*
- *Eine Verfassung mit einem Grundrechtekatalog ist dringend notwendig*
- *Landesweites Treffen von jüdischen und arabischen Rechtsanwälten am 2.1.93*
- *Besuch in einem Flüchtlingslager in Khan Younis (Gaza) am 3.1.93*
- *Im Zentrum für Rechte und Gesetz in Gaza/Centre for Rights and Law*
- *Der Aufstand der äthiopischen Juden*
- *Ultra-Rechte und Siedler*
- *Agenten auf der Gehaltsliste des Shabak*
- *Eine neue Tyrannei? Arafats Sicherheitsdienste eifern den israelischen Kollegen nach. Legalisierung der Folter?*
- *Demonstration gegen die Vertreibung der Jahalin-Beduinen.*

Aber nicht von den faktengesättigten Israelberichten soll die Rede sein. Vielmehr soll es hier in erster Linie um Alisa Fuss' Haltung und Einsichten über Israel, Palästina und den Nahost-Konflikt gehen. Es sind jene Beschreibungen und Analysen, die zwar zu einem konkreten Zeitpunkt in einer konkreten historisch-politischen Situation geschrieben wurden, aber über den Tag hinaus weisen. Sie sind auf diese Weise auch für jene LeserInnen und InteressentInnen verständlich und nützlich, die nicht über Spezial- und Detailkenntnisse nahöstlicher Politik verfügen. Ein Blick auf die Vielzahl von Vorträgen, Interviews und Artikel zum Nahost-Konflikt macht schnell deutlich, dass diese sich zumeist um einen politischen Dreh- und Angelpunkt bewegen: die Besatzung. Sie ist das immer wiederkehrende Thema, gegen das sie anschreibt und spricht.

Israel und die besetzten Gebiete: ein Zustand und wie man ihn ändern kann!

Die Diagnose, die Alisa Fuss im Jahre 1988 stellte, lässt an Deutlichkeit nichts vermissen. Für Israels Verhältnis zu den besetzten Gebieten findet sie unzweideutige Vergleiche mit dem einstigen südafrikanischen Apartheidsstaat: »Es gibt also zwei Rechtssysteme, eines für Israel und eines für die besetzten Gebiete. Ähnlich wie in Südafrika. Diese Gesetze haben ihren Ursprung in den Kolonialgesetzen der Briten von 1945. Über diese Gesetze sagte 1946 ein jüdischer Gelehrter an einer hebräischen Universität: 'Dieses Gesetz hat keine Parallele in einer

aufgeklärten Gesellschaft.' Die Engländer haben dieses Gesetz kurz vor ihrem Abzug abgeschafft, doch der jüdische Staat hat es später übernommen. Dazu sagte der heutige Minister Shalom Zodik: das Problem sei, daß 'heute die Araber für uns das sind, was wir für die Briten waren.' «¹

An anderer Stelle, in einem Interview, das vermutlich zur gleichen Zeit entstanden ist, berichtete sie von Friedensdemonstrationen in Israel, um zu zeigen, dass dort vor dem Südafrika-Vergleich ebenfalls nicht zurückgeschreckt wird: »Bei den großen Demonstrationen in Tel Aviv und Jerusalem wurden verschiedene Losungen mitgetragen. Die Hauptlosung war natürlich 'Raus aus den besetzten Gebieten', 'kein Schießbefehl', 'keine Ausweisungen', es waren auch Losungen dabei wie 'Erinnern und nicht vergessen, wir wollen nicht den Nazis ähneln', aber es war vor allem auch eine Losung, die immer wieder kam; 'Gaza ist unser Soweto', also das, was in Gaza passiert, ist das, was in Soweto in Südafrika passiert ist.«²

Alisa Fuss betrachtete das Problem Israels und sein Verhältnis zu den besetzten Gebieten nicht als einzigartigen Fall, nicht als Unikat. Sie verglich die Problematik – nicht nur symbolisch-metaphorisch – mit der Loslösung der Kolonien von ihren »Mutterländern«: »Israel betrachtet die besetzten Gebiete fast als seine Kolonien. Die Geschichte lehrt, daß Kolonien dann befreit werden, wenn die Kosten-Nutzen-Relation für die Besatzer zu ungünstig wird, vor allem, wenn die Opposition im eigenen Land dagegen groß ist.«³

Um die Rolle und Bedeutung der israelischen Opposition respektive der israelischen Friedensbewegung für den Kampf der Palästinenser um ihre Freiheit zu verorten, bediente sich Alisa Fuss eines zeitgeschichtlichen Vergleiches mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-amerikanische Aggression: »So wie der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die U.S.-Militärmaschinerie auch beeinflusst und gestärkt wurde von der breiten Protestbewegung innerhalb der USA, so kann ich mir ein Gelingen des gerechten Kampfes des palästinensischen Volkes auf Freiheit und Selbstbestimmung kaum vorstellen, ohne eine erstarkende Opposition und Friedensbewegung innerhalb Israels. Viel wird davon abhängen, ob und wie die israelische Friedensbewegung sich verbreitert unter der israelischen Bevölkerung, althergewohnte 'Heilige Kühe' schlachtet und mit palästinensischen dialogwilligen Kräften zusammenarbeitet. Die Zeit dazu ist reif. Überreif. Dabei geht es darum, den bisher weitverbreiteten nationalen Konsens in Israel zu erschüttern. Beileibe keine paternalistische Beziehung zum Kampf der Palästinenser.«⁴

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Dialog und gleiche Rechte sind die Antwort

Ein wahrhaftiger Dialog war für Alisa Fuss das Ergebnis gegenseitiger Anerkennung und gegenseitigen Respekts: *»Solange man nur von palästinensischen Rechten oder nur von israelischen Rechten spricht, kann der Dialog nicht beginnen. Hat also die ehrliche Suche nach einer Lösung noch gar nicht begonnen?«*⁵

Das Verhältnis zu den »israelischen Arabern« betrachtete sie nicht nur als ein zweiseitiges, als Binnenverhältnis. Sie erkannte vielmehr in seiner möglichen positiven Entwicklung die Chance Israels, sich in seine regionale, geografisch-kulturelle Umwelt zu integrieren, mithin ein Teil davon zu werden: *»Solange wir die israelischen Araber als Bürger zweiter Klasse behandeln, Boden konfiszieren und ihre Rechte nicht den jüdischen Bürgern gleichstellen in allem, solange können sie kein Bindeglied zwischen dem jüdischen Staat und den arabischen Nachbarn werden.«*⁶

So betonte sie auch immer wieder die Bedeutung und Notwendigkeit, das Miteinander von Israelis und Palästinensern schon jetzt, hier und heute, einzuüben. Das Miteinander ist bei ihr keine reine Zukunftsvision, die nach der großen politischen Lösung des Konflikts von selbst entsteht. Realistin, die sie war, wusste sie, dass das kaum funktionieren würde. Das alltägliche Miteinander im gemeinsamen politischen Kampf war für sie die Vorwegnahme eines für die Zukunft anzustrebenden allgemeingültigen Zustandes: *»Aber natürlich ist die Frage der Toleranz wichtig in dem Sinne, daß erst mal Toleranz geübt und gelebt werden muss nach so vielen Jahren von Hass. ... Und darum ist es ganz wichtig, daß es auch in Israel Gruppen gibt, die gemischt sind mit Juden und Palästinensern, besonders auch unter Jugendlichen, die einfach im tagtäglichen Leben zusammenkommen und gemeinsame Sachen machen. Und die dadurch, daß sie sich näher kennenlernen, die Vorurteile abbauen, die sich im Laufe der kriegerischen Auseinandersetzungen aufgebaut haben.«*⁷

In diesem Sinne äußerte sie sich auch über die Friedensmärsche im Rahmen der Intifada. Diese stellten keinen Wendepunkt dar, aber: *»Die Koordination zwischen den Frauen-Organisationen auf allen Seiten kann als Exempel für weitere langfristige Kooperation dienen, auch zwischen anderen Organisationen. Diese Friedensmärsche mit ihren Initiativen beweisen, daß dies möglich ist.«*⁸

Kontakt und Kooperation forderte Alisa Fuss aber auch in anderen Zusammenhängen. Sie reagierte auf einen Meinungsartikel von Sharona Zuriel mit der Überschrift »Kontakte sind jetzt notwendiger denn je«. Darin äußerte sich die Autorin zu einer Forderung der Alternativen Liste in Berlin-Spandau, im

»Das Andere Israel«

Jahre »1988 den Jugendaustausch zwischen Spandau und der israelischen Partnerstadt des Bezirks ein(zu)stellen.« Angesichts der Situation in den besetzten Gebieten dürfe man, so die AL, jetzt nicht nach Israel fahren, um dort auch noch an den »Jubelfiern« zum 40jährigen Bestehen des Staates Israel teilzunehmen. Die Autorin forderte: »Gerade Kontakte zwischen jungen Menschen aus Deutschland und Israel sind jetzt notwendiger als je zuvor. Wie in jedem Land, würden auch in Israel die Menschen auf eine erzwungene Isolierung von außen nur mit einer weiteren Verhärtung reagieren können.«⁹

Dazu Alisa Fuss in einem Leserbrief:

»Mehr Partner

Betr.: 'Kontakte jetzt notwendiger denn je'

Kontakte mit Israel? Natürlich! Aber zu den Menschen in Israel gehören auch ca. 700.000 Araber, ca. 18% der israelischen Staatsbürger und noch über 2.000.000 Palästinenser, die rechtlos in den besetzten Gebieten leben. So wie es Partnerschaften zwischen Berliner Bezirken und israelischen jüdischen Städten gibt, so sollten auch Partnerschaften zu arabischen Orten und Städten in den besetzten Gebieten angestrebt werden, um sich aus erster Hand über die dortigen Lebensbedingungen zu informieren. ...

Alisa Fuss; Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Berlin und Mitglied der Jüdischen Gruppe in Berlin, die außerhalb der Jüdischen Gemeinde besteht.«¹⁰

Diagnose der Intifada

Alisa Fuss hatte die erste Intifada begrüßt. Allerdings sah sie in ihr nicht nur den Aufstand gegen Israel. Sie erkannte vielmehr im Aufstand eine gesellschaftstransformierende Dimension, hin zu einer neuen, modernen palästinensischen Gesellschaft, weg von überkommenen Strukturen, als Voraussetzung für politische Freiheit und Unabhängigkeit: »Die Intifada war auch kein Zufall. Sie ist das Ergebnis von 21 Jahren Unterdrückung und Besatzung. Sie hat einen eigenständigen Charakter. Sie ist die zum Überleben notwendige Selbstorganisation des Volkes. Je länger die Intifada andauert, desto mehr werden dabei die Strukturen einer zukünftigen befreiten palästinensischen Gesellschaft entworfen.«¹¹ »Aber die Intifada ist auch, was durch die dritte Bedeutung des Wortes 'nafada' zum Ausdruck kommt: nämlich eine soziale und psychologische Erscheinung: ein Erwachen, eine Selbstreinigung, ein Bruch mit der eigenen palästinensischen Vergangenheit, mit der schweren Last schon längst überholter Gesellschaftsstrukturen. Daher richtet sich die Intifada nicht nur nach außen, gegen die Besetzung

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

und Unterdrückung, sondern auch nach innen, indem die Palästinenser ihre Ziele, Strategien und Errungenschaften neu überdenken. Sie ist der Versuch zu neuem Leben zu erwachen, sich zu regenerieren, auf eigenen Füßen zu stehen. Die alte palästinensische Gesellschaftsordnung und die israelische Okkupation sind nur zwei Seiten derselben Münze. Das bedeutet, daß das eine bekämpft wird, um das andere zu überwinden.«¹²

Über Feindbilder, Konfliktdynamik und die israelische Psyche

Alisa Fuss versuchte ihren LeserInnen und ZuhörerInnen verschiedentlich die Psycho-Logik des Palästina-Konfliktes nahezubringen. Sie macht dabei deutlich, dass Kontrahenten, zumal wenn diese - und wenn auch nur verbal - maximale und absolute Forderungen stellen oder Positionen einnehmen, eine rechtfertigende und stabilisierende Funktion für ihr Gegenüber haben: »Der israelische Staat, der die Palästinenser brutal unterdrückt, braucht das Feindbild und hält daran fest, daß die Palästinenser den Staat Israel vernichten wollen. Die Maximalforderungen vor allem der islamischen Fundamentalisten, aber auch anderer, die den Staat Israel ablehnen, kommen den Intentionen der israelischen Regierung entgegen, Verhandlungen auf den St. Nimmerleinstag hinauszuschieben. Wegen der objektiven Asymmetrie der ganzen Situation liegt die Hauptverantwortung für die Lösung des Konflikts bei Israel. Doch auch die PLO muß eine Strategie entwickeln, die es den fortschrittlichen, friedliebenden Kräften in Israel ermöglicht, mehr politischen Einfluss zu gewinnen. Aber nur mit dem Eintreten der israelischen Friedensbewegung für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, für gegenseitige Anerkennung und friedliche Koexistenz ist es nicht getan. Auch das Diaspora-Judentum und die Freunde Israels müssen begreifen, daß die Politik, die Israel heute betreibt, nur dazu führt, die Spirale von Gewalt und Gegengewalt, Mord und Rache auf beiden Seiten, immer weiter in Gang zu halten. Einige Gruppen in Kanada, Großbritannien, den USA und anderswo haben dies erkannt und sich unter der Losung »Jews for a Just Israel« zusammengeschlossen, die die israelische Politik der Gewalt, des Schießens und des Knochenbrechens scharf verurteilt haben. Nicht nur die Palästinenser müssen sich von der Okkupation befreien, sondern auch die Israelis.«¹³

Alisa Fuss' Ausführungen erinnern, wenn sie die Besatzung mit kolonialen Zuständen vergleicht und dabei neben den politischen und ökonomischen auch die psychisch schwerwiegenden Folgen für Besetzte wie Besatzer darstellt und analysiert, nicht selten an Frantz Fanon.¹⁴ Die 'israelische Psyche'

(über-)lebte ihrer Meinung nach durch das Relativieren und Verdrängen. Sie sprach in diesem Zusammenhang – gleichsam metaphorisch – von den »schwarzen Löcher(n) des Bewusstseins«: »Diese blocken bestimmte Informationen ab, besonders solche, die Angst erzeugen. Diese Form der Selbsttäuschung ist typisch für das heutige Israel. Viele Israelis können ganz einfach nicht glauben, daß ihre eigenen Leute – Söhne, Brüder, Ehemänner, Freunde – zu Dingen fähig sind, wie einen Fünfzehnjährigen aus seinem Haus zu schleppen, ihm die Augen zu verbinden, ihn gegen eine Wand zu stellen und ihm sodann Arme und Beine zu brechen. Derartige Informationen sind bedrohlich und verschwinden in den 'schwarzen Löchern'. Oder sie werden in eine annehmbare Form gebracht, indem wir behaupten, daß das alles sehr schlimm ist, aber nicht so schlimm wie anderswo (Südafrika, Irak, Paraguay, Chile, Uganda).«¹⁵

Gegen Applaus von der falschen Seite

Alisa Fuss war sich bei all ihrer radikalen Kritik an israelischer Politik und Verhältnissen sehr wohl bewusst, dass sie dabei Gefahr lief, ungewollt Applaus von der falschen Seite zu bekommen: von neuen und alten Antisemiten, oder von anderen, die mit ihrer Kritik an der israelischen Politik eigene politische und ideologische Ziele verfolgen.

»Schließlich geht es um ein differenziertes Bild von Vergangenheit und Gegenwart, um einen realistischen Zugang und ein sensibles Verständnis der Intifada und des ganzen Konflikts. Ich bin überzeugt, daß nur auf diese Weise eine tendenziöse Optik, falsche Vergleiche, durchsichtige Projektionen und Aufrechnungen vermieden werden können. Dieser Konflikt eignet sich nicht zur Entlastung deutscher oder österreichischer Geschichte. Im Gegenteil. In ihm wirkt auch eine von Deutschland ausgehende Gewalt weiter, welche die Juden zur Flucht nach Israel getrieben, ihnen unauslöschliche Traumata eingeprägt und in der Folge das Nahost-Drama mitbedingt hat. Das Bewusstsein dieser Verstrickung ist für ein verantwortungsvolles Herangehen an den Palästina-Konflikt notwendig.«¹⁶

Grundlegende Werte

In ihren Reden und Artikeln berief sich Alisa Fuss mehr als einmal auf die jüdische Geschichte und Religion – sie war nach eigenem Bekunden nicht religiös –, um die Grundlagen ihres Handelns zu erläutern: »Wenn ich hier als Jüdin und Israelin zu Wort komme, so möchte ich mich auf die humanen und sozialen Werte in der Tradition des Judentums berufen. Nicht nur viele Christen,



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

sondern leider auch viele Juden und Israelis haben diese Tradition vergessen oder verdrängt. Wir waren die erste Religion, die Gesetze zum Schutz des Fremden, 'Der in Deinen Toren weilt' und zum Schutze des Sklaven erließ. In den Sätzen der Weisen heißt es angesichts des Unterganges der Ägypter, die die Israeliten auf der Flucht verfolgten und ihnen nachstellten, dann aber selbst mit Mann, Reiter und Ross im Meer versanken, folgendermaßen: 'Die Engel im Himmel stimmten darob ein Hallelujah an. Da zürnte Gott und sagte: Meine Geschöpfe ertrinken im Meer und Ihr singt und jubelt?!' Also auch unsere Feinde sind Gottes Geschöpfe: So wie wir!«¹⁷

Dabei war dies für Alisa Fuss keine erbauliche religiös-historische Reminiszenz. Ohne ihre politischen Ziele aus den Augen zu verlieren, setzte sie ihren Vortrag fort mit einer »aktuellen Version dieses Gedankens: Eine Mutter, Mitglied eines Kibbuz, deren Sohn im Jom-Kippur-Krieg gefallen war, schreibt ein Jahr danach: 'Sogar nach allem, was passiert ist, kann ich die Araber nicht hassen. Die ewigen Kriege und die Konfrontation mit den Nachbarn bringen mich zum Nachdenken, daß all diese ewige Feindschaft unlogisch ist. Man hat uns in einem Geiste aufwachsen lassen, sie zu hassen, sie zu verachten und uns keine Rechenschaft abzulegen, was wir getan haben: Eine Siedlung zu erbauen auf den Ruinen ihrer Dörfer. ... Vielleicht, weil mein Kummer so groß ist und es leichter wäre für mich, zu hassen, denke ich, daß es meine Pflicht ist, auch ihre (der Araber) menschlichen Probleme zu sehen, und nicht nur meine. ... Ich hege keinen Hass gegen den Araber, der meinen Sohn tötete, ich fühle den Schmerz einer arabischen Mutter, so wie meinen eigenen. ... Habt die Kraft die Wahrheit herauszuschreien, die schreckliche Wahrheit über den Krieg!'«¹⁸

Auf die Frage, welche Haltung Menschen brauchen, um sich in einer ideologisch aufgeheizten Situation über das allseits propagierte Misstrauen hinwegzusetzen und zusammenarbeiten zu können, antwortete Alisa Fuss: »Das ist nur schwierig, wenn man aus einer nationalistischen Perspektive denkt. Ich schätze die Zusammenarbeit mit Menschen, die mit anderen Ideen groß geworden sind, die eine Gerechtigkeit wollen und die sehen können, daß es im israelisch-palästinensischen Konflikt zwei Seiten gibt und jede ihren Punkt, ihre Berechtigung hat. Eine andere Lösung gibt es nicht, da gibt es nur den Untergang. Für Menschen, die nicht nationalistisch denken, ist das gar nicht so schwer zu begreifen.«¹⁹





Literatur

- 1 Alisa Fuss, Aufstand in den besetzten Gebieten, in: Kirche Aktuell – Palästinenser: Leben braucht Zukunft! Mai 1988, S. 40/41.
- 2 Alisa Fuss: Interview mit Hartung, Typoskript, ohne Datum.
- 3 Alisa Fuss, Aufstand in den besetzten Gebieten, a.a.O., S. 34.
- 4 Dokument A (Vortragstext, Begrüßung von Tagungsteilnehmern), ohne Datierung, vermutlich 1988.
- 5 Redebeitrag zum Israel-Sonntag in der Genezareth-Gemeinde, 23.8.1981.
- 6 Ebenda.
- 7 Sowieso Online Zeitung, Interview mit Alisa Fuss, 1995,
http://www.sowieso.de/zeitung/IMG/article_PDF/palästina.pdf (Download: 1.1.2009).
- 8 Referat, Time for Peace, 2.2.1990.
- 9 Kontakte jetzt notwendiger denn je, Spandauer Volksblatt, 7.2.1988.
- 10 Mehr Partner, Leserbrief von Alisa Fuss, Spandauer Volksblatt, 12.2.1988.
- 11 Vortrag, TU Berlin, 2. November 1988.
- 12 Referat, Time for Peace, a.a.O.
- 13 Israel und Palästina zwischen Konfrontation und Kooperation. Dokumentation zur Tagung am 24./25. Juni 1989 in West-Berlin, Einleitung Alisa Fuss, S.65.
- 14 »Frantz Fanon, geboren am 20. Juli 1925 in Fort-de-France, Martinique; gestorben am 6. Dezember 1961 in Washington D.C.) war ein Psychiater, Politiker, Schriftsteller und Vordenker der Entkolonialisierung. Fanons Werke sind Ergebnis und Theoretisierung seiner politischen sowie psychiatrischen Praxis. ... Sein zentrales Thema bleibt die Analyse und Überwindung von Rassismus und Kolonialismus, doch die Behandlung dieser Phänomene ändert sich in Fanons Denken durch seine aktive Teilnahme am algerischen Bürgerkrieg und seine politischen Erfahrungen.« (Quelle: Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Frantz_Fanon (Download: 13.4.2009)
- 15 Referat, Time for Peace, a.a.O.
- 16 Ebenda.
- 17 Redebeitrag zum Israel-Sonntag, a.a.O.
- 18 Ebenda.
- 19 Menschen-Rechte-Heute, Katalog, Frankfurt a. M. 25.10. – 4.11.1995, S.8/9.



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

»Wir Juden haben damals genau dasselbe getan, was heute die Asylbewerber tun, nämlich falsche Dokumente besorgen, um verschlossene Grenzen zu überschreiten und erst ihre Kinder in einen sicheren Hafen zu schicken.«

Alisa Fuss

Flüchtlings- und Antirassismusbearbeitung

Der Flüchtlingsrat Berlin

Alisa Fuss hat sich von Beginn ihrer Berliner Zeit der Flüchtlingsarbeit und der Antirassismusbearbeitung gewidmet. Von beiden soll in diesem Kapitel die Rede sein. Alisa Fuss war eine der MitbegründerInnen des Flüchtlingsrates Berlin, der zu Beginn der 80er Jahre entstanden ist, als sich - nach ihren Aussagen *»eher zufällig«* - Personen trafen, die in der Flüchtlingsarbeit aktiv waren. Ihr gemeinsames Ziel war es, die Arbeit der unterschiedlichen Organisationen miteinander und aufeinander abzustimmen. Darüber hinaus stand der Erfahrungsaustausch auf dem Programm und der Wille, effektiver arbeiten zu wollen.

Zum Flüchtlingsrat gehörten VertreterInnen des Caritasverbandes, des Deutschen Roten Kreuzes, der evangelischen und katholischen Kirche, aber auch Privatpersonen, die sich für Flüchtlinge einsetzten, Künstler, Rechtsanwälte, also Experten wie auch engagierte Laien. Der Flüchtlingsrat war also konfessions-, organisations- und berufsübergreifend. Die vermutlich größte Besonderheit bestand darin, dass die Betroffenen selbst, die Flüchtlinge, an den Sitzungen des Flüchtlingsrates teilnahmen. An die Öffentlichkeit trat der Rat mit Petitionen, Bittbriefen, Appellen immer dann, wenn gegen die Menschenrechte der Flüchtlinge verstoßen wurde.

Der Flüchtlingsrat Berlin erhielt für seine Arbeit 1989 den Gustav-Heinemann-Preis. Bei der Preisverleihung in Frankfurt wandte sich Alisa Fuss in ihrer Dankesrede dezidiert gegen Begriffe wie *»Asylmissbrauch«* und *»Wirtschaftsflüchtlinge«*. Im gleichen Jahr forderte ein sozialdemokratischer Spitzenpolitiker - sein Name ist Oskar Lafontaine - das Ende des *»Asylmissbrauchs«*. Diese Begriffe klassifizierte Alisa Fuss unmissverständlich als untauglich, ja diskriminierend: *»Was heißt hier Missbrauch? Natürlich kommen auch Menschen zu uns, weil sie das reiche Land lockt. Aber kann man z.B. von Wirtschaftsflüchtlingen sprechen, wenn ihnen in ihrer Heimat die Existenzgrundlage genommen wird? Als meine Eltern 1935 Deutschland verließen, war ihr Leben*

noch nicht gefährdet, aber man hatte ihr Geschäft zerschlagen. Ihr ganzes Vermögen hatten sie einer Schlepperorganisation übergeben, die sie dann mit gefälschten Papieren nach Argentinien brachte. Heute wären sie Illegale. Man hätte sie sofort abgeschoben. Ich sage gar nicht, daß jeder bei uns aufgenommen werden soll. Das war auch vor 1993 nicht der Fall. Ich fordere doch nur ein rechtsstaatliches Verfahren, nach dem individuell die Fluchtgründe überprüft werden können.»¹

Faktisch wurde der Terminus »Wirtschaftsflüchtlinge« benutzt, um Flüchtlinge aus Nazideutschland, auch Juden, zu diskreditieren, zu diffamieren und in der Konsequenz ans Dritte Reich auszuliefern und sie ihrem Schicksal zu überlassen. Auf der von den Amerikanern initiierten Konferenz in Evian im Juli 1938 versagten alle potenziellen Aufnahmeländer den verfolgten, vertriebenen und bedrohten, zumeist jüdischen Flüchtlingen ihren Schutz mit der Begründung einer angeblich drohenden Überbevölkerung und hoher Arbeitslosigkeit im eigenen Lande. Man versicherte einander gegenseitig, nichts tun zu können. Der Vertreter Australiens äußerte, man habe in seinem Land kein »Rassenproblem« und wolle ein solches auch nicht importieren.

In ihrer Rede anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte an Liselotte Funke, die Alisa Fuss 1991 in ihrer Funktion als Liga-Präsidentin hielt, kritisierte sie die deutsche »Abschreckungspolitik«, die seit den 70er Jahren dreißig Änderungen des Asylrechts vorgenommen hatte: *»Die unterschiedlichen Vorschläge der deutschen Parteien zur Änderung des Asylverfahrens bewirken eine Scheindiskussion. Sie werden keine Lösungen schaffen. Dreißig Gesetzesänderungen, so rechnete unlängst die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl vor, hat es seit den siebziger Jahren im Zusammenhang mit dem Asylrecht gegeben. Alle wurden in der trügerischen Hoffnung konzipiert, Flüchtlinge ließen sich abschrecken. Durch Asylverfahrensänderungen aber lassen sich die weltweiten Fluchtursachen nicht bekämpfen. In der öffentlichen Debatte wird der Artikel 16 Grundgesetz, das Menschenrecht auf Asyl, zur Disposition gestellt. Die einen wollen einschränken, ergänzen oder abschaffen. Die anderen aber, quer durch Regierung und Opposition, wollen mit ihren Gesetzesvorschlägen die Asylentscheidungen der Kontrolle der Justiz entziehen. Die damit verbundene Abschaffung von Rechtswegen und demzufolge von Rechtsstaatlichkeit schlägt auf uns alle zurück. Heute wird der Rechtsweg für die Flüchtlinge verkürzt, morgen für alle, z.B. diejenigen, die denunziert werden oder auch nur in den Verdacht geraten, eine Ordnungswidrigkeit begangen zu haben, oder auch für die, welche den Kriegsdienst verweigern. ... Die Quotendiskussion paßt sich*

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

der Vorgabe an, daß das sogenannte Ausländerproblem wirtschaftsfunktional gelöst werden müsse. Auf keinen Fall darf das soziale Netz belastet werden. ... In jedem Vorrechnen, wie wenig sie uns kosten, liegt auch immer die Botschaft, daß sie uns nichts kosten dürfen. Der bloße Wunsch und die zwingende Notwendigkeit, Elend, Folter oder Tod zu entgehen, haben in dieser Kosten-Nutzen-Rechnung keinen Platz mehr.»²

Alisa Fuss war stets auch eine Kritikerin der deutschen Abschiebep Praxis. Beispielhaft machte sie deutlich, wie die Praxis der Exekutive gegen geltendes Recht verstieß bzw. die Dehnbarkeit geltenden Rechtes austestete: »Zum Beispiel ist im Dayton-Abkommen festgelegt, daß zum jetzigen Zeitpunkt keine Menschen aus Ex-Jugoslawien abgeschoben werden dürfen. Aber daran hält man sich nicht. Quasi als 'Versuchskaninchen' weist man einzelne Personen aus, von denen man genau weiß, daß sie zurückkehren werden, weil sie ihr Heimatland nicht aufnimmt. Die ganze Praxis ist nur darauf ausgerichtet, möglichst viele Leute loszuwerden. Wenn es da nicht Leute wie die vom Flüchtlingsrat gibt, die immer wieder intervenieren und den Verfolgten beistehen, dann sehe ich schwarz für die Menschenwürde in unserem Land.«³

Für jene, die als funktionierendes Rädchen in dieser Maschinerie mitwirken, fand sie scharfe Worte: »Gestern war ich Zeugin, wie ein verantwortlicher Beamter des Innensensors kalt und zynisch sagte: 'Wenn es das Gesetz uns erlaubt und der Flughafen von Beirut offen ist, schieben wir ab! Was mit den Menschen geschieht, ist nicht unsere Sache.' Deutsch ist die Amtssprache! Und die der Schreibtischtäter!«⁴

Gleichzeitig warb sie für Solidarität mit (palästinensischen) Flüchtlingen aus dem Nahen Osten, indem sie auf die historischen Umstände, die historische Kausalität ihrer Existenz und Flucht hinwies und auf die besondere Verpflichtung der Deutschen: »Die meisten der unter uns lebenden Palästinenser sind seit 1948 heimatlose Flüchtlinge, und zwar im Gefolge der Gründung des Staates Israel. Diese Gründung wiederum erfolgte im Ergebnis der Flucht von Deutschland aus gehetzter und verfolgter Juden nach Palästina, die dort Rettung vor dem Untergang suchten. Wir haben deswegen eine doppelte Verpflichtung, uns nicht angesichts des Leids der bei uns bedrängten palästinensischen Familien abzuwenden. Vielmehr müssen wir alles versuchen, ihren Aufenthalt in Berlin-West und der Bundesrepublik zu sichern. Wer immer kann, sollte darüber hinaus mit betroffenen Familien Kontakt suchen und auch Patenschaften übernehmen, auf jede Weise helfen.

*Pastor Winfried Maechler, Evangelischer Christ
Pädagogin Alisa Fuss, Jüdin - Freundeskreis von Abschiebung
bedrohter Palästinenser und Libanesen*«⁵

Bleibt noch anzumerken, dass Alisa Fuss Mitglied der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft war. Tatsächlich betrachtete die »*notorische Optimistin*«, wie Alisa Fuss sich selbst einmal bezeichnet hat, die Flüchtlingsarbeit illusionslos: »*Aufwand und Ergebnis*«, sagte Alisa Fuss so rasch, als habe sie sich selbst schon oft darüber klar werden müssen, »*stehen in keinem Verhältnis zueinander.*«⁶

*»Wenn es mir um die Wahrung der Menschenrechte geht,
so nicht - oder nicht nur - aus Mitleid mit diskriminierten Minderheiten,
sondern weil mit deren Rechten zugleich unser aller Rechte auf dem Spiel stehen.
Da reicht es nicht aus, daß sie im Grundgesetz abgedruckt sind.
Es bedarf vieler Menschen, die sie als die ihren zu verteidigen bereit sind.«⁷
Alisa Fuss*

Gegen Rassismus und Diskriminierung

Alisa Fuss' Flüchtlingsarbeit und ihr Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung sind kaum zu trennen. Die Frage »Was ist ein Rassist?« beantwortete sie mit einer Kritik an den gängigen, in den Massenmedien reproduzierten Klischees über die sozial deklassierten, ausländerfeindlichen Kräfte: »*So wie in rassistischen Köpfen bei der Eingrenzung des 'Nicht-Deutschen' mit Stereotypen gearbeitet wird, so wird im Gegenzug der 'Rassist oder Ausländerfeind' definiert. In den Medien taucht er vorwiegend als Skinhead auf, wird den arbeitslosen, asozialen 'underdogs' zugeordnet, somit einer genau umgrenzbaren sozialen Schicht, um die sich die Sozialarbeiter kümmern können. Empirische Studien belegen jedoch, daß häufig Gewalttäter aus 'guten', kleinbürgerlichen Familien kommen, Gewalttaten aus rassistischen Motiven sind in den alten Bundesländern mindestens so häufig wie in den neuen. Rassistisches Denken und Handeln gehen durch alle Gesellschaftsschichten und sparen keine Gruppe aus. Rassismus ist somit nicht allein das Problem der armen Leute mit schlechter Ausbildung, sondern eine Ideologie und Praxis, die in den Eliten von Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Medien ebenfalls verankert ist.*«⁸

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Im Jahre 1992, nach den Ereignissen von Rostock, Hoyerswerda etc., antwortete sie auf die Frage, ob sie in Deutschland einen Rückfall in die 30er Jahre sehe: *»Der Geist von damals ist dem heutigen ähnlich. Der Unterschied liegt darin, daß damals der Terror von oben gekommen und zur offiziellen Regierungspolitik geworden ist. In diesem Jahr sind mehr Menschen ermordet worden als damals am Anfang. Trotzdem ist der Unterschied gewaltig und es gibt bloß eine Hoffnung, daß dieser Terror gestoppt werden kann. Die Politiker unterstützen die Randalierer mit der Asyldebatte, und die Gerichte sind auf dem rechten Auge blind. Auch die SPD hat Angst vor der Volksstimme, aber damit wird sie ihre Seele verlieren. Die einzige positive Änderung sind die Demonstrationen, die eigentlich schon nach dem ersten Opfer hätten stattfinden sollen.«*⁹

*»Der Unterschied ist, daß Rassismen heute offen artikuliert werden können, 'offen die Sau rausgelassen werden kann', ohne hierdurch in gesellschaftliches Außenseitertum zu geraten. Die Scham ist vorbei.«*¹⁰

Der Rassismus der Eliten

Ein stets wiederkehrendes Thema in ihren Vorträgen und Interviews ist der Rassismus der Eliten und der Verwaltung, der »Biedermänner« und der »Brandstifter«; so in einer Rede, gehalten im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen am 27.9.1991: *»Es gibt Brandstifter, die Brandsätze in Ausländer- und Flüchtlingsheime werfen, um zu morden, die Gedenkstätten und Mahnmale demolieren, auch einmal einen polnischen Autobus - so ganz nebenbei - und es gibt Biedermann und die Brandstifter. Diese Biedermänner sitzen im Senat und in der Regierung, sogar in der Opposition. Durch ihr öffentliches Reden um die Änderung des Grundgesetzes für Asyl zündeln sie kräftig. Sie halten die Brandherde am Schwelen und ermuntern damit die potentiellen Täter, mit augenzwinkerndem Einverständnis rechnen zu können. Kein Tag sei ohne Hilfe und Solidarität für die Opfer! Laut und unerschrocken!«*

Wen sie in diesem Zusammenhang zu den Biedermännern zählte, machte sie in einem Gastkommentar in der Berliner Zeitung deutlich: *»Polemiken wie die von der 'Durchmischten und durchrassten Gesellschaft' (Stoiber, CSU) oder von einem 'Bevölkerungsgulasch' (Alber, CDU) nähren nur die grassierende Fremdenfeindlichkeit.«*¹¹

Zu den rassistischen Eliten muss auch die Professorin Charlotte Höhn gezählt werden. In einer Presseerklärung der Internationalen Liga für Menschenrechte äußerte sich Alisa Fuss über den Fall der Leiterin des Bundesinstitutes

für Bevölkerungswissenschaft. Frau Höhn war 1994 im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo aufgefallen durch Äußerungen wie: »Ist das erstrebenswert, dass sich Menschen, die krank sind, vermehren? Ist das vielleicht gut?« Und: »Zum Beispiel, dass man sagt, daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer. Selbst das Wort Rasse darf man ja nicht mehr in den Mund nehmen.«¹² Die Antwort lässt keine Zweifel offen: *»Solche Sätze sind Anschläge auf ein gleichberechtigtes Miteinander aller Völker der Welt. Ihre Bemerkungen disqualifizieren Frau Prof. Höhn nicht nur als Delegationsmitglied in Kairo, sondern letzten Endes auch als Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Rassistische Äußerungen in akademischem Gewand sind für unsere Gesellschaft genauso gefährlich wie die Taten rechter Schlägertrupps.*

Alisa Fuss, Präsidentin«¹³

Rassisten werden gemacht

Das Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung publizierte im August 1994 in der Reihe Didaktische Informationen das Heft »Kleine Spiele« für die Primarstufe. Darin wurde das Lied »Zehn kleine Negerlein« zum Unterrichtsgegenstand gemacht. Die didaktische Anweisung an die PädagogInnen lautete: *»Die Schüler können die Höraufgabe erhalten, sich zu merken, auf welche Weise die Neger umgekommen sind.«¹⁴*

Alisa Fuss wandte sich sofort in einem Offenen Brief u.a. an den Berliner Senator für Schule, Berufsbildung und Sport. In der Folge protestierten auch andere Organisationen und die Geschichte fand auch ein Echo in den Medien. *»In einer Zeit, in der rassistische Übergriffe und Gewalttaten fast zur täglichen Zeitungslektüre gehören, ist es nicht nur ein Zeichen mangelnden Fingerspitzengefühls, wenn ein solches Lied in eine Sammlung von Lernmaterialien aufgenommen wird; es ist vielmehr Zeichen fehlender pädagogischer Einsichten in die Notwendigkeiten interkulturellen = antirassistischen Lernens in einer multikulturellen Gesellschaft und decouvriert als solches auch rassistische Strukturen im institutionellen Bereich der LehrerInnenfortbildung. Es ist schon allein schlimm genug, daß dieses Lied als Lerngut angeboten wird; doch die didaktischen Hilfen, die den LehrerInnen zu diesem Lied zusätzlich angeboten werden, verschlimmern den Tatbestand noch um ein Vielfaches: Die einzige Aufgabe, die die SchülerInnen erhalten, ist, 'sich zu merken, auf welche Weise die Neger umgekommen sind' (S. 74/3.9.). Wer oder was mag die HerausgeberInnen geritten haben, eine solche Höraufgabe zu stellen? Wir können,*

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

selbst bei intensivem Nachdenken, keinen Sinn in dieser Aufgabenstellung finden. Aber vielleicht können Sie uns ja über deren Sinnhaftigkeit aufklären.

Unsere Bestürzung ist deshalb so groß, weil Menschen ja nicht als Rassisten geboren werden; sie werden vielmehr dazu erzogen. Und das Lehrmaterial, das mit diesem Heft zur LehrerInnenfort- und -weiterbildung(!) angeboten wird, ist dazu vorzüglich geeignet. Einmal abgesehen davon, daß es sich inzwischen auch in Schulverwaltungen bzw. Instituten zur LehrerInnenfort- und -weiterbildung herumgesprochen haben dürfte, daß schon das Wort 'Neger' von den Betroffenen als diskriminierend empfunden wird - was von den HerausgeberInnen in einer den Sachverhalt noch verschlimmernden Fußnote zugestanden wird - wird hier ein Bild vom 'Neger' den Kindern vermittelt, das in besten rassistischen Traditionen steht: Der 'Neger', der nicht nur tötet, sondern sich auch selbst zu Tode frißt und säuft; selbst beim Tanz, der uns in seiner Exotik noch etwas versöhnlich stimmen könnte, kennt er keine Grenzen. Und was tut das letzte der 'Zehn kleinen Negerlein'? Er nimmt sich eine Frau und so - läßt sich schließen - zeugt Kinder. Das Ganze kann wieder von vorne beginnen. - Solche Bilder sind uns doch allzu gut bekannt. Doch warum müssen sie den SchülerInnen in der Berliner Schule des Jahres 1994 vermittelt werden? Und wozu? Hier werden doch die Linien unserer rassistischen Traditionen in die Zukunft hinein verlängert.«¹⁵

Ob die oben angesprochenen Biedermänner auch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin zu verantworten haben, worin es heißt »Ein Jude kann nicht Deutscher sein« soll hier nicht entschieden werden.

Zunächst die Vorgeschichte in Kürze: Das Ehepaar Dolgitzer war 1979 aus Riga in die Bundesrepublik eingereist und hatte Vertriebenen-Ausweise bekommen. Sieben Jahre später wurden ihnen diese Ausweise wieder weggenommen, weil sich herausstellte, dass in der Geburtsurkunde »Jude« stand. Im Jahre 1991 erklärte das Oberlandesgericht Berlin es für rechtens, dass das »Deutschtum« mit der Begründung aberkannt worden ist: »... die Eintragung als Jude stehe einer 'deutschen Volkstumsbekundung' entgegen.«¹⁶

Dazu Alisa Fuss in ihrem Leserbrief:

»Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin vom August 1991 kann sich ein jüdisches Ehepaar nicht wie andere Deutsche auf die deutsche Sprache und Kultur berufen. Das ist gängige höchstrichterliche Rechtsprechung. Solange Teile von Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit ohne ausreichende Berücksichtigung der Geschichte des Antisemitismus Juden mehr Belastungen un-

terwerfen, als andere Deutsche zu ertragen haben, solange lebt das Tausendjährige Reich bei uns im amtlich praktizierten Antisemitismus fort.

Jüdische Gruppe Berlin

i.A. des Sprecherrats, Alisa Fuss»¹⁷

Gedanke und Tat

Gegen den virulenten Rassismus in Hoyerswerda und Rostock hat Alisa Fuss nicht nur publizistisch Stellung bezogen.

Zur Erinnerung an Hoyerswerda: dort herrschte rund um das Ausländerwohnheim im September 1991 der Ausnahmezustand. Durch die ersten rassistischen Pogrome im Deutschland der Nachkriegszeit gelangte die Stadt im Osten Sachsens zu trauriger Berühmtheit.

Alles begann mit dem Überfall einer Neonazi-Gruppe auf vietnamesische Straßenhändler. Die Polizei vertrieb die zumeist jugendlichen Täter. Diese begaben sich sogleich zum Vertragsarbeiterwohnheim, wo sie alle Fensterscheiben einwarfen. Angriffe, die sich über mehrere Tage erstreckten und später auch gegen das Asylbewerberheim richteten, eskalierten unter dem Beifall der Anwohner. Schließlich mussten die Wohnheime evakuiert werden. Die Zahl der couragierten Bürger, die sich den Angriffen widersetzen, war gering. Massive Polizeirepression richtete sich gegen zwei antifaschistische Demonstrationen.

Die Ausschreitungen in Hoyerswerda waren der Auftakt einer Serie von rassistischen Übergriffen und Brandanschlägen in Rostock, Mölln, Solingen ... im wiedervereinigten Deutschland.

Als trotz eines polizeilichen Sicherheitskreises um das Ausländerwohnheim, in dem Vietnamesen und Mosambikaner wohnten, Molotow-Cocktails und Steine auf das Gebäude flogen, sollte ein Zeichen der Solidarität und der praktischen Hilfe gesetzt werden. Ein Autokonvoi Berliner Bürgerinitiativen, unterstützt u.a. durch SOS Rassismus, die Jüdische Gruppe (vgl. Kapitel 5) und die Internationale Liga für Menschenrechte, fuhr nach Hoyerswerda. Mit Fahrzeugen wurde ein schützender Ring um das Ausländerwohnheim gebildet.¹⁸ »Die Idee zu dieser Aktion hatten Alisa Fuss von der Liga für Menschenrechte und Heidi Bischoff-Pflanz von SOS Rassismus. Von ihnen wurde die Organisation übernommen und von ihnen wurde zu der Aktion mobilisiert.«¹⁹

Alisa Fuss rief damals auch die Berliner auf, ein Zeichen zu setzen und ihre Solidarität mit den physisch gefährdeten Flüchtlingen in Berlin zu zeigen.²⁰

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Sie erklärte der Presse: »Bisher werden rund dreißig Wohnheime in Berlin mit 'menschlichen Schutzschildern' bewacht. Wir wollen damit ein Zeichen setzen. Wir hoffen auf die Unterstützung der Bevölkerung und daß der Funke unserer Initiative auf die neuen Länder überspringt.«²¹

Aufruf zum Generalstreik

Als Konsequenz aus den Ereignissen in Rostock, Hoyerswerda und anderswo rief Alisa Fuss zum Generalstreik auf: aus Protest gegen den Rassismus in Deutschland. Sie forderte eine zehninütige Arbeitsniederlegung, »um deutlich zu machen, daß es einen zahlenmäßig relevanten und entschiedenen Widerspruch und Widerstand gibt.«

»Wir protestieren gegen die Vorgänge in Rostock und ihre Behandlung durch die zuständigen Politiker: ... - die Vorgänge in der Nacht von Montag auf Dienstag legen den noch sehr viel schwerwiegenderen Verdacht einer sehr konkreten heimlich-unheimlichen Kumpanei zwischen den Behörden und den Angreifern nahe. Die Rechtsunsicherheit wirkt sich nicht zuletzt auch auf die Polizei aus: Was nutzen Festnahmen, wenn die Festgenommenen, jenseits der Frage von Schuld oder Unschuld auf höhere Weisung sofort wieder laufen gelassen werden? Wenn die verantwortlichen Politiker, quer durch alle Parteien, immer wieder ihr Verständnis für die Angreifer artikulieren und das 'eigentliche Problem' nicht in der Gewalt, sondern im 'unkontrollierten Zuzug von Ausländern' sehen? ...

Wir appellieren an alle menschlich empfindenden BürgerInnen - es hat auch in Rostock solche gegeben, die den Bedrohten Zuflucht geboten haben -, sich an der Arbeitsniederlegung zu beteiligen, um so ihrer Weigerung Ausdruck zu geben, das 'Ausländerproblem' - wie auch immer man im einzelnen darüber denken mag - auf solche Art 'lösen' zu lassen, die jene das Leben kostet - und uns die Freiheit und die Selbstachtung. Gewinner wird es nicht geben.

Alisa Fuss, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte.«²²

Der Streikaufruf wurde, so scheint es, auch international wahrgenommen. Das American Jewish Yearbook berichtete später über die Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an Angriffen auf Asylbewerberheime und an Entweihungen jüdischer Friedhöfe. »Alisa Fuss, president of the International League for Human Rights and a founder of the Berlin Jewish Group, called for a nationwide strike to express public outrage at the attacks and at the inadequate response of public officials.«²³



Literatur

- 1 »Ich sehe schwarz für die Menschenwürde in Deutschland«, Interview, in: Information der Gossner Mission, Juni/Juli 1996, S. 23
- 2 Laudatio anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille an Lieselotte Funke, 1991.
- 3 »Ich sehe schwarz für die Menschenwürde in Deutschland«, a.a.O., S. 23.
- 4 Dokument B, ohne Datum.
- 5 An Pfarrer, Katecheten und Lehrer, Gläubige aller Konfessionen und Nichtgläubige!, Flugblatt, 26.10.1992.
- 6 Menschen-Rechte-Heute, Frankfurt 25.10. - 4.11.1995, S. 9.
- 7 Alisa Fuss, Dankesrede zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.
- 8 Rassismus in Deutschland und was dagegen getan werden kann. Ein Beitrag von Alisa Fuss, in: Umbrüche, Nr. 5, Januar - März 1993, S. 4-6.
- 9 »Zur Zeit bleibe ich hier«, Interview mit Igal Avidan, in: die tageszeitung (taz), 28.11.1992.
- 10 Alisa Fuss, in: Rassismus in Deutschland und was dagegen getan werden könnte, Berliner Hochschulmagazin 4/1992, zitiert nach Neville Alexander, Zwei Seelen wohnen, ach, in dieser Nation, in: Frankfurter Rundschau, 24.6.1995.
- 11 Gastkommentar, Berliner Zeitung, 27.1.1992. Über die Rolle von Eliten für die massenhafte Verbreitung und Stabilisierung rassistischen Denkens, siehe Teun A. van Dijk, Rassismus heute. Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, Duisburg: DISS-Texte Nr. 14, 1991.
 »Der Begriff 'multikulturelle Gesellschaft' mobilisierte die Geister, und es antwortete ein vielstimmiger Chor. Mein alter Freund Siegbert Alber, Vizepräsident des Europa-Parlaments, meinte, die Deutschen durften nicht in einem 'Bevölkerungsgulasch' verschwinden.« (Plädoyer für eine »multikulturelle Gesellschaft«/Von Heiner Geissler, DER SPIEGEL 13/1990 vom 26. 3.1990, S.155 - 173)
 Das heutige ATTAC-Mitglied Heiner Geissler, der dem Anschein nach bereits 1990, als er diesen Artikel verfasste, ein Befürworter der multikulturellen Gesellschaft war, schien mit der Wortwahl, die Alisa Fuss in ihrem Kommentar als Nährlösung der Fremdenfeindlichkeit einstufte, keine Probleme zu haben. Wie treffend die Einordnung von Alisa Fuss war, zeigt eine psychologische Studie der Universität Bielefeld: Jan Christopher Cohrs, Von konstruktiven Patrioten und schwarzen Schafen: Nationale Identifikation und Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, S.180, Tabelle 48, Ausländerfeindlichkeits- und -freundlichkeitsitems mit deskriptiven Kennwerten und Faktorladungen. Dort wird auch das Statement des Prof. Alber behandelt.
 Prof. Siegbert Alber war nach eigenen Angaben »zuletzt Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof. Zuvor war er Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied zahlreicher parlamentarischer Ausschüsse. Insbesondere war Prof. Alber Mitglied und Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte sowie Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz. Er war ferner Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den baltischen Staaten und der Unterausschüsse für Datenschutz sowie für giftige



und gefährliche Stoffe. Darüber hinaus war er Stellvertretender Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen mit den Golfstaaten. Zudem ist Prof. Alber Träger zahlreicher hoher Auszeichnungen verschiedener Staaten. So ist er Offizier der französischen Ehrenlegion sowie Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, des Großen Kreuzes mit Stern und Schulterband des luxemburgischen Verdienstordens, des Großen Goldenen Ehrenzeichens der Republik Österreich sowie der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg. Prof. Alber ist Honorarprofessor am Europa-Institut der Universität des Saarlandes.«

Quelle: Kanzlei Alber & Geiger - Advocacy in Legislation,

<http://www.albergeiger.com/who-we-are/siegbert-alber/> (Download: 15.3.2009)

- 12 vgl. die tageszeitung (taz), 3.9.1994 und Frankfurter Rundschau, 5.9.1994.
- 13 Presseerklärung der Internationalen Liga für Menschenrechte v. 5.9.1994.
- 14 Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung (Hrsg.), »Kleine Spiele« für die Primarstufe, Berlin 1994, S. 74 f.
- 15 Offener Brief, zitiert nach Frankfurter Rundschau, 3.11.1994.
- 16 »Ein Jude kann nicht Deutscher sein«, die tageszeitung (taz), 30.8.1991.
- 17 Amtlich praktizierter Antisemitismus, die tageszeitung (taz), 26.9.1991.
- 18 Autokonvoi nach Hoyerswerda, die tageszeitung (taz), 23.9.1991.
- 19 Ebenda.
- 20 Mahnwachen vor den Ausländerwohnheimen, die tageszeitung (taz), 23.9.1991.
- 21 Wachen vor Asylbewerberheimen, die tageszeitung (taz), 25.9.1991.
- 22 Dokumentation, die tageszeitung (taz), 10.9.1992.
- 23 American Jewish Year Book, Vol. 94 (1994), S. 310.

Die Jüdische Gruppe Berlin

»Heute wenden wir uns an jüdische Organisationen, an alle Freunde des israelischen Volkes und an alle, die für die gesicherte Existenz Israels und für einen Frieden zwischen den Völkern des Nahen-Ostens eintreten.«

Zweite Libanon-Erklärung Berliner Juden vom 21. September 1982

Die Jüdische Gruppe Berlin

Im Sommer 1982 war Alisa Fuss Initiatorin und Mitbegründerin der Jüdischen Gruppe Berlin, gemeinsam mit Fritz Teppich.¹ Die Entstehung dieser Gruppe stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem israelischen Einmarsch im Libanon. »Sie war eine der ersten jüdischen Basis-Interessengruppen, die im Berlin der Nachkriegszeit aktiv wurde und auch eine der ersten, die mit ihrer Meinung an die Öffentlichkeit ging und dabei den Widerspruch zur offiziellen Gemeinde nicht scheute.«²

Der politische Kontext

»Im Sommer 1982 führt Israel eine große Libanon-Invasion durch. Ein erster, begrenzter Einmarsch hatte schon 1978 stattgefunden und zur Besetzung eines Grenzstreifens im Süden des Landes geführt. Mit der Invasion von 1982 verbanden Begin und sein Verteidigungsminister Scharon weitreichende Ziele: sie wollten die PLO, die Teile des Libanon kontrollierte und diese zu Angriffen auf Israel nutzte, von dort vertreiben. Außerdem sollte Syrien geschwächt und im Libanon ein israelfreundliches Regime installiert werden. Anstatt die regionalen Verhältnisse nach ihren Vorstellungen zu ordnen, verstrickten Begin und Scharon Israel allerdings in den libanesischen Bürgerkrieg. Die israelische Armee wurde mitschuldig an den Kriegsverbrechen ihrer Verbündeten – vor allem an den Massakern, die christliche Milizen im September 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila verübten. Israel brauchte fast zwei Jahrzehnte und die Erfahrung eines langen Kleinkrieges, um im Mai 2000 unter Ministerpräsident Ehud Barak den Libanon wieder zu verlassen.«³

Die Mitglieder der Jüdischen Gruppe wollten sich primär abgrenzen gegen die offizielle, regierungsamtliche Sicht Israels auf diesen Konflikt, wie ihn, zumindest nach außen, auch die Jüdische Gemeinde vertrat. Gruppen mit einer ähnlichen, vergleichbaren Ausrichtung bildeten sich auch in anderen deutschen Städten sowie in Österreich und der Schweiz.



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

»Seit 1982 besteht, damals in Westberlin gegründet, die Jüdische Gruppe. Sie entstand im Dissens zur Haltung der Jüdischen Gemeinde zum Libanon-Krieg, den wir als einen Angriffskrieg Israels ansahen, während die Jüdische Gemeinde den Standpunkt der israelischen Außenpolitik vertrat, die von einem Verteidigungskrieg ausging. Nun, ich bin bei beiden Mitglied.«⁴, erklärte Alisa Fuss.

Die Jüdische Gruppe Berlin wandte sich im Sommer 1982 mit zwei Erklärungen über die Massenmedien an die Öffentlichkeit. Sie solidarisierte sich darin einerseits mit den Friedenskräften in Israel. Andererseits forderte sie den Rückzug Israels aus dem Libanon. Zu den Erstunterzeichnern gehörten neben Alisa Fuss die Professoren für Politikwissenschaft Abraham Ashkenasi, Harald Hurwitz, Ossip K. Flechtheim und viele andere.

»Libanon-Erklärung Berliner Juden

Wir Juden, ehemals als Juden Verfolgte und Kinder von Verfolgten in West-Berlin protestieren gegen Israels Libanon-Invasion. Gestern gehörten Juden zu den Opfern des deutschen Nationalismus. Heute wirkt israelischer Nationalismus verheerend gegen Araber. Dem muß Einhalt geboten werden. Wir fordern den Rückzug Israels. Bombenterror, Vertreibung, Mißachtung der Vereinten Nationen stellen Verletzungen grundlegender Völkerrechtsnormen dar. Das alles steht im Gegensatz zu allen humanistischen Traditionen im Judentum. Umso mehr grüßen wir all jene in Israel, die dort in wachsender Zahl gegen Begins Krieg und für Frieden demonstrieren. Berlin, 6. Juni 1982«

Den politischen Ereignissen im Libanon folgend, erschien dreieinhalb Monate später die:

»Zweite Libanon-Erklärung Berliner Juden - 21. September 1982

Mit Entsetzen erfahren wir vom Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung in West-Beirut. Das israelische Militär ist entgegen allen Abmachungen und im Widerspruch zu den jüngst vorgelegten Friedensplänen in West-Beirut einmarschiert. Es hat die Linksmilizen entwaffnet und vorgegeben, die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. Das ungeheuerliche Massaker an wehrlosen Kindern, Frauen und Männern durch die von der israelischen Regierung unterstützten Rechtsmilizen fällt daher in die volle Verantwortung der israelischen Armee. Die Schreckensbilder aus dem Libanon rufen in uns Erinnerungen an Judenpogrome wach; gerade als Juden dürfen wir solche Verbrechen an Palästinensern nicht schweigend hinnehmen. Be-



reits in unserer Erklärung vom 6. Juli 1982 haben wir den Rückzug Israels gefordert. Heute wenden wir uns an jüdische Organisationen, an alle Freunde des israelischen Volkes und an alle, die für die gesicherte Existenz Israels und für einen Frieden zwischen den Völkern des Nahen Ostens eintreten und rufen Euch auf:

Fordert den sofortigen Rückzug Israels aus dem Libanon!

Solidarisiert Euch mit den Friedenskräften in Israel, die gegen die Expansionspolitik ihrer Regierung demonstrieren!

Verlangt von der israelischen Regierung die Einstellung militärischer Aktionen und die sofortige Aufnahme von Verhandlungen unter Beteiligung der Palästinenser zur Lösung des Nahost-Konflikts!«

Die Jüdische Gruppe Berlin war jedoch keine Single-Issue-Group. Sie bestand weiter, nachdem die Libanon-Krise längst von der Agenda der Massenmedien verschwunden war. Über das Selbstverständnis und das Programm der Gruppe gibt Alisa Fuss Auskunft: *»Wir sind alles Juden, aber nicht alle sind Mitglieder in der Jüdischen Gemeinde. Die Gruppe versteht sich als eine offene Vereinigung und hat sich gegründet, weil der Protest demokratischer Juden gegen den Einmarsch Israels in den Libanon in der hiesigen Jüdischen Gemeinde unterdrückt wurde. Seitdem nehmen wir in der Öffentlichkeit immer kritisch zur Entwicklung in Israel und in Deutschland Stellung. Gerade dann, wenn offizielle jüdische Stellen schweigen. Wir äußern uns vor allem auch zu Problemen mangelnder Demokratie innerhalb der jüdischen Gemeinden. Was Israel betrifft, setzen wir uns für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern ein. Das ist heute schwieriger geworden; denn die neue Regierung Netanjahu ist eine rechtsgerichtete. Sie tut alles, um die Palästinenser auszugrenzen und zu demütigen. Wir unterstützen einen Dialog, der zu einem gerechten und gleichberechtigten Frieden für die Region führen könnte.«*⁵ Gleichzeitig galt: *»The group is by no means united in its stands, but needs the forum in which to consider the questions.«*⁶

Jüdische Gruppe - Jüdische Gemeinde

Auch nach dem Libanon-Krieg, der die Initialzündung für die Entstehung der Jüdischen Gruppe war, äußerte Alisa Fuss mehrfach öffentlich dezidiert ihre Kritik an der Jüdischen Gemeinde Berlin bzw. an politischen Statements ihrer VertreterInnen. Das Verhältnis zwischen der Jüdischen Gruppe und der Jüdischen Gemeinde charakterisierte sie in verschiedenen Interviews in den Jah-



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

ren 1992 und 1997: »In der Jüdischen Gruppe gibt es ein aktives Leben und Diskussionen, anders als in der Jüdischen Gemeinde. Wir haben schon 1986 unsere Verantwortung als Juden gegenüber anderen Minderheiten wahrgenommen. Erst jetzt kommt ein anderer Ton von Herrn Bubis, den ich persönlich schätze.«⁷ »Was mich an der Jüdischen Gemeinde am meisten gestört hat, ist, daß sie nie den Kampf gegen den Antisemitismus mit dem Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verbunden hat. Doch das gehört zusammen, gerade für Juden.«⁸

Mit Einmischung und Kritik sparte die Jüdische Gruppe nicht. Sie bezog klar Stellung, als es im Jahre 1987 um das Thema Volkszählung ging und um die historischen Implikationen, die Juden und andere Minderheiten in Deutschland betreffen.

»Die historische Erfahrung des Mißbrauchs der Volkszählungsdaten von 1933 und 39 hat für uns besonderes Gewicht. Auch wenn die gegenwärtigen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland eine Angst vor abermaliger 'Selektion' von jüdischen Bürgern und anderen Minderheiten nicht gerechtfertigt erscheinen ließen (sic!), wäre es naiv, die Erfahrungen der jüngsten Geschichte und die Verfolgung von Minderheiten zu ignorieren. Da es weder eine informationstechnische Sicherheit, noch eine in die Zukunft reichende politische Gewähr vor Mißbrauch gibt, verweigern wir uns der Volkszählung.«⁹

Anlässlich eines im Sommer 1997 geplanten »Jüdischen Straßenfestes«, das unter dem Motto »30 Jahre vereinigtes Jerusalem« stehen sollte und vom »Bund Jüdischer Studenten in Deutschland« organisiert wurde, meldete sich die Jüdische Gruppe ebenfalls zu Wort. Sie übte heftige Kritik an der Veranstaltung, insbesondere an der von den Veranstaltern gewählten Bezeichnung »vereinigtes Jerusalem« und bezeichnete das Fest als »geschmacklos«.¹⁰ »Im Sechstagekrieg sei Jerusalem von Israel erobert und nicht befreit worden«, sagte Alisa Fuss in ihrer Funktion als Sprecherin der Gruppe der Presse.¹¹ Von »Wiedervereinigung« oder »Befreiung« zu sprechen, sei absurd.¹² »Wenn schon der 'Jom Jerushalajim' der Jerusalemstag, gefeiert werde, dann sollten dies Juden und Palästinenser gemeinsam tun.«¹³

Die Jüdische Gruppe kommentierte aber auch die offizielle staatliche Erinnerungspolitik. So monierte die Gruppe in einem Offenen Brief, dass in der Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand »der Hinweis auf den traditionellen Antisemitismus der 'alten Eliten' fehle. Die 'Judenpolitik' der Nazis sei für die meisten kein Grund zum Widerstand gewesen.«¹⁴

Vor diesem Hintergrund erscheint eine Charakterisierung der Gruppe, wie



sie 1987 das Jerusalem Post Magazine vornimmt, allzu einseitig: »Once a month a group of Jewish leftist intellectuals gather to discuss the why and how of their identity and location: the contradictions, the frustrations, the possibilities for expression and action for people who are – to put it most crudely – victims who have returned to the scene of crime.«¹⁵

Von der Jüdischen Gruppe zum Jüdischen Runden Tisch

»Der Runde Tisch ist ein loses Bündnis der Jüdischen Gruppe, des Jüdischen Kulturvereins und der Israelitischen Synagogengemeinde Adass Jisroel. Er setzt sich für eine Pluralität und Unabhängigkeit jüdischen Lebens und Kultur außerhalb der offiziellen Jüdischen Gemeinde von Berlin ein.«¹⁶

Die Initiative für den Runden Tisch ging von der Jüdischen Gruppe aus. Alisa Fuss erläuterte die Entstehungsgeschichte und wandte sich gleichzeitig gegen die staatliche Normalisierungspolitik: »Die Jüdische Gruppe trat mit Erfolg sowohl an Adass Jisroel als auch an den Kulturverein heran, sich an einem solchen Runden Tisch zu beteiligen. Von der Jüdischen Gemeinde kam zunächst kein Feedback, wir hatten beide Listen, die sogenannte demokratische und die liberale, und alle Unterorganisationen wie Frauen, Ärzte, Künstler und so weiter angeschrieben. Vor kurzem dann nahmen zwei Vertreter der demokratischen Liste am Jüdischen Runden Tisch teil, in Absprache zwar, aber zunächst als Privatpersonen. Ich glaube, daß angesichts der aktuellen Entwicklungen alle an den Runden Tisch müssen, die jüdisches Leben in Berlin tragen. Hauptanliegen ist doch, sich um die jüdischen Belange hier in Deutschland zu kümmern. Wir sollten auch im Auge haben, an welche Rolle die Regierung denkt, wir sollen sozusagen einen Schlußstrich unter das ziehen, was gewesen ist und 'die Normalisierung' herbeiführen. Ich meine, dazu werden wir uns nicht hergeben.«¹⁷

Ein weiteres, zentrales, wichtiges Anliegen des »Runden Tisches« war es, die Pluralität jüdischer Meinungen zu präsentieren und zu demonstrieren. So kritisierte Alisa Fuss Ignatz Bubis dafür, dass er im Namen des Zentralrats der Juden in Deutschland die Beteiligung der Bundeswehr in Somalia positiv sanktioniert habe. Sie bezeichnete dies als »untragbar« und warf ihm »ein anbietendes Verständnis von Normalität« vor, das so nicht akzeptiert werden könne. Ein anderer Sprecher des Runden Tisches, Peter Moses-Krause, ergänzte, die logische Folge sei, dass »jüdische Soldaten für Deutschland in Somalia sein müßten«. Auch das eindeutige Votum für Olympia 2000 in Berlin könne der »Runde Tisch« nicht akzeptieren. Bubis habe nicht das Recht, permanent das

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Wort »wir Juden« in den Mund zu nehmen und solche »Ungeheuerlichkeiten« als jüdische Position zu verbreiten. Nach Auffassung beider Sprecher war es für viele Juden in Deutschland nicht mehr selbstverständlich, hier zu leben. »Das Unsicherheitsgefühl« wachse, sagte Alisa Fuss. Zwar habe der Antisemitismus keine »skandalöse Spitze«, er komme »auf leisen Pfoten« daher.¹⁸

Der Jüdische Runde Tisch äußerte auch seine vehemente Kritik an der Ausstellung »Jüdische Lebenswelten«. Auf einer Pressekonferenz verteilte die Gruppe ein Flugblatt mit der provokativen Überschrift »Der Senat schenkt den Juden eine Ausstellung!«. »Bemängelt wurde, daß weder bei den 'Jüdischen Lebenswelten' im Martin-Gropius-Bau noch bei der Ausstellung in der Akademie der Künste, geschweige denn bei der Planung der Gedenkstätte im Haus der Wannseekonferenz jüdische Gruppierungen in die Vorbereitungen einbezogen wurden. ... Obwohl das Ausstellungsmotto 'Jüdische Lebenswelten' suggeriere, daß es um die Darstellung eines lebendigen und pluralistischen Judentums gehe, sei die Geschichte des Nachkriegsjudentums in Deutschland mit keinem Wort erwähnt. Juden heute, so könne man daher folgern, gäbe es nur noch in Israel und in den USA.«¹⁹

Der Arbeitskreis Nahost

Zurück zur Jüdischen Gruppe Berlin. Die inhaltliche Ausrichtung veränderte sich Ende der 80er Jahre. Die Jüdische Gruppe zerfiel in diverse Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen thematischen Ausrichtungen. Im Jahre 1989 gründete sich die Nahost-Gruppe in Berlin (West). Der Impuls ging von Alisa Fuss aus. Wunsch der neuen Gruppe war es einerseits, den ursprünglichen Schwerpunkt der Jüdischen Gruppe weiter zu verfolgen. Diese Entwicklung brachte andererseits eine Akzentverschiebung in der Mitgliederstruktur mit sich. »Wir haben im September 1989 hier in Berlin angefangen, es gibt jedoch immer noch die größere jüdische Gruppe, die schon 1982 aus dem Protest gegen den Libanonkrieg entstanden ist. Es war nur so, daß sich mit den Jahren und mit der Entwicklung der deutschen Politik die Interessen verlagert haben. Schwerpunkt der Jüdischen Gruppe sind jetzt mehr die Probleme in Deutschland, beispielsweise die Wiedervereinigung und ihre Folgen. Die Nahostpolitik ist etwas unter den Tisch gefallen. Daher entstand der Wunsch, neben der Jüdischen Gruppe eine Nahost-Gruppe zu gründen - mit Mitgliedern der Jüdischen Gruppe, die daran interessiert sind, aber auch mit palästinensischen und ebenso mit nichtjüdischen deutschen Mitgliedern.«²⁰

Am Ende dieser Entwicklung stand der noch heute aktive Arbeitskreis Nahost, der sich monatlich im Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung trifft, freilich ohne inhaltlich oder institutionell zur Heinrich-Böll-Stiftung zu gehören.²¹ Der heutige AK Nahost beruft sich explizit auf Alisa Fuss. Auf seiner Website heißt es in der Selbstdarstellung²² der Gruppe: »Der AK Nahost ging aus der Nahostgruppe hervor, die Alisa Fuss, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, 1982 gründete. Den Anstoß gab die israelische Invasion des Libanon. Als jüdische Israelin kämpfte Alisa Fuss (1919 bis 1997) gegen das Unrecht, das den Palästinensern zugefügt wurde. Durch Öffentlichkeitsarbeit wie Bildungsveranstaltungen, Kundgebungen und Mahnwachen versuchte sie, den Palästina-Konflikt einer breiteren deutschen Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu bringen. In diesem Sinne versteht der AK Nahost seine Arbeit. Er bezieht dabei eindeutige Position für die Palästinenser, deren Lebensgrundlage seit Jahrzehnten durch die israelische Politik der Vertreibung, Enteignung und Besetzung systematisch zerstört wird.«²³ Außerdem sind dort als Datei zum Download die Israel-Berichte von Alisa Fuss und Symposien zum Nahost-Konflikt zu finden.

Seine Ziele formulierte der AK Nahost im Jahre 2009 wie folgt:

- »Dem palästinensischen Narrativ in der deutschen Öffentlichkeit mehr Gehör verschaffen
- Solidarität mit den Palästinensern in der Region und im Exil zeigen und einfordern
- Kontakte mit palästinensischen NGOs, die im gewaltfreien Widerstand stehen, aufbauen und halten
- Kontakte mit israelischen NGOs, die für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben mit den Palästinensern und arabischen Nachbarn eintreten, aufbauen und halten
- Informationen zur Geschichte und gegenwärtigen politischen und sozialen Lage im Nahen Osten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen
- Staatliche und europäische Institutionen dazu bewegen, Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts nicht länger hinzunehmen.«²⁴

Auf einer älteren Variante der Website (Sommer 2008) fand sich dazu noch folgender Hinweis: »Um Missverständnissen vorzubeugen, wollen wir unsere Positionen darlegen: Das Existenzrecht Israels steht für uns nicht zur Disposition. Das Existenzrecht eines lebensfähigen palästinensischen Staates halten wir für unverzichtbar.«

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Das letzte Wort in diesem Kapitel soll ein Mitglied der Jüdischen Gruppe haben. Anlässlich der Verleihung des Ingeborg-Drewitz-Preises an Alisa Fuss im Jahre 1987 erklärte es die Bedeutung der Gründerin für die Dynamik, den Zusammenhalt und die Fortexistenz der Gruppe: »Wir von der Jüdischen Gruppe sind für diesen Anlaß sehr dankbar, weil es uns sozusagen im Hucklepackverfahren die Möglichkeit gibt, auch auf Alisas Rolle in unserer Gruppe hinzuweisen. Alisa Fuss hat die Jüdische Gruppe in der Zeit des Libanon-Krieges mitbegründet, und es ist ganz wesentlich ihrer Geduld - und manchmal auch ihrer Ungeduld mit uns - zu verdanken, dass diese Gruppe, aus eigener bitterer Erfahrung gegen Unterdrückung und Haß politisch engagiert, weiterhin besteht und für viele von uns auch eine Rückversicherung unserer Identität und unserer Werte darstellt. In ihrer bestimmten Art ist Alisa zweifellos das Gewissen der Gruppe, und wir freuen uns mit ihr über diese wohlverdiente Anerkennung.«²⁵

Literatur

- 1 vgl. Nachruf: Alisa Fuss - von Ruth Fruchtman, in: Jüdisches Berlin 6/98 und David Dambitsch, Im Schatten der Shoah, Berlin/Wien: Philo 2002, S.52 f.
Fritz Teppich, geb. 1918 in Berlin als Sohn einer liberalen jüdischen Großbürgerfamilie; Spanienkämpfer, Journalist, »jüdischer Kommunist« (Fritz Teppich über Fritz Teppich); Autobiografie: Der rote Pfadfinder. Der abenteuerreiche Weg eines Berliner Juden durch das 20. Jahrhundert, Berlin 1996.
- 2 Andrew Roth/Michael Frajman, Das jüdische Berlin heute, Berlin: Quadriga Verlag 1999, S.207.
- 3 Muriel Asseburg/Volker Perthes, Geschichte des Nahostkonflikts, Stiftung Wissenschaft und Politik, http://www.swpberlin.org/common/get_document.php?asset_id=5089, (Download: 15.3.2009).
- 4 Unerschrocken wie Ossietzky. Alisa Fuss, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, über plurales Leben in Berlin und die Carl-von-Ossietzky-Medaille 1993, in: Berliner Linke 49/93.
- 5 Alisa Fuss. Warum sind Sie gegen das jüdische Straßenfest in Berlin?, in: Junge Welt, 14./15.6.1997.
- 6 Soul-searchers, Jerusalem Post Magazine, January 1987.
- 7 »Zur Zeit bleibe ich hier«. Interview mit Igal Avidan, in: die tageszeitung (taz), 28.11.1992.
- 8 Wie bei Biedermann und den Brandstiftern. Alisa Fuss über Demagogie und Demütigungen, über ihren Kampf gegen Rassismus und ihr Leben in Berlin und Palästina, in: Frankfurter Rundschau, 11.8.1997.
- 9 zitiert nach: Dokumentation, die tageszeitung (taz), 18.5.1987. Ein Schreiben mit identischem Tenor ging am 5.10.1987 an die Petitionsausschüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Deutschen Bundestages.

- 10 Kritik arabischer Vereine am jüdischen Fest, in: Berliner Zeitung, 13. 6. 1997.
- 11 Jerusalemfest umstritten, in: die tageszeitung (taz), 12. 6. 1997.
- 12 Juden: Feier mit Palästinensern empfohlen. Protest gegen Straßenfest zum Jerusalem-Tag aus Anlaß der Eroberung des Ostteils, in: Frankfurter Rundschau, 12. 6. 1997.
- 13 Ebenda.
- 14 Offener Brief, in: Berliner Zeitung, 8. 8. 1994.
- 15 Soul-searchers, a.a.O.
- 16 Wider das »schöne Bild vom feingeistigen Juden«, in: die tageszeitung (taz), 16. 1. 1992.
- 17 Unerschrocken wie Ossietzky, a.a.O.
- 18 Antisemitische Hetze, in: die tageszeitung (taz), 27. 7. 1993.
- 19 Wider das »schöne Bild vom feingeistigen Juden«, a.a.O.
- 20 Dokumentation zur Tagung der Nahost-Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin, 30. 6. – 1. 7. 1990, Veranstalter: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.V., Online verfügbar auf der Website des AK Nahost, <http://www.aknahost.org>
- 21 Die Entwicklung der Jüdischen Gruppe bzw. der Nahostgruppe wird detailliert nachgezeichnet von Alexander Jungmann, Jüdisches Leben in Berlin. Der aktuelle Wandel in der metropolitanen Diasporagemeinschaft, Bielefeld: transcript Verlag 2007, Die Nahostgruppe, S. 483 – 498.
- 22 <http://www.aknahost.org/> (Download: 20. 3. 2009).
- 23 Ebenda.
- 24 Ebenda, (Download: 15. 7. 2008).
- 25 Michal Bodemann anlässlich der Verleihung des Ingeborg-Drewitz-Preises, zitiert nach Barbara Heber-Schärer, Alisa Fuss. Ein tätiges Leben, Unveröffentlichtes Typoskript 2007. S. 152



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

»Im Interesse der Fortführung einer nach wie vor guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf polizeilichem Gebiet, aber auch im Interesse der Glaubwürdigkeit des Auslieferungsverkehrs mit der Türkei insgesamt, bitte ich Sie, die Bewilligungsentscheidung vom 21. Februar für vollziehbar zu erklären, damit die Auslieferung unverzüglich durchgeführt werden kann.«

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann

in einem Schreiben in Sachen Altun

an den Bundesjustizminister Hans A. Engelhard, 21. Juli 1983.

Ein Mahnmal für Cemal Kemal Altun

Am Morgen des 30. August 1983 nahm sich Cemal Kemal Altun durch einen Sprung aus dem 6. Stock des Verwaltungsgerichtes das Leben. Das Denkmal für Altun aus grauem Granitstein, eingeweiht am 22. Mai 1996, zeigt einen kopfüber herunterstürzenden Menschen mit ausgestreckten Armen.¹ In Granit gemeißelt, steht zu lesen:

CEMAL KEMAL ALTUN
STÜRZTE SICH AM 30. AUGUST 1983
ALS POLITISCHER FLÜCHTLING
HIER AUS DEM FENSTER
DES VERWALTUNGSGERICHTS
AUS ANGST VOR AUSLIEFERUNG IN DEN TOD
POLITISCH VERFOLGTE MÜSSEN ASYL ERHALTEN!

Altun war der erste² politische Flüchtling in der Bundesrepublik Deutschland, der sich das Leben nahm, weil er nicht mehr daran glaubte, dass deutsche Gerichte ihn vor Gefängnis und Tod in seinem Herkunftsland, der Türkei, retten würden.³ »Wir möchten damit an die Verzweiflungstat erinnern und vor allem auch auf die nach wie vor ungeklärte Ausländer- und Asylproblematik aufmerksam machen«, hatte Alisa Fuss knapp zwei Jahre vor der Einweihung des Mahnmals erklärt.⁴ Schöpfer der Skulptur ist der iranische Bildhauer Akbar Behkalam. Er ging im Herbst 1993 als Sieger aus einem Wettbewerb hervor. Bereits 1989 hatte die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg beschlossen, ein Denkmal für den türkischen Sozialdemokraten Altun zu errichten.⁵ Was folgte, waren ein jahrelanger Kleinkrieg und zähe Verhandlungen: um Geld,



um Formulierungen, um Verwaltungsvorschriften und um richterliche Befindlichkeiten. Durch die geplante Inschrift für das Mahnmal wurden nach Ansicht von Jürgen Kipp, Vorsitzender des Vereins der Verwaltungsrichter, »die Mitarbeiter des Verwaltungsgerichts verunglimpft«, da dort von einem jahrelangen Gerichtsverfahren gesprochen wird, das Cemal Altun zermürbt habe. Tatsächlich habe das Verfahren am Verwaltungsgericht aber nur zwei Monate gedauert.⁶

»Die Verwaltungsrichter, die im August 1983 über Altuns Asyl-Anerkennung entscheiden mußten, wollten die Tafel nicht. Sie fühlten sich unschuldig. Das ist verständlich, sie waren Altun wohlgesonnen. Parallel lief ein Auslieferungsverfahren beim Kammergericht, deswegen saß Altun schon 13 Monate in Haft. Er war so zermürbt, daß er keinen anderen Weg mehr sah«, erklärte Alisa Fuss den Zusammenhang.⁷

Alisa Fuss war, dies macht der umfangreiche, sich über Jahre erstreckende Schriftwechsel zwischen der Liga und den übrigen Beteiligten deutlich, die treibende Kraft. Sie hat Allianzen geschmiedet zwischen diversen unterstützenden Organisationen, und sie hat nicht aufgegeben. »Das Hin und Her um die beiden Mahnmale (diskutiert wurde zu diesem Zeitpunkt ebenfalls ein Mahnmal für Magnus Hirschfeld, D.A.) ist ein Trauerspiel für Charlottenburg«, äußerte Bezirksbürgermeisterin Monika Wissel gegenüber Medienvertretern. Sie stand Alisa Fuss zur Seite als wichtige Befürworterin des Mahnmals. Im Sommer 1994 (15.6.1994) folgte ein gemeinsamer Spendenaufruf der Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Charlottenburg und der Internationalen Liga für Menschenrechte. Anlässlich ihres runden Geburtstages im gleichen Jahr bat die Bürgermeisterin ihre Gäste um eine Spende für das Altun-Denkmal statt eines Geschenks.

*Der Fall Altun aus der Sicht seines Rechtsanwaltes Wolfgang Wieland*⁸

»Er kam als Flüchtling nach Berlin. Er wurde von seinem wesentlich älteren Bruder, der als Abgeordneter auch über einen Diplomatenpaß verfügte, über den seinerzeitigen Ostblock nach Berlin gebracht. Er lebte zuerst hier bei seiner Schwester, bei seiner Familie und wollte dann seinen Aufenthalt legalisieren und hat deswegen einen Asylantrag gestellt und gleichzeitig einen Antrag auf Ausstellung eines Fremdenpasses, er wollte mit diesem Fremdenpaß eigentlich nach Frankreich. Aber um aus Westberlin herauszukommen, benötigte er eben diesen Fremdenpaß.

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

In dem Antrag auf Fremdenpaß und in dem Asylantrag hat er selber von sich aus mitgeteilt, daß er im Besitz von türkischen Zeitungen sei, in denen man ihn (sic!) zu Unrecht die Beteiligung an einem Attentat vorwarf. Wir haben gleich gesagt, daß dies falsche Vorwürfe sind und dies gleich in den Asylantrag reingeschrieben und damit im Grunde dargelegt, weshalb er eben bei einer Rückkehr in die Türkei damit rechnen müßte, Opfer der dortigen Folterjustiz zu werden. Normalerweise ist der Angeklagte unschuldig, solange seine Schuld nicht bewiesen ist. In diesem Falle war es umgekehrt, denn der Beschuldigte mußte seine Unschuld nachweisen. ... Die Verhaftung kam, weil die Angaben aus seinem Asylantrag von den deutschen Behörden in die Türkei weitergeleitet wurden.

Der damalige Außenminister Genscher hat es auf den Satz gebracht: 'Die haben ihn verpiffen.' Es war auch tatsächlich so, der Staat an den er sich schutzsuchend wandte, die BRD, hatte nichts Besseres zu tun, als die Angaben aus dem Asylantrag dem Verfolgerstaat mitzuteilen. Gleichzeitig wurde die Frage angefügt, ob auslieferungsrechtliche Anträge gestellt werden, das ist im Juristendeutsch die Frage, wollt ihr ihn haben, sollen wir Euch den liefern, und diese Frage wurde relativ schnell bejaht. Ankara hat ein Auslieferungersuchen gestellt, und als dieses Auslieferungersuchen in Berlin einging, hat man ihm mitgeteilt, daß ein Auslieferungsverfahren läuft.

Er wurde völlig überraschend in die Haftanstalt gebracht. ... Auslieferungshaft ist eine spezielle Form der Einzelhaft in einer Untersuchungshaftanstalt, wo ansonsten Straftatverdächtige unter sehr isolierenden Bedingungen sitzen. Es ist anders als Abschiebehaft, wo man in der Regel gruppenweise untergebracht ist und wo man eine sehr lockere Vollzugsform haben muß. Kemal Altun hatte die schweren Bedingungen eines U-Häftlings, der eben bis auf eine halbe Stunde Hofgang im Grunde die ganze sonstige Zeit alleine in der Zelle sitzt. ... Zusätzlich zu der Dauer der Haft kam die tägliche Angst, ausgeliefert zu werden. Er hatte es einmal erlebt, daß man ihn aus der Zelle holte und sagte, jetzt geht es zurück in die Türkei. Man brachte ihn zum Flughafen, und dort wurde infolge von internationalen Protesten, die es an diesem Tag und am Vortag gegeben hatte, das Ganze auf Anweisung aus Bonn gestoppt, aber erst sozusagen dort und von diesem Tag an war Altun in der ständigen Angst, daß dies sich wiederholen könnte. Er wollte in irgendeiner Form Garantien haben, daß die Auslieferung nicht vollzogen würde, und diese Garantien hat man ihm nicht gegeben, hat man mir als Anwalt nicht

Ein Mahnmal für Cemal Kemal Altun

gegeben, hat man den Menschenrechtsorganisationen nicht gegeben.« Abschließend fügte Wolfgang Wieland hinzu, »dass er in der Schule deutsch gelernt hatte und eigentlich immer eine sehr hohe Meinung über den Grad der Demokratie und (sic!) Grad an Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik und sich gerade darin völlig getäuscht und betrogen sah«. ⁹

Ein richterlicher Kommentar

Anlässlich der Einweihung des Mahnmals für Cemal Kemal Altun äußerte sich ein Verwaltungsrichter zu diesem Fall: »Vielleicht schätzte Altun die Gesetzeslage realistisch ein: Asylanerkennung schützt nicht vor Auslieferung! ... Auch nach der Asylanerkennung erging ein weiterer Beschluß des Kammergerichts Berlin zur Fortdauer der Auslieferungshaft. Das Asylversprechen des Grundgesetzes wurde im Fall Altun nicht eingelöst. Vielmehr versagten deutsche Instanzen mehrfach auf schlimme Weise«. ¹⁰

Alisa Fuss beteiligte sich sowohl als Mitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte – sie war die offizielle Prozessbeobachterin der Liga – als auch als Mitbegründerin der Jüdischen Gruppe Berlin gemeinsam mit anderen Gruppen an der Organisation des Protestes. Eine der ersten spektakulären Aktionen, zu denen sich jene, die sich mit Altun solidarisierten, veranlasst sahen, war eine Protestaktion vor dem Gebäude des Berliner Senators für Justiz. Zwölf Menschen hatten sich dort angekettet, um auf den Fall Altun aufmerksam zu machen, unter ihnen Alisa Fuss, damals 64jährig.

Auf die Frage eines Journalisten, warum sie sich an dieser Aktion beteilige, entgegnete sie: *»Erstens, weil die Internationale Liga für Menschenrechte sich überall dort einsetzt, wo Menschenrechte in Gefahr sind, ebenso die Humanistische Union. Und zweitens bin ich auch persönlich betroffen, weil ich Jüdin bin und zur Zeit des Hitler-Faschismus selbst politisch Verfolgte war, rassisch Verfolgte, und ich kann es auf keinen Fall hinnehmen, daß politisch Verfolgte in ihr Verfolgerland ausgewiesen werden. Das Asylrecht in Deutschland muß so sein, daß jeder, der verfolgt ist, hier Asyl bekommen kann. Ich denke an das Schicksal der vielen Juden, die hätten gerettet werden können, wenn andere Länder sie aufgenommen hätten.«* ¹¹

Appelle an die Regierenden

In der Folgezeit solidarisierten sich unterschiedliche Gruppen mit Altun. Zu den Unterstützern gehörte maßgeblich das »Komitee für die Freilassung von Cemal Kemal Altun«, das sich in Berlin gegründet hatte. Die Internationale

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Liga für Menschenrechte forderte den Bundesminister der Justiz auf, den »noch immer in Auslieferungshaft sitzenden, inzwischen aber als Asylberechtigten anerkannten Türken Kemal Altun« sofort freizulassen.¹² Zu den Unterstützern gehörte auch die Fachgruppe der Richter und Staatsanwälte in der ÖTV Berlin. In einem Schreiben vom 29. Juni 1983 an den Bundesminister der Justiz, Hans A. Engelhard forderten die Juristen: »Die Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV Berlin fordert Sie auf, nunmehr ohne jede weitere Verzögerung die Bewilligung der Auslieferung von Kemal Altun an die Türkei zurückzuziehen. ... Deutsche Amtshilfe für politische Verfolgung durch die Türkei darf es nicht mehr und nie wieder geben. Lassen Sie Kemal Altun frei.«

Kurze Zeit später, am 15. Juli 1983, gehörte Alisa Fuss zu einer zwölfköpfigen Delegation, die in Bonn das Bundesjustizministerium aufsucht. Unter ihnen sind neben Altuns Anwalt diverse Künstler. Zu den ideellen Unterstützern der Delegation gehörten Willy Brandt, Rudolf Bahro, der Jurist Uwe Wesel und der damalige Alterspräsident des Deutschen Bundestages, William Born, um nur einige zu nennen.

Nur einen Tag später, am 16. Juli 1983, richtete Alisa Fuss, gemeinsam mit Fritz Teppich (Journalist und Mitbegründer der Jüdischen Gruppe Berlin; vgl. auch »Die Jüdische Gruppe Berlin«) im Namen der Jüdischen Gruppe Berlin einen Appell an den Regierenden Bürgermeister von Berlin Richard von Weizsäcker (CDU) und an den Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP).

Appell

Als Juden, die in der Nazi-Zeit Ausweisungen von Juden z.B. aus der Schweiz mit tödlichen Folgen miterleben mußten, ersuchen wir Sie, die angedrohte Auslieferung von Herrn Cemal Kemal Altun unbedingt zu verhindern.

Auch dies ist ein Teil der Wiedergutmachung!

150000 Juden lebten ehemals in Berlin. Nur ein Bruchteil dieser Zahl lebt heute unter uns. Wir verlangen, daß die rund 140000 leeren Plätze der Hinausgejagten und Ermordeten für heute politisch verfolgte Asylbewerber, und an erster Stelle für Herrn Cemal Kemal Altun zur Verfügung gestellt werden. Auslieferungen von Türken, Kurden, Palästinensern, Lateinamerikanern und anderen Verfolgten ist wie neuer Judenmord.

Das darf nicht sein!

Wir, die Unterzeichner verlangen in kürzester Frist eine befriedigende Antwort von Ihnen.

Im Namen von in Berlin-West lebenden Juden, ehemals rassistisch Verfolgten und deren Nachkommen.

Fritz Teppich

Alisa Ilse Fuss

Nicht zuletzt dank dieses dramatischen moralischen Appells an die politisch Verantwortlichen in Land und Bund, der auch Resonanz in der Presse fand, kam es zu weiteren Solidaritätsbekundungen.¹³

»In einem Punkt wollen wir Eure Erklärung besonders unterstreichen: Ihr merkt an, daß die Politik und das Handeln von Staatsorganen dem Rassismus starken Aufwind gibt. ... Die feindselige Haltung deutscher Bevölkerungsgruppen ist da 'nur' ein 'i-Punkt', sie wird durch die feindselige Ausländerpolitik sehr ermutigt.«¹⁴

Schließlich, mehr als einen Monat nach seiner Veröffentlichung, antwortete auch die Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters. Sie erklärt am 23. August 1983, »daß sich der Senat in diesen Fällen mit Rücksicht auf die Unabhängigkeit der Gerichte und die gesetzlich geregelten Zuständigkeiten zu großer Zurückhaltung verpflichtet sieht.«

Bereits einen Monat zuvor, am 23. Juli 1983, meldete die Deutsche Presse Agentur: »Bonn dpa - Mit einer spektakulären Aktion vor dem Bundeskanzleramt in Bonn haben Demonstranten am Freitag gegen die drohende Abschiebung eines türkischen Regimegegners in seine Heimat protestiert. Die grüne Bundestagsabgeordnete Petra Kelly, der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Lukas Beckmann, der Liedermacher Wolf Biermann und eine Vertreterin des 'Komitees für die Freilassung von Cemal Kemal Altun' ließen sich in einem Stahlkäfig an den Zaun des Kanzleramtes anketten ... Eine Gruppe von Grünen demonstrierte anschließend auch vor dem Bundesjustizministerium.«

Im weiteren Verlauf des Falles Altun war Alisa Fuss ein weiteres Mal in der Radiosendung 'Echo am Mittag' des Sender Freies Berlin zu hören. Im Rahmen eines Studiogesprächs verglich sie die aktuelle Situation vieler Flüchtlinge mit jener, der sich jüdische Flüchtlinge zur Zeit des Hitler-Faschismus konfrontiert sahen: »Hätten sie Asyl bekommen, hätten andere Länder den verfolgten Asyl gegeben, hätten Hunderttausende gerettet werden können. Statt dessen gab es Auslieferungen zurück nach Nazideutschland, die Schweiz an der Spitze, die Argumente waren: Wirtschaftsflüchtlinge, falsche Papiere, Gesetze im eigenen Land übertreten - obgleich man wußte, jeder wußte, was ihnen dort blüht. Trotz-

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

dem haben sogenannte zivilisierte Nationen die Flüchtlinge der Vernichtung übergeben. Es hieß, das Boot sei voll. Kommt Ihnen das nicht bekannt vor? ... Man spricht so viel von 'Wiedergutmachung', aber das, was geschehen ist, kann nicht mit Geld aufgewogen werden. ... Echte Wiedergutmachung müßte heißen: Nie wieder Diskriminierung von Menschen, Schutz von Asylbewerbern, keine Auslieferung an totalitäre Militärregimes! ... Das bedeutet keine Auslieferung an KZ-Systeme! Und das ist die Türkei, das muß ich so sagen: Ein brutales Unterdrückungssystem mit Todesurteilen und Folter, demokratische Parteien sind verboten. Es ist ein verfassungsrechtlicher Skandal, wie es geschehen ist, einerseits Cemal Kemal Altuns Asylanspruch anzuerkennen und gleichzeitig seine Auslieferung zu betreiben.«

Dem Einwand, die Bundesregierung habe erklärt, dass man die Haftbedingungen überwatchen könne, ebenso wie die letztendliche Strafe für Altun, entgegnete sie: *»Es kommt mir auch hier die Nazizeit ins Gedächtnis - entschuldigen Sie, wenn ich so scharf spreche: Viele deutsche Menschen saßen damals als Beamte in Ämtern und unterschrieben 'nur' oder führten bürokratische Anordnungen aus. Die nannte man später die 'Schreibtischtäter'. Schreibtischtäter wollen jetzt Cemal Kemal Altun ausliefern, jawohl! Und es gibt keine Garantie für einen fairen Prozeß in der Türkei. ... Auch die Zusammenarbeit der deutschen und türkischen Geheimdienste ist ein Hohn auf das Asylrecht - ein Abbau unserer demokratischen Rechte.«*¹⁵

Nicht verschwiegen werden soll ein Brief der Redaktion von *Echo am Mittag*. Darin bedankte man sich bei Alisa Fuss für ihren Besuch. *»Die gesamte Redaktion war sehr beeindruckt, wie Sie Ihre Argumente im Fall des asylsuchenden Türken Altun vortrugen.«* Der Brief wies allerdings auch auf Hörerreaktionen hin, die die beteiligten Journalisten *»als um so deprimierender empfanden ... Die Spannbreite der Stimmen bewegte sich zwischen 'Altun ist ein Mörder, und sein Fall ist mit dem Schicksal der Juden gar nicht vergleichbar' und 'der SFB besudelt sich immer wieder mit Dreck'«*.¹⁶

Yehudi Menuhin hilft

Da bislang alle Appelle und Aktionen nicht gefruchtet hatten, musste man sich auf neue Möglichkeiten besinnen, um den Fall Altun voranzubringen, um Cemal Kemal Altun davor zu bewahren, an die türkische Militärdiktatur ausgeliefert zu werden. Alisa Fuss wandte sich, wieder gemeinsam mit Fritz Teppich und im Namen der Jüdischen Gruppe Berlin, an den jüdischen Geigenvirtuosen Yehudi Menuhin. Sein Wort, so meinte man, fände in der Welt

Ein Mahnmal für Cemal Kemal Altun

Gehör. Menuhin war nach dem 2. Weltkrieg der erste Künstler von Weltrang, der zu einem Konzert nach Deutschland kam.¹⁷

Sehr geehrter Herr Jehudi Menuhin!

13. 8. 83

Angesichts Ihres weltweiten großen Prestiges und auf Grund Ihrer Nachkriegshaltung zu den Deutschen, wenden wir uns in einer grundsätzlichen humanitären Angelegenheit an Sie. Es geht um das in der Verfassung garantierte Asylrecht für politische Flüchtlinge. Jetzt werden von Regierungsseite Maßnahmen ergriffen, die unter Herausstellung formaler Gründe dieses Asylrecht auszuhöhlen versuchen. In dieser Situation geht es darum, den Anfängen zu wehren und den Abbau der Schwelle zu verhindern. Wir haben als Juden und Nachkommen von Verfolgten in Berlin-West uns besonders des Falles des Türken Cemal Kemal ALTUN angenommen. Obwohl ihm Asyl zuerkannt worden ist, soll er auf Antrag der türkischen Militärjunta an die Türkei ausgeliefert werden. Er sitzt seit über einem Jahr in Auslieferungshaft.

Anbei unser Appell in Sachen Altun.

Am 12. 8. 83 sind trotz großer Proteste, unter anderem von Amnesty International, Internationale Liga für Menschenrechte, Humanistische Union, die Partei der Grünen, u.a.m. 46 Türken abgeschoben und auch Sami Memis, der (sic!) Todesstrafe zu befürchten hat, ausgeliefert worden. (siehe beiliegende Notiz in der Presse).

Unsere Bitte geht nun dahin:

Könnten Sie: 1. entweder noch im August (Nicht im September) oder zu einem beliebigen von Ihnen zu nennenden Termin ein Solidaritätskonzert für die strikte Einhaltung des verfassungsmäßigen Asylrechts in Berlin-West und in der Bundesrepublik geben? Als Veranstalter - ganz nach Ihren Wünschen - kämen z.B. in Frage: Internationale Liga für Menschenrechte, Deutsche Friedensgesellschaft e.V., der Berliner Flüchtlingsrat mit verschiedenen Organisationen, wie ai, kirchliche Gruppen, Ausländerselbsthilfe u.a.m. und eben unsere Gruppe jüdischer Bürger in Berlin-West.

2. Könnten Sie als Jude und Humanist Ihre Stimme erheben gegen die geplante Auslieferung des Türken Cemal Kemal ALTUN und für Asylrecht? Möglichst auch an die jüdische Tragödie bei Asylverweigerung und Auslieferung erinnern. Ebenso in diesem Zusammenhang auf besondere deutsche Verantwortung hinweisen. Eine solche Erklärung möchten wir hier gern der Presse übergeben.

Ich will versuchen, Sie in den nächsten Tagen telefonisch zu erreichen.

Mit großer Hochachtung

Fritz Teppich

Alisa Ilse Fuss

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Das Schreiben brachte das gewünschte Ergebnis. Yehudi Menuhin appellierte vier Tage später an mehrere Mitglieder der Bundesregierung. An Hans-Dietrich Genscher gewandt, schrieb Menuhin:

»Im Namen der Menschlichkeit bitte ich Sie, die Auslieferung von Kemal Altun aufzuhalten. Deutschland sollte nicht die Verantwortung tragen, diesen jungen Mann in den sicheren Tod zu schicken in seinem Heimatland. Yehudi Menuhin«

Den Kanzleramtsminister, Prof. Schreckenberger, forderte Menuhin auf: »Ich bitte Sie, zu intervenieren und diese herzbrechende Aktion zu stoppen.« Diese Appelle nutzten Alisa Fuss und ihre Mitstreiter, um den Fall Altun weiterhin in den Medien zu kommunizieren. Eines der Ergebnisse war – bereits drei Tage später – ein RIAS-Interview mit Menuhin. Menuhin appellierte abermals »im Namen der Menschlichkeit« an die Bundesregierung.¹⁸ Täglich musste mit der Auslieferung Altuns gerechnet werden. Tatsächlich hatten alle bisherigen Bemühungen keine Früchte getragen. Von Yehudi Menuhin – von Minderwertigkeitskomplexen wenig geplagt – kam der Vorschlag: Wenden Sie sich an den Papst! »Bestellen Sie einen schönen Gruß von mir«.

»Welche Telefonnummer hat der Papst?«, könnte man in Anlehnung an ein berühmtes Stalin-Diktum fragen.

Alisa Fuss schaffte es – wie, wissen wir nicht – binnen kürzester Zeit bis in die Führungsetage des Vatikan vorzudringen. Tatsächlich existiert ein Schreiben an Kardinal Casaroli, Kardinalstaatssekretär Johannes Paul II., den »Außenminister« des Vatikan.¹⁹ Darin bittet Alisa Fuss den obersten Diplomaten des Papstes um einen kleinen Gefallen: er möge doch bitte das vorliegende Schreiben an den Privatsekretär des Papstes weiterleiten. Aus diesem Schreiben wissen wir, dass die jüdische Menschenrechtsaktivistin aus Berlin und der römische Kardinalpriester bereits am selben Tag telefonischen Kontakt hatten. Ein Antwortschreiben des Vatikan liegt nicht vor. Ob und wie der Vatikan auf dieses Schreiben reagiert hat, wissen wir nicht. Dass dort die Mühlen langsam mahlen, ist bekannt.

Jedenfalls ist das »Schreiben an den Papst« der letzte »große« Versuch, Altun mit außerjuristischen, öffentlichkeitswirksamen Mitteln vor den Fängen der türkischen Militärjunta zu bewahren. Zwei Wochen später, am 30. August 1983, war Altun tot.

Ein Mahnmal für Cemal Kemal Altun

»Ich möchte noch sagen: Ich setze mich für Altun ein, nicht als für einen Fremden, nicht aus Mitleid, auch nicht wie man so sagt: das ist auch ein Mensch, sondern aus Solidarität einer ehemals Verfolgten mit einem heute Verfolgten, als Bruder sozusagen, der auch zu der Familie der Menschen gehört, die gegen Unterdrückung kämpfen. Und ich fürchte um sein Leben!

Alisa Fuss«²⁰

Internationale Liga für Menschenrechte

Herrn
Kardinal Augostino (sic!) Casaroli
Vatikanstadt
Rom

Berlin, den 16. 8. 83

Sehr geehrter Herr Kardinal Casaroli!

Heute telefonierte ich mit Ihnen aus Berlin.

Ich bitte diesen Brief an Monsignore (sic!) Stanislaw Dziwisz, den Privatsekretär des Papstes weiterzuleiten, auf Empfehlung des Friedenspreisträgers Jehudi Menuhin.

Bitte intervenieren Sie bei der Bundesregierung Deutschlands, dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher, die angedrohte Auslieferung des Türken Cemal Kemal ALTUN an die türkische Militärjunta zu unterlassen. Cemal Kemal ALTUN ist politisch Verfolgter, hat Asylanspruch in der Bundesrepublik Deutschland zuerkannt bekommen und soll trotzdem an die Türkei ausgeliefert werden. Er hat Folter und Schlimmeres zu erwarten. Wir fürchten um sein Leben.

Für Antwort, was Sie in dieser Angelegenheit zu unternehmen gedenken, wären wir sehr dankbar.

Die Zeit eilt. Die Auslieferung kann täglich vollzogen werden.

Hochachtungsvoll

Alisa Ilse Fuss

(Ausländerausschuß)



Literatur

- 1 vgl. Grauer Granit mahnt zur Solidarität. Denkmal in Berlin erinnert an den Tod des Flüchtlings Cemal Altun vor 13 Jahren, Frankfurter Rundschau, 22. 5. 1996.
- 2 Laut Seibert haben sich seit der Grundgesetzänderung 1993, mit der das Asylrecht drastisch eingeschränkt wurde, bis Ende 2007 mindestens 149 Menschen angesichts ihrer drohenden Abschiebung das Leben genommen. Vgl. Niels Seibert: Ein staatlich betriebener Selbstmord. Cemal Altun und Proteste gegen Auslieferungen, in: Niels Seibert, Vergessene Proteste: Internationalismus und Antirassismus 1964 - 1983. Münster 2008, S. 180 - 189.
- 3 vgl. Selbstmord aus Angst vor Auslieferung, in: Berliner Zeitung, 21. 5. 1996.
- 4 Ein Denkmal für Cemal Altun - er sprang vor elf Jahren in den Tod, in: Wochenblatt Charlottenburg, 30.6.1994.
- 5 BVV-Beschluss Nr. 158 vom 21.9.1989.
- 6 Streit um Gedenktafel für Cemal Altun. Richter fühlen sich verunglimpft/Mahnwache vor dem Verwaltungsgericht, in: Berliner Zeitung, 29.8.1991.
- 7 Denkmal erinnert an Verzweiflungstat. Skulptur für Cemal Altun an der Hardenbergstraße, in: Berliner Morgenpost, 18. 5. 1996.
- 8 Eine umfassende Darstellung des Falles findet sich bei Veronika Arendt-Rojahn Hrsg., Ausgeliefert. Cemal Altun und andere, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1983.
- 9 Interview mit Alisa Fuss und Wolfgang Wieland, ehemaliger Rechtsanwalt von Kemal Altun, in: Die Brücke, Nr. 90, Juli - August 1996/4, S. 45/46.
- 10 Wolf Rüdiger v. Hase, Denkmal für einen Asylbewerber, in: Betrifft Justiz, Nr. 48, Dezember 1996, S. 365. Der Richter von Hase erläutert im gleichen Artikel die Position des Bundesjustizministeriums »Das Justizministerium setzte sich für die Auslieferung ein, u.a. mit dem Argument, die 'Glaubhaftigkeit der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Kooperationsbereitschaft bei der Terrorismusbekämpfung' stehe auf dem Spiel.«, S. 366.
- 11 Radiosendung zur Ankettung, Echo am Mittag, 2. 5. 1983.
- 12 Presseerklärung der Internationalen Liga für Menschenrechte v. 23. 6. 1993.
- 13 vgl. Wir verlangen Platz für politisch Verfolgte, in: Frankfurter Rundschau, 23. 7. 1983.
- 14 Ausländerkomitee Berlin West, 26. 7. 1983.
- 15 Echo am Mittag, 25. 7. 1983.
- 16 Schreiben des SFB - Abteilung Zeitfunk - an Alisa Fuss, 27. 7. 83.
- 17 Über Menuhins Haltung zum Nahost-Konflikt vgl. »Die Palästinenser könnten die besten Freunde der Juden sein«, Interview mit Yehudi Menuhin, in: STERN, 33/91
- 18 vgl. auch: Juden appellieren an Bundesregierung. Menuhin fordert Freiheit für Altun, in: die tageszeitung (taz), 19. 8. 83.
- 19 Agostino Casaroli wurde von Johannes Paul II. am 30. Juni 1979 zum Kardinalstaatssekretär ernannt. Er blieb der Chefdiplomat des Vatikan bis zum 1. Dezember 1990. An diesem Tag trat Casaroli aus Altersgründen von allen seinen Ämtern zurück.
- 20 Alisa Fuss in der Radiosendung Echo am Mittag, 25. 7. 1983.



*»Ich selbst werde gefragt: 'Auf wessen Seite stehst du?
Demonstrierst du für Frieden oder für die Rettung Israels?'
Eine absurde Alternative!«*
Alisa Fuss

Aktion Atempause

Der zweite Golfkrieg (Kuwait-Krise) markiert eine wichtige Zäsur in der Geschichte des Nahen Ostens. Zur Erinnerung: am 2. August 1990 besetzte die irakische Armee das Emirat Kuwait. Der UN-Sicherheitsrat forderte den Rückzug. Westliche Staaten beschlossen Wirtschaftssanktionen. Die USA schickten Truppen nach Saudi-Arabien ebenso wie die Arabische Liga. Saddam Hussein forderte als Verhandlungsbasis die Durchsetzung aller UN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt. Die irakische Regierung drohte mit einem Umweltkrieg durch Vernichtung aller Ölfelder im Falle des Angriffs. Der Sicherheitsrat autorisierte die Anwendung von Gewalt gegen Irak. Gorbatschow schlug eine »innerarabische Konferenz« zur Lösung der Kuwait-Krise vor. Der US-Kongress mahnte Bush zur Vorsicht bei der »militärischen Option«. Der UN-Sicherheitsrat beschloss die Resolution 678: Rückzug der irakischen Armee aus Kuwait bis zum 15. Januar 1991 oder Krieg.

Am 24. Dezember 1990 drohte Saddam Hussein im Kriegsfall zuerst Israel anzugreifen. Israel erklärte sich bereit, nicht zu reagieren, solange es sich um konventionelle Angriffe handele. Am 17. Januar 1991 begannen die Luftangriffe der anti-irakischen Allianz. Am folgenden Tag griff die irakische Armee erstmals Israel mit Scud-Raketen an. Die israelische Bevölkerung lebte in den folgenden sechs Wochen in ständiger Angst vor Gasangriffen. Am 12. April 1991 wurde das offizielle Ende des Krieges verkündet.

Der Überfall auf Kuwait, aber auch der Krieg bzw. die Kriegsdrohung der USA und der von ihr geführten Allianz, riefen gleichermaßen weltweite Proteste hervor, auch in der Bundesrepublik Deutschland. Weniger als eine Woche nach Kriegsbeginn wurden die Friedensbewegung und deren Demonstranten als »einseitig«, »anti-amerikanisch« und »anti-israelisch« (mitunter auch als »antisemitisch«) eingeordnet. Und zwar deshalb, weil die Friedensbewegung nicht bereits am 2. August, zu Beginn des Einmarsches in Kuwait demonstriert habe, und auch nicht gegen die Scud-Angriffe auf Israel. Alisa Fuss hat sich in diese Debatte aktiv eingemischt, durch Reden, Inter-



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

views und Aktionen. Ihre Haltung zum Krieg stand in scharfem Kontrast zur offiziellen Haltung der deutschen Bundesregierung, zur Position der israelischen Regierung und zum Vorgehen der westlichen Allianz. Vor allem sah sie in diesem Krieg keine Verteidigung Israels. Dem Vorwurf, die Proteste gegen den Krieg – besonders jene der deutschen Friedensbewegung – seien antiisraelisch oder gar antisemitisch, hielt sie entgegen: *»Amerika hat wissentlich in Kauf genommen, daß nach einer Attacke auf den Irak Israel das erste Angriffsziel wird. Israel ist nun schwerstens bedroht. Daher erhofft man sich dort von den USA Schutz. Jede Kritik an den Amerikanern wird als Infragestellung der eigenen Existenzberechtigung betrachtet. In Israel wird durch die Medien gezielt der Eindruck erweckt, daß die deutsche Friedensbewegung nur antiamerikanische und antiisraelische Parolen kennt. Das paßt der offiziellen israelischen Seite gut ins Bild, daß die Deutschen offensichtlich nichts zum Schutze Israels tun wollen. Nach den geschichtlichen Erfahrungen mit Deutschland sind die Leute schnell bereit, dies als Antisemitismus zu interpretieren. Meine Freundinnen aus der israelischen Friedensbewegung haben mich deswegen gebeten, ihnen Material zu schicken, das die wachsende Überzeugung widerlegen soll, in Deutschland gingen die Leute für Saddam Hussein auf die Straße.«¹*

Die pro-irakische Haltung der PLO und Arafats bezeichnete sie als *»fatalen Kurs auch für ihr eigenes Volk«*.² Gleichsam sah sie eine wichtige Ursache dieser Haltung in deren desolaten Situation und kritisierte die israelische Politik, daran nicht unschuldig zu sein: *»Die Palästinenser hätten nicht auf Saddam Hussein als Retter setzen müssen, wenn sie einen eigenen Staat bekommen hätten. Diese Kritik an der israelischen Politik hat mit antisemitischer Propaganda nichts zu tun. Denn sie ist immer zuerst von den Juden im eigenen Land oder von besorgten Juden anderswo in der Welt ausgesprochen worden. Die israelische Friedensbewegung und die palästinensisch-israelische Frauenkonferenz Ende Dezember hat alles versucht, um diesen Krieg zu verhindern. Vorher schien eine friedliche Lösung der israelisch-palästinensischen Frage zumindest möglich. Jetzt hat der Krieg diese Option vernichtet. Jetzt rächt sich die falsche Politik.«³*

Den Krieg sah sie zudem als massiven Rückschlag ihrer eigenen politischen Arbeit für den Friedensdialog mit den Palästinensern. *»Im Krieg ist zunächst alles paralysiert, und einen Dialog mit der Gasmasken zu führen, ist sehr schwierig, vor allem, wenn nur eine Seite Gasmasken hat. Auch gute und tapfere Kämpfer aus der israelischen Friedensbewegung setzen jetzt zum größten Teil auf den nationalen Konsens. ... Im Moment kann ich nur sagen: Alles was wir an gemeinsa-*



men Strukturen mühsam erbaut haben, ist durch den Krieg den Bach hinunter.«⁴

Sie wollte zunächst ihre politischen Freunde in Israel mit neuen Informationen über den wahren Charakter der deutschen Antikriegsproteste zu überzeugen versuchen: *»Zunächst will ich Fotos und Zeitungsausschnitte nach Israel schicken, die zeigen, daß hier auch gegen Saddam Hussein und für Israel demonstriert wird. Außerdem will ich mit einer Gruppe von Leuten Anzeigen in israelischen Zeitungen aufgeben, die über die wahren Ziele der Friedensbewegung aufklären. Und wir hoffen auf Interviews mit israelischen Zeitungen, in denen wir klarmachen können, warum wir gegen diesen Krieg sind.«⁵*

Jene Kritiker, die die deutsche Friedensbewegung als Fünfte Kolonne Saddams Husseins betrachteten, sah Alisa Fuss in einer unseligen Tradition: *»Die deutsche Friedensbewegung, behauptete der Journalist Hendryk Broder im Radio, unterstütze Saddam Hussein. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen, die fatal an Heiner Geisslers berüchtigte Behauptung erinnert, der Pazifismus habe die Hitler-Barbarei erst ermöglicht.«⁶* Broders These, es habe eine »funktionelle Zusammenarbeit« zwischen der bundesdeutschen Friedensbewegung und den Giftgaslieferanten gegeben, entgegnete Alisa Fuss: *»Broder will wie immer provozieren. Ich nehme ihm nicht ab, daß er nicht weiß, daß dies eine infame Unterstellung ist. Wir von der Friedensbewegung und viele andere waren die ersten, die gegen Saddam Hussein demonstriert haben, als er die Kurden mit Giftgas ermorden ließ. Wir waren es auch, die seit vielen Jahren gegen die Waffenexporte protestierten. Das weiß auch Broder sehr genau.«⁷*

Sie selbst hatte zu den wenigen hundert Menschen in Berlin gehört, die drei Jahre zuvor mit Mahnwachen gegen die Ermordung der Kurden durch irakische Giftgaseinsätze protestierten. *»Damals«, sagt sie, »habe ich keine Mitglieder der Jüdischen Gemeinde aufschreien hören«.* Ebenso habe es keinen westdeutschen Politiker interessiert, das deutsche Firmen das Giftgas geliefert hätten. *»Hätte die israelische Regierung mehr Flexibilität gezeigt und einer Nahost-Konferenz zugestimmt, dann wäre Hussein der Wind aus den Segeln genommen worden, und er hätte nicht im Namen der Palästinenser als Befreier auftreten können.«⁸*

Alisa Fuss beließ es nicht dabei, Interviews zu geben. Stattdessen gründete sie mit anderen AktivistInnen die *Aktion Atempause*, die unter der Ägide der Internationalen Liga für Menschenrechte durchgeführt wurde. Die Idee: jüdische und arabische Mütter aus Israel sollten die Möglichkeit bekommen, für die Dauer des Krieges in Berlin »auszuruhen«. Sie sollten die Chance haben,



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

vor den irakischen Bomben in einen sicheren Hafen zu fliehen, ohne ständige Angst und die Befürchtung, der nächste Angriff könne ein Giftgasangriff sein, bzw. mit chemischen Kampfstoffen geführt werden. In der angesehenen israelischen Tageszeitung Ha'aretz erschienen Anzeigen unter dem Titel »Atempause«. Darin wurde für diese Möglichkeit geworben.⁹

In Berlin sammelte man unterdessen Spenden. Die BerlinerInnen gaben über 11.000 Deutsche Mark und stellten mehr als einhundert Zimmer für die Gäste aus Israel zur Verfügung. *»Wichtig ist, daß wir diese Reismöglichkeit nach Berlin in Israel überhaupt anbieten können«,* sagte Alisa Fuss.¹⁰

Anfang Februar 1991 traf die erste Gruppe in Berlin ein. Sie kam auf Einladung der Internationalen Liga für Menschenrechte: Unterkunft, Verpflegung und Flugkosten wurden übernommen. Insgesamt konnten bis zum Kriegende ca. 30 Frauen und Kinder in Berlin untergebracht werden. *»Es ist unglaublich grausam, bei Bombenalarm kleine Kinder in abgedichtete Räume zu führen und ihnen Gasmasken überzustülpen. Bei Kindern mit Atemschwierigkeiten ist dies ganz besonders schlimm.«*¹¹

Die Zukunftsperspektiven für den Nahen Osten, die Alisa Fuss nach dem Krieg, im März 1991, zeichnete, klingen retrospektiv geradezu prophetisch: *»Der Krieg ist vorbei, die Hauptprobleme sind geblieben, wenn sie nicht sogar größer geworden sind. Die Probleme resultieren aus Unterentwicklung, ökonomischer Abhängigkeit und sozialer Degradation, so daß die daraus gewachsenen Konflikte weiter zunehmen werden. Militärisch gesehen sind die USA und die Alliierten Gewinner, ob auch politisch, wird sich erst zeigen. ... Kündigen sich nicht in den heutigen Siegen am Golf nicht (sic!) bereits die Niederlagen von morgen an? Die militärische Niederlage Iraks wird zur tiefen Demütigung der arabischen Völker und vieler nichtarabischer Muslime führen. Die Haßkampagne gegen die USA und Europa wird verstärkt werden. ... Wichtig wären die Aufnahme eines bilateralen Dialogs und eine internationale Nahostkonferenz. Zentrale Vereinbarungen müßten sein: die Sicherheit für Israel in genau umrissenen Grenzen, die Einsetzung der Palästinenser in ihre nationalen Rechte, also ein palästinensischer Staat neben und in Kooperation mit Israel, und drittens die Befriedung des Libanons. All das würde ich mir wünschen.«*¹²





Literatur

- 1 »Dialog mit Gasmaske läuft kaum« Alisa Fuss von der Internationalen Liga für Menschenrechte über die Folgen des Golfkriegs für die israelisch-palästinensische Verständigung, in: die tageszeitung (taz), 28. 1.1991.
- 2 Ebenda.
- 3 Ebenda.
- 4 Ebenda.
- 5 Ebenda.
- 6 Alisa Fuss, Israel/Palästina - was nun? Bericht über eine Informationsreise im Winter 1990/91 - nach dem Massaker auf dem Tempelberg, während der Messerstechereien und der Golfkrise, S.137.
- 7 »Dialog mit Gasmaske läuft kaum«, a.a.O.
- 8 Berliner Stimmen zum Krieg, in: die tageszeitung (taz), 18. 1.1991.
- 9 vgl. auch »Die Friedensbewegung ist nicht anti-israelisch«. Die Internationale Liga für Menschenrechte will einen »Offenen Brief« in israelischen Tageszeitungen veröffentlichen, in: die tageszeitung (taz), 30. 1.1991.
- 10 Berliner Einladungen an Kinder aus Israel, in: die tageszeitung (taz), 14. 2.1991.
- 11 Ebenda., vgl. auch Die aktuelle Frage, in: Berliner Zeitung, 2. 2.1991, vgl. »Wir können nichts tun und sind nur Opfer«. Israelis wollen nach Deutschland fliehen - Berliner Aufnahme-Aktion findet Anklang, in: Der Tagesspiegel, 17. 2.1991.
- 12 »Das Kriegsende bedeutet nicht Frieden«, in: die tageszeitung (taz), 1. 3.1991.





Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

»Meine Hoffnung hat mich getragen«
Alisa Fuss

»Neues Asylrecht, Orden retour«

Alisa Fuss gibt das Bundesverdienstkreuz zurück

Durch ihre Rückgabe des Bundesverdienstkreuzes wurde Alisa Fuss einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Tageszeitungen und Magazine berichteten über ihren spektakulären Schritt.

»Neues Asylrecht, Orden retour« konnten die Leser der Berliner Tageszeitung (taz) auf Seite eins lesen. Weiter hieß es dort: »Gestern morgen unterzeichnete Richard von Weizsäcker die Grundgesetzänderung für den Asylkompromiß. Die Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, Alisa Fuss, wird deshalb ihr Bundesverdienstkreuz zurückgeben. Die Berliner Jüdin begründet ihren Schritt.«¹

Verständlich wird die öffentliche Rückgabe des Bundesverdienstkreuzes nur vor dem Hintergrund der Asyldebatte der späten 80er und frühen 90er Jahre (siehe Kapitel 4). Dazu die Fakten: Der von CDU/CSU, FDP und SPD am 6.12.1992 beschlossene Asylkompromiss beinhaltete die Einführung des Konzepts sicherer Herkunftsländer, der Drittstaatenregelung und des Flughafenverfahrens sowie in der Folge das Asylbewerberleistungsgesetz.

Am 26.5.1993 wurde mit einer deutlichen 2/3-Mehrheit der neue Artikel 16a GG verabschiedet. Das Recht auf individuelle Anhörung, auf Einzelfallprüfung und eine richterlich überprüfbare Entscheidung in Deutschland bestand ab sofort nicht mehr, wenn die Sicherheit des Flüchtlings in Drittstaaten (also in allen EU-Staaten und in durch gesetzliche Definition festgelegten Staaten) festgestellt werden konnte. Deutschland war nun von sogenannten »sicheren Drittstaaten« umgeben, in die Flüchtlinge sofort abgeschoben werden konnten. Ein verfassungsrechtlicher Anspruch auf Asyl bestand nur noch für jene, die per Flugzeug oder Schiff einreisten.

Das »Recht auf Einreise«, ein zentrales Element des Asylgrundsatzes, wurde somit aufgegeben - und damit der Anspruch auf Asylgewährung in einem rechtsstaatlichen Verfahren. Folglich war Deutschland für Flüchtlinge auf dem Landweg nicht mehr legal erreichbar.

Die Verleihung

Alisa Fuss erhielt das Bundesverdienstkreuz (am Bande) im Dezember 1992 für ihren »unermüdlichen Einsatz im Dienste der Menschen- und Bürgerrechte für die Verfolgten«. Tatsächlich ist Alisa Fuss die Annahme des Bun-



desverdienstkreuzes von Anfang an nicht leicht gefallen. Sie hatte schließlich nicht auf »staatstragende Ehrungen« hingearbeitet.

Auf die Frage des Journalisten Igal Avidan, ob es »bei Ihnen auch Überlegungen (gab), das Bundesverdienstkreuz nicht anzunehmen«, antwortete sie mit der ihr eigenen Eindeutigkeit: *»Ja, diesen Preis haben auch Menschen bekommen, mit denen ich nicht an einem Tisch sitzen möchte, entweder alte Nazis oder andere, zum Beispiel aus Kreisen der Industrie.«*²

Nach einigen Überlegungen und Gesprächen nahm sie den Orden an: *»Aber Freunde haben mich überzeugt, den Preis (sic!) anzunehmen, besonders weil in letzter Zeit auch Menschen ausgezeichnet wurden, die ich schätze und die ich nicht beleidigen wollte. Außerdem wird der Preis vom Bundespräsidenten und nicht von der Bundesregierung verliehen.«*³

»Das kann man zur Not zurückgeben«, hatte sie auch bei der feierlichen Zeremonie der Ordensverleihung ergänzt.⁴

*»Ruhig stellen wird er mich nicht.«*⁵

In ihrer Rede machte Alisa Fuss dann deutlich, dass sie diese Ehrung nicht als »Bestechung« verstehe, die auf ihre zukünftige Passivität hinwirken könne. Im Gegenteil: *»Statt einer Dankesrede will ich lieber betonen, daß ich vorhabe, auch in Zukunft bestimmte Richtungen in der Politik des Senats und der Bundesregierung weiter zu kritisieren, solange ich dazu fähig bin.«*⁶ Und um allen Hoffnungen derer entgegenzutreten, die meinten, dass Worten hier keine Taten folgten, fuhr sie fort: *»Erstens bin ich schon von Jugend an rebellisch gewesen. Auch in Palästina und Israel, wo ich 41 Jahre lang lebte, trat ich für die Menschenrechte aller Bewohner, egal ob Juden oder Araber, ein und versuchte - oft gegen die offizielle Politik - auf eine Lösung des Konflikts hinzuwirken. Auch hier in Berlin habe ich internationale Dialog-Treffen von gesprächsbereiten Israelis und Palästinensern organisiert.«*⁷

Die Rückgabe

Am 28. 6. 1993 schrieb Alisa Fuss an den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. In ihrem Brief legt sie ausführlich ihre Gründe für diesen Schritt dar. Sie erklärte, warum sie der Bundesrepublik Deutschland nicht als »menschenrechtliches Alibi« dienen wolle.⁸

»Sehr geehrter Herr Bundespräsident, am 2. Dezember 1992 haben Sie mich durch den Berliner Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Soziales mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. In der damaligen Laudatio wurde

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

mir als Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte in Ihrem Namen für 'unermüdlischen Einsatz im Dienste der Menschen- und Bürgerrechte für die Verfolgten und für ein gutes Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen' gedankt. Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschlossen, das mir verliehene Bundesverdienstkreuz zurückzugeben. Ich möchte Ihnen die Gründe nennen, die mich zu diesem Schritt, der mir nicht leicht gefallen ist, veranlaßt haben.

In seiner Sitzung vom 26. Mai 1993 hat der deutsche Bundestag mit der dafür notwendigen Zweidrittelmehrheit den Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes durch den Artikel 16 a so weit eingeschränkt, daß vom Grundrecht auf Asyl nichts mehr bleibt als eine Worthülse. Die faktische Abschaffung des Asylrechts, vor dessen Aushöhlung ich mit vielen anderen seit Jahren gewarnt habe, wird, wie schon die unsägliche Debatte darum in den letzten Jahren, die Republik verändern, und nicht zum Besseren. Mit dieser Befürchtung stehe ich nicht allein.

Auf legalem Weg - sei es zu Land, zu Wasser oder durch die Luft - wird kein Flüchtling mehr die Bundesrepublik erreichen können, es sei denn, er verfügt über gültige Papiere und ein Visum. Die dem Asylkompromiß zugestimmt haben, argumentieren, so werde den Schlepperbanden das Handwerk gelegt und 'Asylmißbrauch' verhindert. Abgesehen davon, daß diese Argumentation unrealistisch ist - es werden vor allem die Preise für Schlepper und falsche Papiere in die Höhe getrieben werden -, erinnere ich Sie daran, daß gerade die restriktive Asylpolitik der meisten Länder unzähligen Juden nur den Weg in die Gaskammern übrig gelassen hat - auch meine Eltern konnten nur mit Hilfe von falschen Papieren und Schleppern aus diesem Land entkommen. Nach den jetzigen Asylbestimmungen hätte kein Jude Asyl erhalten können.

Seit die ökonomische und soziale Krise, in der die Bundesrepublik noch lange stecken wird, immer spürbarer wird, haben die politisch Verantwortlichen, statt den Bürgern die Wahrheit zu sagen und nach gesellschaftlichen Lösungen für diese Probleme zu suchen, mit Stichwörtern wie 'Asylantenflut' und 'Mißbrauch' aller Art suggeriert, darin liege die Wurzel allen Übels, was angesichts der Prozentzahlen - daß es 'Mißbrauch' gibt, leugne ich so wenig wie die anderen Kritiker dieser Politik - im Verhältnis zu den realen Problemen eine Farce ist. Seit Jahren schüren maßgebliche Politiker so die Angst vor 'Überfremdung', soweit sie überhaupt argumentieren und sich nicht mit demagogischen Phrasen begnügen wie der bayerische Ministerpräsident, der von 'Durchrassung der Deutschen' gesprochen hat. Demselben Ungeist übrigens verdankt sich die jüngste verwaltungsdeutsche Wortschöpfung des Bundesinnenministers, der aus Menschen, die abgeschoben werden sollen, 'Schüblinge' macht - als wäre nicht der Begriff 'Abschiebung' schon verdinglichend genug, um die Unmenschlichkeit des Vorgangs zu verschleiern. So haben sie die Welle der Gewalt gegen Ausländer - zunehmend auch gegen an-

dere Marginalisierte, 'Andersartige' und sozial Schwache - herbeigeredet, um ihr dann zu 'wehren' - durch Nachgiebigkeit in der Sache! Daß diese Strategie nicht aufgeht, hat sich schon früh gezeigt - selbst wenn man an die Aufrichtigkeit oder 'Naivität' ihrer Vertreter glaubt, obwohl dieselben Politiker in anderen, sachlich diskutableren Fällen im Namen des Rechtsstaats für Unnachgiebigkeit in der Sache votiert haben und einem zahlenmäßig weit massiveren 'Druck der StraÙe' mühelos standgehalten haben, wenn es um abweichende Meinungsäußerungen ging wie etwa bei den Ostermärschen gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, im Fall der Notstandsgesetze usw.: Seit Hoyerswerda ist auf jeden Anschlag mit mehr 'Kompromißbereitschaft' in der Asyldebatte reagiert worden - und jedesmal hat der Terror in Zahl und Intensität zu-, nicht etwa abgenommen.

Es ist offensichtlich, daß die potentiellen Täter jedes Nachgeben in dieser Frage als Ermutigung verstanden haben; und mehr noch: 'dieses schändliche Gesetz bestätigt', wie Günter Grass und Peter Rühmkorf in ihrem offenen Brief an Sie geschrieben haben, im nachhinein 'die Mordanschläge von Hoyerswerda, Rostock und Mölln'. 'Diejenigen werden sich dieses Gesetz als Erfolg gutschreiben, die der alltäglichen Gewalt gegen Ausländer offen oder heimlich zustimmen.'

Es ist sicher kein Zufall, daß der fünffache Mord in Solingen gerade am Tag nach dem Abschied dieses Landes vom Grundrecht auf Asyl geschah und daß die Serie der ausländerfeindlichen Gewalttaten seither nicht abreißt - in den zwei Tagen danach hat es fünf weitere Brandanschläge, in elf Tagen mindestens zehn solcher Anschläge gegeben.

Ebensowenig scheint es mir zufällig, daß die meisten dieser Brandanschläge sich gegen türkische Menschen richten, die schon lange hier leben: Nachdem das Gesetz verspricht, Neuankömmlinge abzuwehren, sorgen 'irregeleitete' - aber von wem? - Jugendliche dafür, daß auch die alteingesessenen 'Ausländer', die vor Jahrzehnten als 'Gastarbeiter' kamen, verschwinden. In den gleichen Zusammenhang wie die verkürzte - um es milde auszudrücken - Argumentation der Asyldebatte gehört auch die erstaunliche Äußerung der Innenminister Seiters und Schnoor und des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, die zwei Tage nach dem Mord in Solingen den empörten türkischen jugendlichen Demonstranten mit sofortiger und rigoroser Abschiebung drohten, ohne ein Wort über den Hintergrund ihrer - doch wohl nicht ganz unverständlichen - Aggression zu verlieren, geschweige denn, daß sie sich an 'unser aller', d.h. an ihre eigene Verantwortung für diesen Mord und dessen Folgen erinnert hätten, von der besonders Herr Rau gleich nach dem Brandanschlag ständig gesprochen hat.

In diesem Land täte ein umfassender Kurswechsel in Sachen Gesellschaftspolitik not. Ein Antidiskriminierungsgesetz ist schon seit langem fällig. Neben einer öffentlichen Debatte, die sich an den wirklichen Problemen dieses Landes und der

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Welt orientiert, gehört auch das Wahlrecht für in Deutschland ansässige Ausländer und die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft zu den Erfordernissen einer realistischeren Politik.

Die Lösung, die der Bundeskanzler unter dem Druck der Ereignisse jüngst angeboten hat - Duldung der doppelten Staatsbürgerschaft für fünf Jahre 'auf Probe'; nach Ablauf dieser Frist jedoch soll sich der Betreffende wiederum entscheiden müssen -, ist kein Schritt in diese Richtung.

Als notorische Optimistin, aber auch ermutigt durch Ihre Teilnahme an der Trauerfeier und Ihre Rede in Köln - im Gegensatz zu Herrn Kohl, dem dies wie schon zuvor in Rostock und Mölln weder ein persönliches noch ein politisches Anliegen war - hatte ich auch nach der erwähnten Entscheidung des Bundestags noch die Hoffnung, daß Sie sich im Rahmen der Ihnen kraft Ihres Amtes gegebenen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten weigern würden, dieses Gesetz auszufertigen. Ich hatte mich am 8. Juni 1993 auch dem Offenen Brief von Günter Grass und Peter Rühmkorf angeschlossen und Sie brieflich dringlich um diesen - zugegeben außergewöhnlichen - Schritt gebeten, der nicht nur in der Weltöffentlichkeit, sondern vor allem in diesem Land selbst als ein Zeichen verstanden würde und vielleicht Schlimmeres verhüten hätte helfen können. Denn wie nicht nur Grass, Rühmkorf und ich selbst, sondern auch viele andere befürchten, und was sich in den wenigen Tagen seither auch schon abzeichnet, wird dieses Gesetz weitere Gewalttaten provozieren.

Meine Hoffnung hat mich getrogen; Sie konnten sich nicht dazu entschließen. Nachdem die Entscheidung des Bundestages durch Ihre Mitwirkung nun Gesetzeskraft erlangt hat und das menschenrechtliche Fundament unserer Verfassung in seinen Grundfesten erschüttert ist, kann ich es mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren, eine Auszeichnung dieses Staates zu tragen, die mir noch dazu ausgerechnet für das Eintreten für die Rechte von politisch Verfolgten verliehen worden ist - ich will ihm nicht als menschenrechtliches Alibi dienen. Im übrigen hoffe ich, daß sich viele Träger des Bundesverdienstkreuzes meinem Schritt anschließen.

Hochachtungsvoll

Alisa Fuss«

Das Bundespräsidialamt blieb eine Antwort nicht lange schuldig. Sie fiel den Erwartungen gemäß aus: »Sie hatten die Hoffnung, daß der Bundespräsident im Rahmen der ihm gegebenen verfassungsrechtlichen Möglichkeit, die Unterschrift unter das Gesetz verweigern würde. Nach dem Grundgesetz besteht die Beteiligung des Bundespräsidenten an der Legislative nicht in einer politischen, sondern ausschließlich in einer verfassungsrechtlichen Prüfung. Diese hat der Bundespräsident in aller Gründlichkeit vorgenommen. Er kam zu dem

Ergebnis, daß es Bundestag und Bundesrat rechtlich nicht zu verwehren ist, mit den erforderlichen Mehrheiten die jetzt vorgenommene Änderung des Asylrechts zu beschließen. ... Der Bundespräsident bittet Sie nach alledem um Verständnis für seine verfassungsrechtliche Situation und möchte Ihnen nochmals versichern, daß er Ihre Entscheidung respektiert, aber auch bedauert.«⁹

Die telefonische Nachfrage des Verfassers bei der »Ordenskanzlei« des Bundespräsidialamtes im Spätsommer 2008, wie oft denn eine solche Rückgabe des Bundesverdienstkreuzes oder anderer staatlicher Orden und Auszeichnungen vorkomme, stieß auf Verwunderung. Noch nie war man mit dieser Frage konfrontiert worden, und selbst eine einfache Statistik wird auch über die »Rückgaben« nicht geführt. Der befragte Beamte erklärte lediglich, dass dies ab und an vorkomme, zumeist seien dies »Künstlertypen und so, die so etwas machen«.

Literatur

- 1 »Neues Asylrecht, Orden retour«, in: die tageszeitung (taz), 29.6.1993.
- 2 »Der Geist von damals - dem heutigen ähnlich«. Alisa Fuss: Gegengewalt dreht die Spirale der Gewalt höher, in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 3.12.1993.
- 3 Ebenda.
- 4 Nach den deutschen Gesetzen bekämen die Juden kein Asyl. Gespräch mit der Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, Alisa Fuss, über Flucht, alliierte Kenntnis von Judenvernichtung und über deutsche Ausländerpolitik, in: FREITAG, 20.12.1996.
- 5 Ein Orden für Alisa, in: Neues Deutschland, 3.12.1992.
- 6 Dankesrede anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes, zitiert nach: »Nicht gewöhnen und nicht aufgeben!« Bundesverdienstkreuz für Alisa Fuss, in: Antimilitaristischer Informationsdienst des IDK Berlin, Nr. 13, März 1993, S.12.
- 7 Ebenda.
- 8 zitiert nach: die tageszeitung (taz) , 29.6.1993; vgl. auch: Alisa Fuss, Ich will nicht als menschenrechtliches Alibi dienen, in: FREITAG, 2.7.1993, Der vollständige Text ist auch dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1993, S. 1153-1155.
- 9 Bundespräsidialamt, Ordenskanzlei, Schreiben an Alisa Fuss, Bonn, 30.6.1993.



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

»Wir sind mit ihnen solidarisch, ganz besonders mit den Kurden, gegen die das türkische Regime mit deutscher Unterstützung gerade jetzt wieder mit besonderer Grausamkeit unter Bruch aller völkerrechtlichen Bestimmungen vorgeht.«¹

Im Fadenkreuz der Hürriyet!

Der politische Hintergrund

Im Frühjahr 1992 stoppte der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher für kurze Zeit die Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei. Zuvor hatte ein deutsches Fernsehteam in Kurdistan Aufnahmen von ehemaligen NVA-Panzern gemacht, die dort eingesetzt wurden, obwohl die türkische Regierung zugesichert hatte, keine deutschen Waffen gegen Kurden einzusetzen. Am nächsten Tag veröffentlichte die Zeitung Hürriyet auf Seite eins eine Karikatur des deutschen Außenministers, wie er sich schützend vor einen PKK-Kämpfer stellt. Sein rechter Arm ist zum Hitlergruß gestreckt.

Das Jahr 1992 war in der Türkei geprägt von Journalistenmorden in Türkisch-Kurdistan. Kurdische Journalisten oder solche, die mit der kurdischen Sache sympathisierten oder des Sympathisantentums verdächtig waren, wurden entführt, ermordet, oder verschwanden spurlos. So erging es im Jahre 1992 vierzehn Journalisten. Damals wurde vermutet, sie seien Opfer der sogenannten Konter-Guerrilla geworden. Vieles sprach dafür, dass nicht nur Mitglieder des türkischen Geheimdienstes NTI, sondern auch islamische Fundamentalisten zur Konter-Guerrilla gehörten. Der damalige türkische Ministerpräsident kommentierte die Morde an Journalisten mit den Worten: »Sie töten sich selbst.« Laut medico international kursierten zu dieser Zeit auch in der Bundesrepublik Deutschland Todeslisten, die sich gegen Journalisten türkisch-kurdischer Herkunft richteten, die in der BRD arbeiteten. medico international hatte deshalb die »Initiative Schutz für Journalisten in Türkei-Kurdistan« ins Leben gerufen.²

Hürriyet gegen Alisa Fuss

In der Vorweihnachtszeit des Jahres 1993 startete Hürriyet eine Kampagne gegen Alisa Fuss. Der Anlass dieser diffamierenden und beleidigenden Hetzkampagne war eine Rede, gehalten anlässlich der Verleihung der Carl-von Ossietzky-Medaille an den türkischen Schriftsteller Aziz Nesin.



In dieser Rede kritisierte sie das Verbot der PKK in Deutschland: »Deutschland, so habe ich kürzlich gelesen, ist der zweitgrößte Waffenexporteur der Welt. Nicht nur das: Die Bundesregierung verschenkt sogar Waffen, um es Ländern wie etwa Indonesien oder der Türkei zu ermöglichen, ihre Minderheiten zu unterdrücken oder auszurotten. Das Verbot der PKK und der kurdischen Kulturvereine macht innenpolitisch kaum einen Sinn; es ist vor allem ein Kotau vor der türkischen Regierung. Wenn den gebannten Organisationen vorgeworfen wird, Strafgesetze verletzt zu haben, bietet das Strafrecht genügend adäquate Sanktionsmöglichkeiten. Kein Land in der EG und der NATO hat sich so eindeutig und unkritisch vor die türkische Kurdenpolitik gestellt wie die BRD, obwohl diese Politik nichts anderes bedeutet als die militärische 'Lösung' der Kurdenfrage.«³

Ob es allein diese Worte waren oder ob - ergänzend gewissermaßen - die Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille an den parteilosen Sozialisten und 'Vaterlandsverräter', - so der türkische Ex-Staatspräsident Kenan Evren - Aziz Nesin, mit ausschlaggebend war, werden wir nicht erfahren. Aziz Nesin war Pädagoge und Schriftsteller, der sich vor allem mit Satiren einen Namen gemacht hat, ebenso wie als Kritiker der autoritären Strukturen im türkischen Bildungssystem. Wegen seiner Kritik an der Kurdenpolitik der türkischen Regierung drohte ihm die türkische Staatsanwaltschaft im August 1994 mit der Todesstrafe.³ Dass Nesin kein Freund der Herrschenden war und diese ihn ebenso wenig schätzten, wurde schon früh deutlich. 1949 publizierte er ein satirisches Buch namens »Azizname« und wurde prompt von der heutigen britischen Königin Elisabeth II. damals noch Prinzessin, dem iranischen Schah Mohammad Reza Pahlavi sowie dem ägyptischen König Faruq wegen Beleidigung verklagt. Das Ergebnis war eine sechsmonatige Gefängnisstrafe.

Als Herausgeber der türkischen Übersetzung von Auszügen aus Salman Rushdies »Satanischen Versen« wurde er zur Zielscheibe islamischer Fundamentalisten, die ihn zum Abtrünnigen vom Islam erklärten und Morddrohungen gegen ihn erhoben. Nesin brachten sie nicht zum Schweigen. Am 2. Juli 1993 überlebte Nesin nur leicht verletzt einen Brandanschlag auf ein Tagungshotel in der türkischen Stadt Sivas. Nesin starb im Jahre 1995. Eine islamische Trauerfeier hatte sich der Atheist testamentarisch verboten. Er ruht auf dem Gelände des von ihm gegründeten und finanzierten Kinderdorfes.

Drei Tage nach der Preisverleihung an Nesin startete die Hürriyet ihre Hetzkampagne gegen Alisa Fuss, die am 15. Dezember 1993 begann und ihren Schluss und Höhepunkt am 29. Dezember 1993 fand. Es folgte eine formelle

Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

Beschwerde beim Deutschen Presserat mit einem Schreiben vom 3. Januar 1994 – ein bis dahin einmaliger Vorgang. Denn bis dato hatte sich der Deutsche Presserat nie mit ausländischen Zeitungen befassen müssen.

Die Beschwerde wurde tatsächlich nie behandelt, da der Presserat gemäß seinen eigenen Statuten für Missstände in der deutschen Presse zuständig war, nicht aber für in Deutschland erscheinende ausländische Medien. Inzwischen behandelt der Presserat allerdings solche Beschwerden.⁴ In ihrem Schreiben an den Deutschen Presserat vom 27. Januar 1994 legte Alisa Fuss »in meinem Namen und im Namen der Internationalen Liga für Menschenrechte Beschwerde ein gegen die am 15., 26., 27., 28. und 29. Dezember 1993 in der türkischen Tageszeitung *Hürriyet* – auch in der Deutschland-Ausgabe – abgedruckten, von Herrn Ertuc (sic!) Karakullukcu (sic!) verfassten Kolumnen, die mich in meiner Ehre verletzen.«

Weiter heißt es in diesem Beschwerde-Schreiben gegen *Hürriyet*: »Nachdem *Hürriyet* zunächst, wie von der Liga gefordert, eine Gegendarstellung zu dem beanstandeten Artikel vom 15. Dezember 1993 über meine Rede vom 12. Dezember aus Anlass der Verleihung der Carl-von-Ossietszky-Medaille an Herrn Karl Finke und an Herrn Aziz Nesin druckte, unterstellt mir Herr Karakullukcu am 27. Dezember 1993, ich würde mich vor oder an die Seite des Terrorismus stellen. Richtig ist, daß ich stets jede Form von Terrorismus verurteilt habe. Am 28. Dezember stellt Herr Karakullukcu direkt die Frage, ob ich Terroristin bin. In diesem Artikel und wieder am 29. Dezember unterstellt Herr Karakullukcu mir und der Internationalen Liga für Menschenrechte Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Türken, die in Deutschland Opfer rassistischer Übergriffe werden. Diese Unterstellung weisen die Liga und ich von uns. Sie ist ebenso unwahr wie diffamierend.« In einer Stellungnahme zu diesem Vorgang kommentiert und erklärt Alisa Fuss den Sachverhalt wie folgt: »Anlass dieser journalistischen Schmutzkampagne war die Verleihung der Carl-von-Ossietszky-Medaille durch die Internationale Liga für Menschenrechte am 12. Dezember 1993 an den regierungskritischen Schriftsteller Aziz Nesin. In ihrer Rede hatte Frau Fuss unter anderem die einseitige Parteinahme der Bundesregierung für die militärische Lösung der Kurdenfrage durch die türkische Regierung Ciller kritisiert.«

Die folgenden Zitate der Artikelserie des *Hürriyet*-Autors Karakullukcu, Pseudonym: 'Gaststudent', zeigen nur die Spitze der aggressiven Impertinenz, mit der Alisa Fuss und die Internationale Liga für Menschenrechte angegriffen wurden.

Im Fadenkreuz der Hürriyet!

Das Gehirn gewaschen, die Seele verkauft, 26. Dezember 1993
... und laß uns um Gottes Willen die Menschenrechts!-organisationen nicht vergessen. Sind eine Seite des Apfel Separatisten, ...

Briefe an Alisa Fuss, 27. Dezember 1993

... Frau Fuss, sind Sie ein Feind der Türken und der Türkei? In Ihrem Denken, in all Ihren Schreiben erscheint zu 99 Prozent Beleidigung und Feindschaft gegenüber dem türkischen Volk. Frau Fuss, 99 Prozent der Menschen in der Türkei denken nicht wie Sie. Sind Sie nun die Beschützerin der Menschenrechte oder der Rechte von Terroristen?

Briefe an Frau Alisa, 28. Dezember 1993

Als die Türken brannten, wo waren Sie da?

... Verteidigen Sie den Status einer gewalttätigen Organisation als legal, die Menschen in Deutschland bedroht, ermordet, ihre Häuser und Geschäfte anzündet? Um Gottes willen, Frau Fuss, sind Sie Terroristin? ...

... noch zwei Fragen: Wo waren Sie Menschenrechtsvertreterin als in Deutschland Türken lichterloh brannten? Während der Bombenattentate der PKK, waren Sie da im Urlaub?

Briefe an Frau Alisa Fuss, 29. Dezember 1993

Sie sind nicht böswillig. Sie sind irregeleitet.

... Und Frau Fuss, welche Menschen schützen Sie? Auf Seiten welchen 'Rechtes' stehen Sie? Waren die durch rassistische Grausamkeit verbrannten Türken von Mölln keine Menschen? ... Waren die Seelen der in Europa von der PKK verbrannten und getöteten Türken nur Auberginen? Haben Sie noch nie etwas gehört von erschossenen Babies und schwangeren Frauen im Südosten? Deren Wehgeschrei hat nie Ihre Träume gestört? Da sehen wir's: Als all diese Vorfälle stattgefunden haben, Frau Fuss, nun sagen Sie, wo waren Sie da? Und außerdem: warum sahen wir da niemanden von den Menschenrechtlern an unserer Seite? Klären Sie das, Sie haben die Möglichkeit all das zu erhellen! ...

Die Vorgeschichte

In ihrer Stellungnahme für den Deutschen Presserat hat Alisa Fuss die Verleihung der Carl-von-Ossietsky-Medaille an Aziz Nesin als Anlass für diese Schmutz-Kampagne beschrieben. Das ist vermutlich richtig. Aber war es auch



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

der Grund? Es dürfte einem großen Presseorgan wie der Hürriyet nicht unbekannt geblieben sein, dass Alisa Fuss sich bereits lange zuvor zur türkischen Politik und zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und Kurdistan geäußert und sich in diesem Bereich engagiert hat: zum Beispiel in Form von Stellungnahmen und Protesten gegen die Abschiebung von Kurden in die Türkei, aber auch bezüglich der Kurdenfrage im Irak im Kontext des zweiten Golfkrieges 1990/91. In einem Offenen Brief an den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl äußerte sie sich über die Flucht der irakischen Kurden, »die vor den verschlossenen Grenzen der Türkei und des Iran landen und dort von ihren Häschern beschossen und bombardiert werden.«⁵

Schon einige Jahre zuvor war Alisa Fuss als Vizepräsidentin der Liga Mitglied einer bundesdeutschen Delegation, die sich mit den Verhältnissen in der Türkei/Kurdistan beschäftigt hat. An der Delegationsreise, die vom 2. - 11. Mai 1990 stattfand, nahmen außerdem zwei Bundestagsabgeordnete der Grünen, Jutta Oesterle-Schwerin und Angelika Beer, eine Vorstandsfrau der AL Berlin, Ilona Hepp, Rechtsanwalt Eberhard Schultz, Verteidiger im Düsseldorf PKK-Verfahren, sowie Rechtsanwalt Rainer Ahues, Vorstandsmitglied des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälte-Vereins, teil. Der Schlußbericht dieser Delegationsreise klärte auf: »Wir sind trotz der Warnungen der bundesdeutschen Botschaft in Ankara nach Kurdistan gefahren. Die Warnungen der deutschen Botschaft waren insofern berechtigt, als wir auf Schritt und Tritt von Polizei und Geheimdienst verfolgt worden sind und durch ständige Militärkontrollen belästigt wurden. Offene und freie Gespräche unserer Delegation mit Kandidaten der Kommunalwahl, mit Bürgermeistern, Gewerkschaftern und Rechtsanwälten waren nicht möglich. Sie wurden dadurch verhindert, daß die Polizei trotz unserer energischen Proteste darauf bestand, mit laufendem Tonband und bewaffnet anwesend zu sein. Aufgrund dieser Erfahrung stellen wir fest: Die Türkei ist ein Polizeistaat, Türkisch-Kurdistan ist ein besetztes Land.« Abschließend erklärten die Mitglieder der Delegation: »Wir werden uns einsetzen für: Stop jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die türkische Regierung, Selbstverständliche Anerkennung der Existenz des Kurdischen Volkes ... «⁶

Mehrfach wurde auch die von der Türkei angestrebte Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union thematisiert. So etwa in einem Offenen Brief der Liga, im Oktober 1991 geschrieben, von Alisa Fuss unterzeichnet, nachdem zuvor mehrfach erfolglos der Versuch unternommen worden war, den türki-



Im Fadenkreuz der Hürriyet!

schen Generalkonsul in Berlin zu sprechen. Dies gelang trotz »Intervention beim Botschafter der Türkei in Bonn« nicht. Gegenstand dieses Briefes war das am 12.04.1991 ratifizierte »Gesetz zur Bekämpfung des Terrors«, Gesetz Nr. 3713. Der Brief qualifizierte das Gesetz wie folgt: »Dieses sogenannte Anti-Terrorgesetz verstößt gegen alle internationalen Menschenrechtskonventionen, die auch von der Türkei unterzeichnet wurden.« Er endet mit der Feststellung: »Solange die Türkei die Menschenrechte so massiv verletzt, kann von einer Aufnahme der Türkei in die Europäische Gemeinschaft keine Rede sein.« »Von einer liberalen Haltung der türkischen Regierung gegenüber der kurdischen Bevölkerung des Landes kann nach Ansicht der Internationalen Liga für Menschenrechte in Berlin nicht die Rede sein. Die Präsidentin der Organisation Alisa Fuss, bezeichnete die kürzlich erfolgte Änderung einer Reihe von Gesetzen am Dienstag als 'Augenwischerei'. Unverständlich sei, daß der Europarat die Türkei in der Kurdenfrage öffentlich gelobt habe.«⁷

Vor diesem Hintergrund darf man getrost spekulieren, dass die Hürriyet-Kampagne nicht lediglich eine Reaktion auf die Auszeichnung von Aziz Nesin war, sondern auf eine engagierte und bekannte Kritikerin regierungsamtlicher Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zielte. Noch heute ist Alisa Fuss auf der Website der türkischen Regierung präsent. Auf der Seite des *Office Of The Prime Minister, Directorate General Of Press And Information* findet sich folgender Text: »Alisa Fuss, die als Vorsitzende einer sechsköpfigen Delegation in die Türkei gekommen ist, um die Menschenrechtsverletzungen und den Artikel 413 der gesetzlichen Beschlussfassung im Südosten (gemeint ist die Region Kurdistan, D.A.) zu untersuchen, sagte in einer Presseerklärung, dass die gesammelten Eindrücke vor das Parlament gebracht werden. Sie wünsche sich, dass die Unterstützung für das Militär eingefroren werde, da sie befürchtet, diese werde im Südosten für andere Zwecke mißbraucht.«⁸



Literatur

- 1 Alisa Fuss in einer Rede am 7. Mai 1995, anlässlich des bevorstehenden Jahrestages der deutschen Kapitulation.
- 2 zu dieser Thematik siehe auch: Menschenrechtsverletzungen in Nordwest-Kurdistan 1991: nach dem Bericht des Menschenrechtsvereins IHD, Hrsg. medico international, Frankfurt am Main: medico international, 1993.
- 3 Zum Thema des Verbots kurdischer Vereine und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Prof. Dr. iur. Norman Paech, Gutachten zu den völkerrechtlichen Fragen der Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Innern gegen kurdische Vereine und Organisationen in der BRD vom 22. November 1993, in: kurdistan aktuell, Nr. 5, 1993, Hrsg. medico international.
- 4 Die Akten zu diesem Vorgang befinden sich mittlerweile im Bundesarchiv in Koblenz und konnten leider nicht eingesehen werden.
- 5 Offener Brief an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Dr. Helmut Kohl, zitiert nach Berliner Lehrer/Innen-Zeitung BLZ, 5/91, S. 3.
- 6 vgl. auch: »Für ein freies Kurdistan«, in: die tageszeitung (taz), 5.6.1990
- 7 Frankfurter Rundschau, 8.5.1991
- 8 <http://www.byegm.gov.tr/YAYINLARIMIZ/ayintarihi/1990/mayis1990.htm> (Download: 1. April 2008), Übersetzung: Mieste Hotopp-Rieke.



Wiener Fundstücke

*»Bitte grüssen Sie alle Gutrufianer.
Sehr herzliche, liebe Grüße
Ihre Alisa Fuss.«*

So endet ein Brief an in Wien lebende Bekannte von Alisa Fuss.¹ Gutrufianer? Wer Alisa Fuss angesichts dieser Zeile in Kontakt mit einem katholischen Mönchsorden oder einer evangelikalen Sekte wähnt, liegt falsch. Als Gutrufianer bezeichnete man in Wien jahrzehntelang die Stammgäste des legendären Café Gutruf. Das Innenstadtlokal war und ist ein Wiener Mythos: Gutruf-Gäste waren in den 50er, 60er und 70er Jahren der Schauspieler Helmut Qualtinger sowie weltberühmte Künstler wie der Maler Friedensreich Hundertwasser, der Bildhauer Alfred Hrdlicka und der Komponist Gottfried von Einem - um nur einige zu nennen. Daneben gaben sich prominente Journalistenrunden, der österreichische Verteidigungsminister Karl Lütgendorf und der Polizeipräsident Josef »Joschi« Holaubek die Türklinke in die Hand, ebenso wie »Ost-Agent« Rudi Wein. Die Legenden, die sich bis in die Gegenwart um das Gutruf ranken, das bis heute in der Milchgasse im ersten Bezirk ansässig ist, sind Legion.² Nun liegt die Frage nahe: Was hatte Alisa Fuss mit diesem Etablissement zu tun? Die Antwort findet sich in der Wienbibliothek im Rathaus der Stadt Wien im Nachlass des österreichischen Schriftstellers Hermann Schürer.³

Dort befindet sich ein Konvolut von Briefen, der Briefwechsel zwischen Schürer und Alisa Fuss aus dem Zeitraum vom 5. Mai 1974 bis 13. September 1975. In diesen Briefen geht es um den literarischen Nachlass eines gewissen Fritz Wilder und um die Publikation einiger Wilder-Gedichte in der Literaturzeitschrift Akzente. Alisa Fuss hatte sich, wie aus dem Schriftwechsel hervorgeht, um den Nachlass Fritz Wilders gekümmert und dafür gesorgt, dass einige Arbeiten postum veröffentlicht wurden. Trotz sorgfältiger Recherche waren darunter einige Gedichte Schürers und anderer Autoren, die diese Fritz Wilder überlassen hatten, weil Wilder sie für seine literarische Arbeit brauchte. Er hatte vor, ein Buch über das - ebenfalls legendäre - Café Sport zu schreiben.

Hermann Schürer, der sich - verständlicherweise - darüber beschwerte, dass seine Gedichte unter dem Namen eines anderen, verstorbenen Autors



Alisa Fuss - Ein Leben für die Menschenrechte

veröffentlicht wurden, war ein legendärer Wiener Literat und Original. 1954 wurde er von der Universität Wien relegiert. Aufenthalte im Gefängnis und einer Nervenheilstation folgten im Laufe der Jahre. 1975 war er Mitbegründer der Zeitschrift »Freibord«. Der SPIEGEL bezeichnete ihn als »Einmannbetrieb der Wiener Bohème«.⁴

Der Korrespondenz ist zu entnehmen, dass Hans Bender, der Herausgeber der Literaturzeitschrift Akzente, sich brieflich an Alisa Fuss gewandt hat, nachdem Hermann Schürer ihn auf den Sachverhalt aufmerksam gemacht hatte. Bender war es auch, der ihr eine Kopie des Briefes von Hermann Schürer übermittelte. Alisa Fuss war zunächst skeptisch. An Schürer schreibt sie: »Sollte ihre Version der Angelegenheit stimmen, muss natürlich alles berichtigt werden.«⁵ Von Schürer erfahren wir später: »Aufmerksam, daß es sich um meine Gedichte handelt, machte mich Reinhard Priessnitz⁶ (sic!) ...«⁷

Schürer lebte zu diesem Zeitpunkt in Berlin-Neukölln. Am 21. Mai 1974 kontaktierte Alisa Fuss ebenfalls den Literaten Reinhard Priessnitz mit der Bitte um ein Treffen im August. Alisa Fuss hoffte, so ihr Schreiben, »auf die Richtigstellung« »etwaiger peinlicher Irrtümer« sowie auf die »Klärung weiteren Materials«.⁸

Aus dem Briefwechsel geht ebenfalls hervor, dass Alisa Fuss regelmäßig Wien besuchte, da sie Freunde und Bekannte in Wien hatte. Auch lernen wir etwas über die Achtsamkeit, mit der Alisa Fuss ihren Mitmenschen begegnete. In den Briefen an Hermann Schürer, den sie zufallsbedingt erst kurze Zeit und auch nur brieflich kannte, finden sich eine Vielzahl von Grüßen und Wünschen, die weit über die üblichen Nettigkeiten und Höflichkeiten hinausgehen. Sie erkundigt sich nach dem Fortgang der literarischen Arbeit, ob er denn schon eine Wohnung gefunden habe, lässt der Mutter des Dichters Grüße ausrichten und ermuntert Schürer mehrfach: »Ihr Buch, 'Die Toten haben nichts zu lachen' - hat mir sehr gefallen. Aber ich denke, dass auch Ihre Gedichte sehr gut sind. Geben Sie die Lyrik nicht auf.«⁹

Auf die Ordnung des Nachlasses von Fritz Wilder scheint Alisa Fuss zuvor erheblich Zeit und Sorgfalt verwendet zu haben. »Monatelang habe ich mich in Wien mit diesen Recherchen beschäftigt und fast alle Manuskripte an ihre Autoren zurücksenden können, nachdem ich sie ausfindig gemacht hatte.«¹⁰ Dass ihr trotzdem das Missgeschick unterlaufen ist, unwissentlich Gedichte unter einem falschen Namen publiziert zu haben, machte ihr deshalb wohl um so mehr zu schaffen. »Ich werde im Sommer 74 zu Herrn Schürer fahren und auch noch



andere Adressen in Wien aufsuchen, die er mir gab, von ehemaligen Gästen des Cafe 'Sport', und alle Manuskripte mit mir mitbringen, um dort endgültig klären zu können, was von Fritz und was von jemand anderen stammen kann.»¹¹

Bleibt die Frage, wer jener Fritz Wilder war, mit dessen Nachlass sich Alisa Fuss monatelang in Wien beschäftigte? Fritz Wilder stammte aus der Bukowina. 1915 erblickte er in Czernowitz das Licht der Welt, ging mit seinen Eltern später nach Wien, war dort nach seiner Schulzeit für kurze Zeit Kaufmannslehrling. Später ging er auf Wanderschaft, die ihn auch ins europäische Ausland führte. In Wien war er Mitglied einer kommunistischen Jugendorganisation. Kaum zwanzigjährig, wurde er 1935 aus politischen Gründen verhaftet. 1937 wanderte er nach Palästina aus, arbeitete dort als Lasträger und Bauarbeiter. Auch in Palästina war er in der Kommunistischen Partei aktiv – als Querulant, der sich nicht auf Linie bringen ließ.¹²

Die Vermutung liegt nahe, dass sich Alisa Fuss und Fritz Wilder dort kennen gelernt haben – oder auf dem Bau. Später, 1949, kehrte Wilder nach Wien zurück, wo er zunächst als Kulturreferent in Fabriken, später als Transportarbeiter seinen Lebensunterhalt verdiente, in der Wiener Bohème verkehrte und ein Mundartbuch veröffentlichte, das ihm zu einiger Bekanntheit verhalf.¹³ Wilder starb 1972 in Wien. Am Tag seiner Beerdigung schloss das Café Gutruf. Denn alle Gutrufianer gaben ihm das letzte Geleit.

Literatur

- 1 Alisa Fuss: Brief an Margo und Franz Engelhardt, 1. Juni 1974, Wienbibliothek im Rathaus, Handschriftensammlung, ZPH 788.
- 2 Nachzulesen sind die Gutruf-Legenden in einer anlässlich des hundertjährigen Bestehens dieser Wiener Institution erschienenen Biografie von Peter Allmeyer-Beck/Thadäus Podgorski/Volker Herbert (Hrsg.), *Das Gutruf - Ein Hinterzimmer wird 100*, Wien: Bibliophile Edition 2006.
- 3 Herrmann Schürrer: 1978: Theodor-Körner-Preis; 1985: Literaturpreis der Stadt Wien. Schürrer starb - kaum 60jährig - am 29. November 1986 in Wien. Bereits zu Lebzeiten Schürriers erschien die Dissertation von Robert Menasse, *Der Typus des »Außen-seiters« im Literaturbetrieb. Am Beispiel Hermann Schürrer. Studie zum eigentümlichen Verhältnis von offiziellem Literaturbetrieb und literarischem »underground« im Österreich der Zweiten Republik*, 1980, 329 Bl., Wien, Univ., Diss., 1980.
Jüngeren Datums ist die Arbeit von Christian Millecker, *Analytische Studien zum Oeuvre Hermann Schürriers im Kontext der österreichischen Literaturhistorie seit 1945*, Wien, 1998, 121 Bl. Wissenschaftsstipendium - Abschlußbericht.
- 4 *Der Spiegel*, 36/1971, S. 131.
- 5 Alisa Fuss: Brief an Hermann Schürrer, 5. Mai 1974, Wienbibliothek a.a.O.
- 6 Reinhard Prießnitz (* 27. Oktober 1945 in Wien; † 5. November 1985 in Wien) war ein österreichischer Dichter. Vgl. auch Thomas Eder: *Unterschiedenes ist/gut. Reinhard Prießnitz und die Repoetisierung der Avantgarde*. München: Wilhelm Fink Verlag, 2003.
- 7 Hermann Schürrer: Brief an Alisa Fuss, 16. Mai 1974, Wienbibliothek a.a.O.
- 8 Alisa Fuss: Brief an Reinhard Prießnitz (Kopie), 21. Mai 1974, Wienbibliothek a.a.O.
- 9 Alisa Fuss: Brief an Hermann Schürrer, 19. September 1974, Wienbibliothek a.a.O.
- 10 Alisa Fuss: Brief an Margo und Franz Engelhardt, 20. Mai 1974, Wienbibliothek a.a.O.
- 11 Alisa Fuss: Brief an Margo und Franz Engelhardt, 1. Juni 1974, Wienbibliothek a.a.O.
- 12 siehe Kesting, Marianne: Fritz Wilder, ein Wiener Arbeiter und Bohemien, in: *Akzente*, Heft 1/Februar 1974, S. 77 - 79.
- 13 Wilder, Fritz: *Untar Leit vom Transpurt*, Wien, Stuttgart, Zürich: Frick 1961.



Statt eines Nachwortes

*»Sicherheit erreicht man nicht, indem man Zäune errichtet,
Sicherheit gewinnt man, indem man Tore öffnet.«*

Urho Kekkonen

1900 - 1986

*ehemaliger finnischer Ministerpräsident,
Außenminister und Staatspräsident*

Kekkonen vertrat eine Politik der guten Nachbarschaft mit der Sowjetunion, er betrieb eine aktive Friedenspolitik und zeigte eine konsequente Haltung in der Frage der finnischen Neutralität.

*»Die Militärstrategie von Vergeltungsschlägen
und Präventivschlägen ist töricht bis zu Schwachsinn.
Noch nie waren die Grenzen so heiß, wurde so viel
hüben und drüben geschossen und bombardiert,
wie erst nach dem sogenannten Sechs-Tage-Krieg,
der mit riesigen Ländereroberungen
angeblich nun endlich sichere Grenzen schuf.
Nur Friedensgrenzen sind sichere Grenzen.«*

Alisa Fuss

1919 - 1997



Alisa Fuss - Werkverzeichnis

- 1968 Der Bandenführer. Ein Fallstudie aus der Verhaltensgestörtenpädagogik, in: Zeitschrift für Heilpädagogik, 1968, Heft 1, S. 27 - 36.

Möglichkeiten zur Behandlung gestörter Kinder in der Schule. Aus einer Sonderschule für normal intelligente, erziehungsschwierige Kinder in Tel Aviv, in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. Zeitschrift für analytische Kinderpsychologie, Psychotherapie und Psychagogik in Forschung und Praxis, 17. Jg., Oktober 1968, Heft 7, S. 265 - 269.

- 1969 Möglichkeiten zur Behandlung gestörter Kinder in der Schule. Aus einer Sonderschule für normal intelligente, erziehungsschwierige Kinder in Tel Aviv. Teil 2, in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. Zeitschrift für analytische Kinderpsychologie, Psychotherapie und Psychagogik in Forschung und Praxis, 18. Jg., Januar 1969, Heft 1, S. 20 - 28.

Ein neurotisches verwahrlostes Kind, in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. Zeitschrift für analytische Kinderpsychologie, Psychotherapie und Psychagogik in Forschung und Praxis, 18. Jg., Oktober 1969, Heft 7, S. 265 - 271.

- 1970 Esra - das aggressive, anti-soziale, vereinsamte Kind, in: Zeitschrift für Heilpädagogik, 1970, Heft 8, S. 429 - 439.

- 1971 Arbeit mit nicht-angepaßten, gemeinschaftsschwierigen Kindern in Israel. Die »Broshim«-Schule für verhaltensgestörte Kinder in Tel Aviv, in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. Zeitschrift für analytische Kinderpsychologie, Psychotherapie und Psychagogik in Forschung und Praxis, 20. Jg., November/Dezember 1971, Heft 8, S. 306 - 315.

Das überdurchschnittlich begabte Kind (IQ 135) als Problem der Sondererziehung - Eine Fallstudie, in: Zeitschrift für Heilpädagogik, 1971, Heft 8, S. 549 - 554.

- 1972 Das begabte, vertrotzte Kind - eine Fallstudie, in: Zeitschrift für Heilpädagogik, 1972, Heft 9, S. 628 - 632.

- 1973 Die »Broshim«-Schule für verhaltensgestörte Kinder in Tel Aviv, in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. Zeitschrift für analytische Kinderpsychologie, Psychotherapie und Psychagogik in Forschung und Praxis, 22. Jg., Februar/März 1973, Heft 2, S. 68 - 78.

Das schlimme, schöne Jahr mit Aron, in: Schule, 1973, Mai/Nr.5, S. 43 - 45.



Alisa Fuss/Walter Bärsch, Die Behandlung schwieriger Kinder im Unterricht. Villingen: Neckar-Verlag 1973.

Auch in Israel ist die Erziehungssituation durch soziokulturelle Faktoren belastet, in: Alisa Fuss/Walter Bärsch, Die Behandlung schwieriger Kinder im Unterricht. Villingen: Neckar-Verlag 1973, S. 62-70.

Möglichkeiten der Behandlung schwieriger Kinder im Unterricht, an einzelnen Beispielen dargestellt. Eine Vorbemerkung, in: Ebenda, S. 167-169.

Die »Broshim«-Schule für verhaltensgestörte Kinder, in: Ebenda, S. 169-175.

Das Kind der Straße, in: Ebenda, S. 175-188.

Das aggressive Kind aus primitiver Umgebung, in: Ebenda, S. 188-195.

Der jugendliche Dieb, in: Ebenda, S. 196-201.

Das verwaorloste Kind, in: Ebenda, S. 201-204.

Der Bandenführer, der Terrorist, in: Ebenda, S. 204-214.

Das überdurchschnittlich begabte Kind, in: Ebenda, S. 214-221.

Das Kind, das unter Todesängsten leidet, in: Ebenda, S. 221-228.

Das Kind, das unter der Ablehnung durch seine Umwelt leidet, in: Ebenda, S. 228-240.

Das aggressive, anti-soziale, vereinsamte Kind, in: Ebenda, S. 241-252.

Das begabte, vertrotzte Kind, in: Ebenda, S. 252-258.

1976 Josef, ein impulsbetontes, unkontrolliertes Kind, in: Zeitschrift für Heilpädagogik, 1976, Heft 6, S. 383-389.

Tierpflege im Schulzoo als pädagogische Hilfe, in: Neue Sammlung, 1976, Heft 6, S. 509-552.





Alisa Fuss - Interviews/Portraits

Mit Nüchternheit das Notwendige tun, in: Im Blickpunkt der Berlinerin. Zeitschrift des Demokratischen Frauenbundes Berlin, 32. Jg., 1988, Nr. 2/Februar, S.10 - 11.

Alisa Fuss, 73 Jahre und kein bißchen müde, in: die tageszeitung (taz), 13. 7.1992.

»Zur Zeit bleibe ich hier« Interview mit Alisa Fuss, Präsidentin der Liga für Menschenrechte/Die 73jährige deutsche und israelische Staatsbürgerin erhält das Bundesverdienstkreuz, in: die tageszeitung (taz), 28.11.1992.

Kämpfen ohne Atempause. Alisa Fuss, Präsidentin der Liga für Menschenrechte, erhält das Bundesverdienstkreuz, in: DIE ZEIT 50/1992.

Frauen. Maria Heiderscheidt im Gespräch mit Alisa Fuss, in: B1, Das Dritte des SFB, 3. 7.1993.

Rassismus in Deutschland und was dagegen getan werden kann, in: UMBRÜCHE, Nr. 5, Januar-März 1993, S. 4-6.

Unerschrocken wie Ossietzky. Alisa Fuss, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, über plurales Leben in Berlin und die Carl-von-Ossietzky-Medaille 1993, in: Berliner Linke 49/93.

»Ich sehe schwarz für die Menschenwürde in Deutschland«, Interview, in: Gossner Mission Information 3, Juni/Juli 1996, S.21-23.

Nach den deutschen Gesetzen bekämen die Juden kein Asyl. Gespräch mit der Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, Alisa Fuss, über Flucht, alliierte Kenntnis von Judenvernichtung und über deutsche Ausländerpolitik, in: FREITAG, 20.12.1996.

»Wie bei Biedermann und den Brandstiftern.« Alisa Fuss über Demagogie und Demütigungen, über ihren Kampf gegen Rassismus und ihr Leben in Berlin und Palästina, in: Frankfurter Rundschau, 11.8.1997.





Online-Quellen

<http://www.aknahost.org>, Alisa Fuss: Palästina-Berichte.

<http://www.berlin-judentum.de/gruppen/nahost.htm>, Alisa Fuss und der AK Nahost.

<http://www.berlin-judentum.de/gruppen/alisa-fuss.htm>, Interview mit Alisa Fuss.

<http://www.munzinger.de/search/portrait/Alisa+Fuss/0/20860.html>, Alisa Fuss, Munzinger-Archiv.

<http://www.berlin.de/sen/frauen/oeff-raum/plakataktion/#3>, Plakataktion »Frauen bewegen Berlin«.

Nachrufe

Die Aufmüpfige. Alisa Fuss, Präsidentin der Liga für Menschenrechte, ist 78jährig gestorben, in: die tageszeitung (taz), 22./23.11.1997.

Das Porträt. Gewalt machte sie wütend. Alisa Fuss ist tot, in: Frankfurter Rundschau, 22.11.1997.

Gestorben - Alisa Fuss, in: DER SPIEGEL 48/1997, 24.11.1997.

Alisa Fuss stritt für die Rechte der Entwurzelten, in: Der Tagesspiegel, 24.11.1997.

Nachruf auf Alisa Fuss, Von Jutta Maixner, in: INAMO, Nr. 12, Winter 1997, S. 44.

Nachruf: Alisa Fuss, in: Zitty, Nr. 25, 1997, S. 40/41.

»Sie sah nicht weg«. In Memoriam Alisa Ilse Fuss 1919-1997, in: Informationsdienst VII/1997: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Nachruf: Alisa Fuss - von Ruth Fruchtman, in: Jüdisches Berlin 6/98.





Der Autor

Dirk Arntz, Diplom-Politologe, lebt in Berlin.
Sein Arbeitsschwerpunkt sind die politischen Konflikte
im Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentralasien.
Dirk Arntz arbeitet als Kommunikationsberater
und in der politischen Erwachsenenbildung.

